OSTSEESTRAND
STATT VATERLAND

JUSO-LANDESKONFERENZ 2023
24.-25. JUNI

JUSOS
MECKLENBURG-
VORPOMMERN

Beschlussbuch

zur 31. ordentlichen Landeskonferenz der

Jusos Mecklenburg-Vorpommern

Inhaltsverzeichnis zu den Beschlüssen

A	Arbeitsprogramm und Leitanträge	
A1	Arbeitsprogramm	5
A2	Keinen Fußbreit Demokratiefeind*innen und Autokrat*innen in der Europäischen Union und weltweit!: Unsere Vorstellung von einer progressiven Europäischen Union	31
A3	Ostseestrand statt Vaterland – Unsere Vorstellungen für junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern	37

B	Beschäftigung & gute Arbeit	
B1	Änderung des Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer*innen (Bundesurlaubgesetz)	47

C	Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung	
C2	Wiedereinführung des Studiengangs Rechtswissenschaften an der Universität Rostock	48
C3	Veränderung der Arbeitsbedingungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung	49
C4	Deutschlandticket für Schüler*innen und Ausbau der Infrastruktur	50
C5	Keine Kürzungen im Bildungsbereich – Doppelhaushalt 2024/2025 im Blick	51
C6	Schulen aus der Vergangenheit holen - Abschaffung der Kopfnoten	54

F	Frieden, Internationales & Europa	
F1	Go East – eine neue Perspektive für eine progressive Osteuropapolitik	55
F2	Stopp‘ die islamistische Radikalisierung in Rojava, liebe Europäische Union!	61
F3	Umweltzerstörungen und Menschenrechts-verletzungen den Kampf ansagen- Mercosur nachverhandeln!	64

G	Gleichstellung, Feminismus & Gender	
G1	Gerechter, inklusiver ÖPNV	67
G2	Reproduktive Gerechtigkeit für alle!	72

I	Inneres, Verkehr, Verbraucherschutz & Verteidigung	
I1	Das Caffier-Projekt beenden – Das gesamte SOG evaluieren	75
I2	Siamo tutti antifascisti - Gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus	78

K	Kultur & Sport	
K1	Kein unpolitisches Olympia	80
K2	Unsere Strände sind für alle da – für ein Grundrecht auf den Zugang zum Meer und Seen in MV	81

P	Pflege, Gesundheit & Soziales	
P2	Änderung des PflBG in Sachen Fehlzeiten innerhalb der Ausbildung	82
P3	Cannabis Konsum - frei und solidarisch	83

R	Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft	
R1	Richtlinienänderung der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern	84

U	Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit	
U1	Sektorziele einhalten — Keine faulen Kompromisse in Sachen Klimaschutz!	97
U2	aMoore – aus Liebe zur Umwelt	98
U3	Rügen nicht in das LNGG aufnehmen – Keine Überkapazitäten fossiler Energie	102

W	Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik	
W1	Europäische Souveränität geht nur ohne Austerität	104
W2	Reform der Besteuerung von Lebensmitteln: Soziale und ökologische Mehrwertsteuer Jetzt!	108

Z	Initiativanträge	
Z1	Asyl ist Menschenrecht - für eine progressive Geflüchtetenpolitik, gegen GEAS	109

A1 Arbeitsprogramm

Gliederung Arbeitsprogramm

1. Selbstverständnis
2. Kampagnen
3. Verbandsstrukturen
4. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
5. Politische Bildung

1.Selbstverständnis

Wir Jungsozialist*innen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern begreifen uns als sozialistischen, feministischen, internationalistischen und antifaschistischen Richtungsverband. Wir sind ein linker Teil der SPD und arbeiten kritisch an der progressiven Gestaltung von Politik in ihr und der Gesellschaft. Grundlage für unsere politischen Vorstellungen und Ziele bildet unser Menschenbild. Wir gehen davon aus, dass jeder Mensch für sich erstrebt, ein vollkommenes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Dieser Anspruch in uns allen führt zu individuellen Lebensentwürfen. Sie dienen als gedankliche Richtschnur zur eigenen Verwirklichung, um unseren Platz in der Gesellschaft zu finden, Leid von uns zu nehmen und letztendlich Zufriedenheit zu erlangen. Es ist dieser Wesenszug des Menschen, der uns alle zu einer menschlichen Gemeinschaft zusammenführt, die wir für die Umsetzung unserer Lebensentwürfe brauchen. Ausgehend und getragen von diesen Vorstellungen, stehen die Jungsozialist*innen zu der Überzeugung, dass das Herrschaftssystem Kapitalismus, die kapitalistische Produktionsweise und das Patriarchat überwunden werden müssen, um ein freies, gerechtes, selbstbestimmtes und solidarisches Leben für alle zu verwirklichen. Nur wenn Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erkämpft werden, ist eine menschliche Gesellschaft verwirklicht. Freiheit ist für uns neben einem vernünftigen Maß an individueller Handlungsfreiheit vor allem auch innere Entfaltungsfreiheit, also die Fähigkeit den individuellen Lebensentwurf zu entwickeln und umzusetzen.

Gerechtigkeit wird am besten mit den Worten von Karl Marx beschrieben: “Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinem Bedürfnis”. Alle sollen somit zur gesellschaftlichen Entwicklung nach ihren Möglichkeiten beitragen und verdienen nach ihren Bedürfnissen gesellschaftliche Güter. Die Verteilung über den Marktmechanismus ist für uns unzulänglich. Solidarität ist der Anspruch an uns, über die Grenzen unserer eigenen Umstände hinwegzusehen und die Hindernisse und Probleme des Mitmenschen auf dem Weg zur Verwirklichung seines Lebensentwurfs als Aufgabe für sich selbst zu begreifen. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nicht erreicht. Sie bleiben Aufgabe. Unser Ziel bleibt daher der demokratische Sozialismus. Dieser orientiert sich an unserem humanistischen Menschenbild und den sich daraus ergebenden Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

<u>Unser Sozialismusverständnis</u>

Wir Jusos M-V bauen als Sozialist*innen auf einer marxistischen Gesellschaftsanalyse auf. Zu diesem materialistischen Gesellschaftsbild gehört, dass wir der Überzeugung sind, dass das gesellschaftliche Sein das gesellschaftliche Bewusstsein konstituiert. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist dabei für uns Ausgangspunkt von Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Unser politisches Ziel ist es, diesen zu beseitigen und eine gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel. Zentral für uns ist dabei jedoch ein weiterentwickelter, mehrdimensionaler Kapitalbegriff, der neben den klassischen Produktionsmitteln ebenso kulturelles, soziales und symbolisches Kapital umfasst. Das Patriarchat, die systematische Unterdrückung von Minderheiten ist für uns nicht Ergebnis des Widerspruchs von Kapital und Arbeit, sondern Bestandteil des Kapitalismusbegriffs der herrschenden Klasse, das neben ökonomischem Kapital, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital erfasst. Hieraus ergibt sich die energische Absage an alle, die an autokratische Gesellschaftssysteme des ehemaligen sogenannten Ostblocks anknüpfen wollen. Diese vermeintlichen Staatsozialismen waren nichts als bürgerliche Cliquenherrschaften, die sich aus einer Monopolisierung sozialen und symbolischen Kapitals speisten und tief in ihren Inneren immer noch kapitalistischer Natur waren. Als Reformsozialist*innen glauben wir nicht an ein geschichtsmaterialistisches Verständnis, in dem die Basis den Überbau gleichsam als

historische Zwangsläufigkeit beseitigt. Jede Form geschichtlicher Entwicklung ist für uns immer das Ergebnis menschengemachter Prozesse, für die es aktiv zu werden gilt.

Jede Zeit und Gesellschaftsformation gibt andere Formen an Aktivismus vor. In der derzeitigen gesellschaftlich-historischen Formation der sogenannten demokratischen Welt halten wir revolutionäre Ansätze für nicht zweckmäßig. Unser bevorzugtes Mittel sind antikapitalistische Strukturreformen, die es im parlamentarischen Kampf durchzusetzen gilt. Durch sie wollen wir die Machtverhältnisse in der Gesellschaft umkehren und Kapitalkonzentrationen jeder Art auflösen. Stattdessen glauben wir an ein Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und politischen und parlamentarischen Kräfte. Für uns ist die Demokratie gleichsam Mittel und Zweck unserer Bestrebungen. Wir glauben, dass die volle Verwirklichung der Demokratie nur im Sozialismus gelingen kann und gleichsam die Demokratie einzig wünschenswertes Mittel der Verwirklichung, bzw. des Strebens nach einer sozialistischen Gesellschaft sein kann. Wir erkennen die Schwächen der aktuellen parlamentarischen Demokratie, in der sich die herrschende Klasse in den Parlamenten teilweise selbst reproduziert, an. Der Parlamentarismus ist für uns jedoch weiterhin die Demokratieform, in der wir die Verwirklichung unserer politischen Ziele suchen.

Der Sozialismus ist für uns als Prozess gekennzeichnet durch das fortdauernde Streben nach einer Befreiung des Menschen aus seinen materiellen Zwängen und als solcher niemals vollendet. Der Grundsatz der Subsidiarität ist für uns konstitutives Element unseres Sozialismusverständnisses, das jedem autoritären Gedankengut entgegensteht.

<u>Unsere Identität als Ostverband</u>

Für uns als Jusos MV sind die historischen Erfahrungen der DDR und der Transformation der 1990er nicht nur für unser eigenes Verständnis vom Sozialismus, sondern auch für unsere Identität als ostdeutscher Verband relevant. Als Verband, der insbesondere aus jungen Menschen besteht, die sich als “Post-Wendegeneration” verstehen, sind die Transformationserfahrungen der 1990er prägend für unsere Gesellschaftsanalyse, die den Gegensatz zwischen Ost und West als kapitalistischen Ausbeutungsmechanismus begreift. Somit ist das Aufheben des Gegensatzes zwischen Ost und West, der sich in

Eigentumsverhältnissen und Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen zeigt, eines unserer zentralen Politikziele. Die dafür notwendige Anerkennung einer ostdeutschen Identität und Perspektive, die sich aus den materiellen Unterschieden zwischen Ost und West konstituiert, stellt dafür eine wesentliche Voraussetzung dar. Dabei begreifen wir den Osten nicht als ein homogenes Gebilde, sondern als eine Region aus Bundesländern und Landschaften, die vielfältiger nicht sein könnten, die allerdings diese Erfahrungen des DDR-Regimes sowie der Transformationsprozesse der 1990er als auch die Gegensätze und Widersprüche der Gegenwart teilen.

Hierbei haben wir allerdings keinen unkritischen Blick auf Ostdeutschland als Region und Gesellschaft. Die rechte Hegemonie in weiten Teilen der Gesellschaft zu brechen, ist eines der zentralen Ziele unserer politischen Arbeit. Ebenso wie die rechte Hegemonie in manchen Regionen zum Osten gehört, gehört allerdings auch der antifaschistische Widerstand dagegen dazu, der in der Erzählung über “den Osten” häufig vergessen wird. Migrantisch gelesene und rassifizierte Personen in Ostdeutschland sind bis heute besonders von dieser rechten Hegemonie betroffen. Für viele der als Vertragsarbeiter*innen und Studierenden in die DDR gekommenen Menschen war der Alltag vor und nach der sogenannten “Wiedervereinigung” von Rassismus geprägt. Für viele Menschen war die Zeit nach 1990 zudem von Unsicherheiten geprägt, da die Grundlage für ihren Arbeits- oder Studienaufenthalt wegbrach und wodurch sich auch ihre Perspektive angesichts eines sich in der Auflösung befindenden Staates immer mehr verschlechterte. Den Perspektiven von FINTA und BIPoC in Ostdeutschland wollen wir mehr Gehör verschaffen. In dieser Hinsicht wollen wir den Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere in der Zeit der sogenannten „Baseballschlägerjahre“, noch mehr Raum geben. Die wichtige sowie notwendige Aufarbeitung der Geschichte der Betroffenen rechter Gewalt, insbesondere der Gastarbeiter*innen, muss nicht nur fortgeführt, sondern auch stärker vermittelt werden.

Die Transformation nach 1990 brachte durch das Handeln der Treuhand Massenarbeitslosigkeit und gebrochene Biographien mit sich. Dies muss bei den weiteren Transformationsprozessen in Folge der Energiewende beachtet werden.

Unser Ökologieverständnis

Wir streben als Jusos eine Zusammenarbeit mit allen progressiven gesellschaftlichen Kräften an, um eine hegemoniale Gegenerzählung zu der bestehenden kapitalistischen zu formen. Wir möchten Brücke zwischen Gesellschaft und Politik sein und gesellschaftliche Mehrheiten für politische Veränderungen schaffen. Das kapitalistische Agieren der Gesellschaft stößt nicht nur im sozialen Bereich an seine Grenzen, sondern auch im Ökologischen. Wachstum darf nicht auf Kosten der Lebensgrundlage gebilligt werden. Wir müssen die Grenzen des Planeten anerkennen und Politik auf ihre Umweltverträglichkeit prüfen, sowie Wirtschaft nachhaltig gestalten. Dazu gehört es aber auch, ein ökologisches Bewusstsein zu verankern. Jede*r kann mit kleinen umweltschonenden Maßnahmen schon etwas bewegen und einen Teil zur ökologisch gerechten Welt beitragen. Staaten und Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung für unsere Welt bewusst sein. Wir lehnen es ab, die Verantwortung nur auf Individuen abzuwälzen. Diese Argumentation ist eine Nebelkerze, um davon abzulenken, dass beispielsweise 90% des weltweiten CO2- Ausstoßes von der Energiebranche verursacht wird. Auf das systemische Problem der Klimakatastrophe muss es systemische Antworten geben. Wir haben nur eine Erde und es liegt in unser aller Verantwortung diese für nachfolgende Generationen lebenswert zu erhalten.

Unser Feminismusverständnis

Zur eigenen Verwirklichung gehört auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Menschen. Diese kann aber nur durch die Dekonstruierung der Geschlechter umgesetzt werden. Geschlechter sind genauso wie die gesellschaftlichen Verhältnisse nur ein Konstrukt, welches sich auf der Basis männlich dominierter Machtstrukturen mit entsprechender Rollenverteilung herauskristallisiert hat. Es reicht aber nicht nur Hierarchien aufzubrechen, sondern auch die Geschlechterdifferenzen müssen überwunden werden. Im sozialistischen Feminismus ist das letztendliche Ziel ein geschlechtsneutraler Humanismus. Jegliche Formen von Sexismus oder Queer- und Transfeindlichkeit müssen durch politische Mittel und eine gendergerechte Sprache bekämpft werden.

Unser Verständnis des Antifaschismus und Antirassismus

Wir lehnen jede Ideologie ab, die andere Menschen diskriminiert, von gesellschaftlicher Teilhabe und dem Leben in der Gemeinschaft ausgrenzt oder Menschen in irgendeiner Form gegenüber anderen benachteiligt. Der Kampf gegen jede Form von Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, der extremen Rechten und dem Rechtspopulismus sehen wir deshalb als eine unserer zentralen Aufgaben an.

Antifaschismus

Die Auseinandersetzung mit der Schreckensherrschaft des deutschen Faschismus zwischen 1933 und 1945 und die Schlussfolgerung der richtigen Lehren ist Grundlage für unsere Auseinandersetzung und unsere Pflicht. Wir, jungen Menschen sind es, die der Verantwortung gerecht werden und uns jeden Tag aufs Neue ins Gedächtnis rufen, dass sich das Verbrechen der Shoa niemals wiederholen darf - weder in Deutschland, noch irgendwo anders in der Welt.

Dabei ist die Losung "Kein Fußbreit dem Faschimus" für uns keine Phrase oder leere Worthülse, sondern eine Maxime, die wir jeden Tag und bei jedem Teil unserer Arbeit immer wieder neu mit Leben füllen müssen. Wir werden den Kampf mit jedem*jeder aufnehmen, der*die noch menschenverachtendes Gedankengut in sich und seine*ihre Umwelt trägt.

Antifaschismus verstehen wir einerseits als klare Abgrenzung zu all denjenigen, die Faschismus in egal welcher Form nicht ablehnen, aber auch als Bindeglied zu all denjenigen, zu denen uns sonst vielleicht viel mehr trennt, als eint. Damit ist für uns als Antifaschist*innen nicht nur jede Zusammenarbeit mit Faschist*innen grundsätzlich anzuprangern, abzulehnen und zu verurteilen, sondern der antifaschistische Kampf gelebte Praxis in allen gesellschaftlichen Räumen und zu jeder Zeit!

ALERTA!

Antirassismus

Wir befinden uns in Deutschland in einer weißen Mehrheitsgesellschaft, die uns alle prägt. Es ist daher ein gesellschaftlicher Kampf, sich mit den eigenen rassistischen Prägungen und rassistischen Ideologien auseinanderzusetzen.

Wir als Jusos sehen es als unsere Aufgabe, diese Mechanismen und gesellschaftlichen Machtstrukturen aufzuzeigen, zu enttarnen, zu reflektieren und die daraus gezogenen Lehren in praktisches antirassistisches Handeln zu überführen. Dem gesellschaftlich konstruierten Rassismus, der sich auf struktureller, institutioneller aber auch individueller Ebene manifestiert, begegnen wir durch antirassistische Bildungsarbeit, gelebte Demokratie und Widerstand gegen rassistische Strukturen und Handlungen.

Darüber hinaus ist es unsere Aufgabe, von Rassismus betroffene Menschen zu empowern. Dies geschieht zum einen durch aktiv antirassistisches Handeln und die Auseinandersetzung mit unserem verinnerlichten Rassismus. Zum anderen passiert es aber auch dadurch, dass wir Betroffenen Schutzräume bieten und Möglichkeiten schaffen, Rassismus zu melden und entsprechende Konsequenzen einzuleiten.

Wir befinden uns in Deutschland in einer weißen Mehrheitsgesellschaft, die uns alle prägt. Es ist daher ein gesellschaftlicher Kampf, sich mit den eigenen rassistischen Prägungen und rassistischen Ideologien auseinanderzusetzen. Wir als Jusos sehen es als unsere Aufgabe, diese Mechanismen und gesellschaftlichen Machtstrukturen aufzuzeigen, zu enttarnen und zu reflektieren. Die daraus gezogenen Lehren wollen wir in praktisches antirassistisches Handeln überführen. Dem gesellschaftlich konstruierten Rassismus, der sich auf struktureller, institutioneller, aber auch individueller Ebene manifestiert, begegnen wir durch antirassistische Bildungsarbeit, gelebte Demokratie und Widerstand gegen rassistische Strukturen und Handlungen.

Darüber hinaus ist es unsere Aufgabe, von Rassismus betroffene Menschen zu empowern. Dies geschieht zum einen durch aktiv antirassistisches Handeln und die Auseinandersetzung mit unserem verinnerlichten Rassismus. Zum anderen passiert es aber auch dadurch, dass wir Betroffenen Schutzräume bieten und Möglichkeiten schaffen, Rassismus zu melden und entsprechende Konsequenzen einzuleiten.

<u>Unser Internationalismusverständnis</u>

Wir wollen aus der tragischen Geschichte des 20. Jahrhunderts lernen: Getrieben von Nationalismus und Militarismus wankten die Völker der Welt immer wieder in mörderische Kriege und Konflikte. Wir sind jedoch kein pazifistischer Verband. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus zeigen, dass Faschismus und Barbarei nicht durch Appeasement bekämpft werden können. Dennoch sind militärische Mittel stets nur der letzte Ausweg und kein Mittel zum Zweck. Das Ziel einer friedlichen und solidarischen Weltgemeinschaft ist unser Leitbild. Aus diesem Grund lehnen wir Nationalismus und Militarismus generell ab und sehen die Abschaffung aller Nationalstaaten und Grenzen als eines unserer Hauptziele an. Dieses Ziel kann nur gemeinsam mit unseren Partner*innen auf der ganzen Welt erreicht werden. In diesem Sinne begreifen wir uns als antinational ausgerichtete Organisation, die mittels internationaler Solidarität und Kooperation handelt. Unsere Entscheidungsfindung folgt selbstverständlich den demokratischen Prinzipien. Die Geschichte lehrt, dass die Abkehr von dieser grundlegenden Regel, selbst bei besten Vorsätzen nur zu leicht ins Verderben führen kann.

<u>Unser Verhältnis zur SPD</u>

Die innerverbandliche Basis unserer Projekte wollen wir breit bauen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe, die von uns allen Dialogbereitschaft erfordert. Die Vorstellung von der Beeinflussung und Gestaltung der Politik in diesem Sinne ist es, die uns motiviert und unseren Weg beschreibt. Sie ist Ausgangspunkt für die Arbeit im und mit dem Verband. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, engagieren wir uns in Politik und Gesellschaft. Wir arbeiten mit und an uns, als Verband, aber auch als Individuum. Folgendes sind die Schwerpunkte unseres politischen Handelns. Eines unserer zentralen Werkzeuge ist die politische Bildung. Mit ihr untersuchen wir den Grad der Umsetzung unserer Werte in der Gesellschaft und diskutieren mögliche Veränderungen. Darüber hinaus wollen wir die grundlegende Frage beantworten, was „Demokratischer Sozialismus“ sein kann und welche Schritte auf dem Weg notwendig oder sinnvoll sind. Die praktische politische Arbeit vermitteln wir, indem wir das Handwerkszeug zur Betätigung im politischen Raum diskutieren und verbreiten. Die Durchführung politischer Aktionen in der Öffentlichkeit und die Durchsetzung von politischen Zielen

innerhalb der SPD sind unsere Aufgaben als politischer Verband. Uns und die SPD hier bewegungsorientiert weiterzuentwickeln und sich nicht nur auf Gremien und Parlamente zu konzentrieren, ist zentral. Wir wollen mit der und durch die SPD gesellschaftliche und politische Mehrheiten für fortschrittliche Politik erringen, bewahren uns jedoch auch unsere Kritikfähigkeit. Unser Verhältnis zur SPD ist kritisch-solidarisch. Wir sind ein eigenständiger Jugendverband, der allgemeinpolitischen Anspruch hat. Wir verstehen uns als Möglichkeit für junge linksdenkende Menschen, langfristige, programmatische Veränderungen innerhalb der SPD vorzubereiten und andere Narrative für gesellschaftliche Debatten zu finden und hegemonial zu machen. Für uns ist die SPD die zentrale Plattform, gesellschaftliche Veränderungen politisch durchzusetzen. Die SPD hat jedoch insbesondere in den letzten Jahren den Anspruch, eine transformatorische gesellschaftliche Kraft zu sein, weitgehend verloren. Unser Anspruch ist es, diesen wieder herzustellen, den Führungsanspruch der SPD innerhalb der gesellschaftlichen Linken und das Profil als parlamentarischer Arm der gesellschaftlichen Linken wieder glaubhaft zu machen. Dies wird nicht ohne Bereitschaft zum Konflikt mit jenen möglich sein, die es sich als linkes Korrektiv in der Tagespolitik bequem gemacht haben. Unser Verhältnis zur SPD ist damit gleichermaßen kritisch, wie grundsätzlich solidarisch. Unsere Solidarität mit der SPD ist jedoch niemals stärker als unser Anspruch an Veränderung und Verbesserung, den wir an sie haben. Dafür sind wir bereit die notwendigen Konflikte auf allen Ebenen grundsätzlich innerparteilich anzugehen und überall, wo es notwendig ist, offen die Machtfrage zu stellen.

Der Machtanspruch der Jusos innerhalb der SPD muss stets inhaltlich begründet und darf kein Selbstzweck sein, denn wir Jusos verstehen uns nicht als die politische Karriereleiter von Einzelpersonen: Die Besetzung von politischen Positionen ist dann notwendig, wenn wir inhaltliche Schwerpunkte setzen wollen und so unserem Ziel der Veränderung der Gesellschaft näherkommen können. Diese Schwerpunkte gilt es immer zuvor zu prüfen. Generell gilt: Politische Ämter dürfen für uns, Jusos, kein Selbstzweck werden. Zur Vollendung unserer Ziele müssen wir jedoch auch direkt in die Zivilgesellschaft hineinarbeiten. In diesem Sinne halten wir am Prinzip der Doppelstrategie fest. Neben dem Wirken in die SPD und politische Gremien hinein, muss

es zentraler Bestandteil der Arbeit der jungsozialistischen Bewegung sein, eng mit zivilgesellschaftlichen Partner*innen zusammenzuarbeiten und gemeinsam mit diesen zentrale Positionen in der Zivilgesellschaft zu besetzen, um dort progressiv, gestaltend und meinungsbildend auf den Alltag der Menschen einzuwirken. Wir stehen allen unseren Partner*innen egal, ob international oder national und egal, ob aus der Zivilgesellschaft oder unserer Mutterpartei kommend, in einer kritischen Solidarität gegenüber

Solidarisch kämpfen wir gemeinsam für eine bessere Welt!.

Als sozialistischer Jugendverband brauchen wir die Verankerung mit anderen linken Jugendverbänden des Landes. In einer Vielzahl von Gruppierungen, Verbänden und Initiativen kämpfen in Mecklenburg-Vorpommern junge Menschen mit Herzblut für eine bessere Welt. Die Jusos MV werden deshalb ihre Zusammenarbeit mit uns nahestehenden Jugendverbänden und Vorfeldorganisationen intensivieren und festigen. Gemeinsame Kampagnen und Veranstaltungen, sowie ein regelmäßiger Austausch, insbesondere über jugendpolitische Themen, sollen als fester Arbeitsschwerpunkt des Landesvorstandes bestehen.

2. Kampagnen

Kommunalwahlen 2024

Nachdem die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zuletzt 2019 darüber entschieden haben, wer sie auf kommunaler Ebene in den Gemeinde- und Stadtvertretungen, den Bürgerschaften und Kreistagen, den Ortsbeiräten usw. vertritt, finden nach fünfjähriger Amtszeit 2024 nun wieder Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern statt.

Für uns als Jusos sind die Kommunalwahlen 2024 dabei zentral, denn einiges steht auf dem Spiel. Es besteht die reale Gefahr, dass konservative, rechte bis rechtsextreme Kräfte in den Kommunalparlamenten weiter an Stärke gewinnen und damit eine fortschrittliche, progressive und auf die Zukunft ausgerichtete Politik auf kommunaler Ebene verhindern.

Als Landesverband wollen wir daher alles daran setzen, unsere Kandidierenden für die Kommunalwahl zu unterstützen, sodass wir ein möglichst gutes Ergebnis erzielen und unsere Kandidierenden sich in den nächsten fünf Jahren in den kommunalen Gremien für die Punkte stark machen können, die für uns als Jusos Mecklenburg-Vorpommern zentral sind.

Auf welche Art und Weise wollen wir unsere Kandidierenden unterstützen?

Im Wahlkampf - und insbesondere auf kommunaler Ebene - geht es darum, die Kandidierenden und ihre inhaltlichen Standpunkte zu einem gewissen Maß an Bekanntheit zu verhelfen. Das erfolgt klassisch über Flyer, Veranstaltungen und zunehmend auch mithilfe von Social Media. Hier wollen wir ansetzen und allen, die auch für uns als Jusos Mecklenburg-Vorpommern zur Kommunalwahl 2024 antreten, das Angebot eines einheitlichen Flyers machen. Dieser soll u. a. ein einheitliches Design erhalten und Platz für Inhalte und die Vorstellung der kandidierenden Person haben. Ein solcher Flyer soll in Zusammenarbeit mit der Juso-Referentin für Öffentlichkeitsarbeit entstehen.

Mittlerweile geht ohne Social Media nix mehr - auch nicht im (Kommunal-)Wahlkampf. Aufgrund dieser Tatsache wollen wir in Zusammenarbeit mit der Juso-Referentin für Öffentlichkeitsarbeit neben Flyern auch ein einheitliches Social-Media-Angebot zur Kommunalwahl anbieten.

Darüber hinaus wollen wir die Website unseres Landesverbandes so ergänzen, dass eine interaktive Landkarte unseres Bundeslandes entsteht, auf der alle Kandidierenden (inkl. Social Media-Verknüpfungen und ggf. eigene Website) auffindbar sind und sich Interessierte so erkundigen können, wer in ihrer Region für uns kandidiert.

Außerdem wollen wir die Kandidierenden konkret vor Ort unterstützen, indem wir eine Art (Bus-)Tour durch das Land organisieren, bei der wir Kandiderende vor Ort aktiv unterstützen, indem wir beispielsweise beim Flyern helfen oder Wahlkampfständen mitbetreuen. Hier wollen wir auf Gegenseitigkeit setzen und dafür sorgen, dass sich die Kandiderenden gegenseitig unterstützen können.

Europawahl 2024

Anknüpfend an die Kommunalwahlkampagne soll es außerdem eine Europawahlkampagne geben, bei der wir unsere Juso-Kandidatin unterstützen wollen. Neben einer Verzahnung von Aktionen und Unterstützungsangeboten zur Kommunalwahl soll unsere Juso-Kandidatin in ihrem Wahlkampf unterstützt werden.

Dazu bedarf es in den einzelnen Kreisverbänden ansprechbare Personen für Europa um auch Aktionen vor Ort in den einzelnen KVs zu koordinieren. Darum soll sich zeitnahe ein Team zusammenfinden, das genaueres plant. Zusätzlich soll über unsere Social Media Kanäle auf die Kandidatin aufmerksam gemacht werden.

<u>Interne Weiterbildungen, um präsenter in den sozialen Netzwerken und vor Ort zu sein</u>

Diese Weiterbildungsangebote sollen gezielt Bildungsformate umfassen, die zu einer besseren Qualifikation der Mitglieder in den Kreisverbänden bei der Ansprache von Neu-Mitgliedern oder der Öffentlichkeit beitragen.

Hierzu sollen explizit Social-Media-Workshops, Stand- und Demonstrationstrainings, sowie Kommunikations- und Rhetorik-Workshops entwickelt und angeboten werden. Ein landesweiter Social Media Kalender soll überdies helfen, Jahres- und Gedenktage frühzeitig im Blick zu haben und gemeinsame Aktionen vorzubereiten.

<u>Zentral geplante Aktionen, die vom Landesvorstand organisiert und von den Kreisverbänden in Anspruch genommen werden können</u>

Zentral geplante Aktionen können neben dem bereits beschriebenen Social-Media- und Workshopangebot, auch die Planung von Plakat- und Standaktionen sein. Hierzu sollen Plakate mit Themen entwickelt werden, die junge Menschen bewegen und in der Nähe von Schulen, Unis oder sonstigen Plätzen, wo sich junge Menschen aufhalten, aufgehängt werden. Ein hypothetisches Beispiel hierfür könnte sein: “Kostenloser ÖPNV für Schüler*innen, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende - Willst auch Du Dich für kostenlosen ÖPNV einsetzen, dann mach bei uns mit!”. Diese Plakate können dann mit einem QR-Code gekennzeichnet werden, der entweder zu den Kreisverbänden oder zum Landesverband führt, sodass sich Interessierte an die jeweilige Ebene wenden können.

Gemeinsame Aktionen in MV, um Kreisverbände bei ihrer Arbeit vor Ort zu unterstützen

Seien es öffentlich organisierte Wanderungen durch ein Moor, Fahrradtouren mit Verteilaktionen als Zwischenstation, Fußballturniere oder ein klassischer Stand. Oft hilft viel Juso-Power auch vor Ort mehr, darum wollen wir Jusos im gesamten Landesverband mobilisieren, um auch mal in andere Kreisverbände zu gehen, sich kennenzulernen und vor Ort gemeinsame Aktionen durchzuführen.

Allgemeine Strukturen, um Neumitglieder zu gewinnen

Der Zugang zu neuen Mitgliedern kann dadurch vereinfacht werden, dass offene Treffen in den Kreisverbänden, für Interessierte veranstaltet und über Social Media angekündigt werden. Das ermöglicht ein lockeres Kennenlernen. Weiterhin scheint die Strategie "Bring Your Friends" sehr sinnvoll, indem im persönlichen Umfeld (Schule, Studium, Arbeit) interessierte Personen niedrigschwellig bei Sitzungen der Jusos vorbeischauen können. Gemeinsam organisierte Veranstaltungen, wie Landtags-/Bundestagsfahrten, Austausch - oder Gedenkstättenfahrten, die ein Stück weit geöffnet werden, können ebenfalls dazu führen, dass Interessierte die Juso-Arbeit und ihre Abgeordneten kennenlernen können. Der direkte Draht zwischen Jusos und Interessierten ist dabei entscheidend.

3. Verbandsstrukturen

Unsere Strukturen müssen den Bedingungen eines mitgliederarmen Flächenverbandes gerecht werden. Deswegen lauten unsere strukturellen Grundsätze: Strukturelle Effizienz, klare Aufgabenverteilung, intensives Arbeiten an bestimmten Themenschwerpunkten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung allgemeiner Sprachfähigkeit, insbesondere in landespolitischen Fragestellungen. Um dies zu gewährleisten, wird auch dieses Jahr bereits vor der Wahl des Landesvorstandes eine klare Struktur für die Arbeit desselbigen festgelegt. Jede*r Stellvertreter*in wird einen inhaltlichen Schwerpunkt übernehmen und sich im Rahmen eines Referates an einem organisatorischen Fokus beteiligen. Er*Sie wird diese Aufgaben federführend übernehmen und koordinieren. Ihm*Ihr werden bei Bedarf nach Kompetenzen

kooptierte Mitglieder des Landesvorstandes zur Seite gestellt, um die Arbeit zu erleichtern und generative Know-How-Verluste zu verhindern.

Auf den Landesvorstandssitzungen wird durch die Arbeitsstruktur die Tagesordnung vorgeben. Fragestellungen politischer Natur in die einzelnen Aufgabenbereiche werden im Landesvorstand besprochen und entschieden. Der*die Landesvorsitzende hat die Aufgaben die Zusammenarbeit der einzelnen Referate zu koordinieren, Entscheidungen über grundlegende politische Zweifelsfragen im Dialog mit den Referaten vorzubereiten und den Verband nach außen zu vertreten. Der*die Landesvorsitzende trägt die politische Verantwortung für sämtliches Geschehen im Landesvorstand und durch den Landesvorstand.

In diesem Jahr werden wir die Öffentlichkeitsarbeit umstrukturieren. Es wird kein eigenes Referat zur Öffentlichkeitsarbeit geben. Das Design der Postings übernimmt unsere hauptamtliche Referent*in für Öffentlichkeitsarbeit, die Inhalte werden in Redaktionsgruppen im Social Media Team erstellt und die Verantwortung für die schlussendlich geposteten Inhalte trägt der Landesvorsitz.

Zudem wollen wir in dieser Wahlperiode ein eigenes Kampagnenreferat schaffen, das sich mit der Vorbereitung, Begleitung und Durchführung der Kampagnen zur Kommunal- und Europawahl beschäftigt.

Das Referat für Antifaschismus und Mobilisierung wird wieder eingeführt, um unserem antifaschistischen Kampf wieder mehr Geltung zukommen zu lassen.

Ein weiteres Referat zur Begleitung der Hochschulgruppen wird zudem eingesetzt.

Wir werden die Gliederungsbetreuung im Wesentlichen beibehalten. Unser Ziel ist es, dass jeder Kreisverband im besten Falle mind. eine*n konkrete*n Ansprechpartner*in bekommt, mindestens aber jede Region (West, Mitte, Ost) zwei.

Organisationsfokus	I. Fokus Verbandsleben			II. Fokus Organisation			III. Fokus JSAG	IV. Fokus Hochschulgruppen
Referate	Feminismus und Empowerment	Kampagnenplanung	Mitgliederbetreuung	Internationales	Interne Verwaltung	Mobilisierung	JSAG	Hochschulgruppen
Beschreibung	Organisation der Empowerment-strukturen auf Landesebene und inhaltliche Zusammenarbeit mit der PB	Vorbereitung und Koordinierung der Kampas auf Landesebene	Bindeglied zwischen KVs und LaVo bei der Betreuung und Gewinnung von Neumitgliedern, Ansprechpartner*in für Mitglieder im Sinne eines*einer Mitgliederbeauftragten	Vernetzung und Kontakt mit internationalen Partnerorganisationen	Protokolle, To-Do-Listen, Terminkalender, Ausgabenlisten Sachmittelpauschale und SPD-Budget, Planung von Anschaffungen, Betreuung Website	Interne Mobilisierung zu Demonstrationen, Kontakt mit antifaschistischen Bündnispartner*innen, Mitarbeit/Vertretung in landesweiten Bündnissen	Koordinierung der Arbeit der JSAG	Koordinierung der Arbeit der Hochschulgruppen
	Awarenessstrukturen und Mitgliederbetreuung auf Landesebene			LA Betreuung, Kontakt und Betreuung Vorfeldorganisation				
Gliederungsbetreuung	Interne Zuteilung der Kreisverbände							
Öffentlichkeitsarbeit	Öffentlichkeitsarbeit, Pressemitteilungen, Social Media							
Inhaltlich	Feminismus	Ökologie / Kommunales	WiSoFi	Internat.	Kommunales / Ökologie	Antifa	Bildung (Schule)	Bildung (Hochschule)

Um eine bessere und transparentere Kommunikation innerhalb des Verbandes zu erreichen, wollen wir am bereits etablierten Format des Newsletters, der in regelmäßigen Abständen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen berichtet, festhalten. Ergänzend dazu sollen allerdings weitere Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen werden. So wollen wir direkte Kommunikation vom Landesvorstand an die Mitglieder durch unseren Telegramkanal als Kommunikationstool / Informationskanal erhalten.

Der Landesvorstand wird zudem seine Kommunikation weiterhin auf Telegram stattfinden lassen.

Am Prinzip der Mitgliederumfrage wollen wir festhalten, um eine regelmäßige Evaluationsmöglichkeit zu schaffen.

Mitgliedergewinnung und –betreuung

Das wichtigste Ziel für einen politischen Jugend- und Richtungsverband, wie es die Jusos sind, ist es, neue Mitglieder zu werben. Ohne weitere Neueintritte droht unser Verband in Zukunft zu überaltern und strukturell ausgehöhlt zu werden. Unser Konzept der Neumitgliedergewinnung ist einfach, aber herausfordernd und lautet:

“Die beste Werbung für einen Verband ist eine erfolgreiche und gut funktionierende Verbandsarbeit!”

Es sind unsere politischen Erfolge und das Klima, das wir nach Außen spiegeln, die über die Frage entscheiden, ob es für junge Menschen attraktiv ist, sich unserer Bewegung anzuschließen. Deswegen müssen wir bei allem, was wir innerhalb unseres Verbandes tun, darüber nachdenken, wie dies von Jugendlichen außerhalb von Partei und Verband wahrgenommen wird.

Hierbei gilt es weiter festzustellen, dass der Landesverband nur begrenzt auf den direkten Kontakt von Jusos zu jungen Menschen und jungen Menschen zu Jusos Einfluss hat. Es sind die Kreisverbände, die den direkten Kontakt zu potentiellen Neumitgliedern pflegen und auch pflegen müssen. Dabei wird der Landesvorstand den Kreisverbänden unterstützend zur Seite stehen.

Der Landesverband hat die Aufgabe, die Kreisverbände hierfür in die Lage zu versetzen und durch eigene Tätigkeiten unterstützend zu wirken. Den frischen Wind, den die Neumitglieder mit in unsere Reihen tragen, wollen wir nutzen und diese, wenn möglich, schnell in unsere bereits bestehenden Strukturen mit einbinden. Um das zu bewerkstelligen, brauchen wir flache Hierarchien und kurze Wege, wir müssen die Feedbackkultur in unserem Verband evaluieren und möglicherweise anpassen. Konstruktive Kritik muss geäußert werden können, um eine Erneuerung innerhalb der Jusos und der SPD vorantreiben zu können. Es muss eine Möglichkeit geschaffen werden, Kritik, wenn gewünscht, auch anonym anbringen zu können.

Den neu aufgelegten Neumitgliederbrief samt digitalem Neumitgliederhandbuch und Begrüßungspaket wollen wir als erfolgreiches Mittel alle zwei Monate einsetzen. Zudem wollen wir durch eine im Zuge der Neumitgliederkampagne entwickelte Kommunikationsstrategie unsere Neumitgliedergewinnung optimieren. Dazu soll sich auf folgende Angebote konzentriert werden:

Durch vermehrte Angebote zur internen Weiterbildungen, wollen wir u.a. präsenter in den Sozialen Netzwerken und vor Ort sein. Diese Angebote sollen in den sogenannten "Funki-Seminaren", die wir bereits die letzten Jahre durchgeführt haben konzentriert und durch weitere Angebote (Handreichungen etc.) ergänzt werden.

Neumitglieder sollten frühzeitig in Projektgruppen einbezogen werden. Dies ermöglicht ihnen, praktische Erfahrungen bei der inhaltlichen Arbeit zu sammeln und ihre Fähigkeiten einzubringen. Durch aktive Teilnahme können sie auch schnell Verantwortung übernehmen und einen Beitrag leisten.

Zudem wollen wir zentral geplante Aktionen, die vom Landesvorstand organisiert und von den Kreisverbänden in Anspruch genommen werden können umsetzen. Dies beinhaltet, z.B. die Möglichkeit von gemeinsamen Aktionen (Infostände, gemeinsame Socialising Aktionen usw.) in MV verteilt zu organisieren, um die Kreisverbände bei ihrer Arbeit vor Ort zu unterstützen.

Empowerment und Feminismus

Feminismus ist für einer unserer Grundwerte und somit einer der Schwerpunkte unserer Arbeit. Aus unserem Selbstverständnis geht hervor, dass Feminismus intersektional sein muss, um auch die Realitäten mehrfach diskriminierter Menschen abzubilden und ihnen den nötigen Raum zu geben. Damit einher geht eine konsequente Null-Toleranz-Haltung gegenüber jeglicher Form von diskriminierendem Verhalten.

Wir werden die Materialien, Seminare und Inhalte prüfen, um in allen Themenbereichen eine feministische Perspektive zu schaffen. Die Verantwortung liegt dabei bei allen Mitgliedern des Landesvorstandes, wobei die*der Feminismus Beauftragte*r eine Expert*innenrolle einnimmt. Die Einbeziehung aller soll genauso im Vordergrund stehen, wie Schaffung von Schutzräumen für FINTA* Personen. Somit soll ein barrierearmer Einstieg in feministische Debatten ermöglicht werden. Dazu gehört auch, dass auf männlich dominiertes Redeverhalten aufmerksam gemacht wird und dass dieses kritisch reflektiert wird. Dies findet u.a. Raum in den Männer Plena.

Zur Vernetzung und Empowerment gibt es zu Beginn jeder Veranstaltung ein FINTA*-Plenum, welches in einem geschützten Raum stattfindet. Hier soll sich in sicherer Atmosphäre ausgetauscht werden können. Die Inhalte dieser Plena sind individuell und werden nachträglich nicht nach außen getragen, da es sich hierbei um einen Safe Space handelt. Zeitgleich zum FINTA*-Plenum findet das Männer-Plenum statt, indem sich kritisch mit Männlichkeit auseinandergesetzt werden soll. +

Die Gender-Plena werden vom zuständigen Awareness-Team oder der Antidiskriminierungskommission vorbereitet und durchgeführt.

Beschreibung:

FINTA* = **F**rauen, **I**nter Menschen, **N**ichtbinäre Menschen, **T**rans Menschen, **A**gender Menschen

Awarenessstrukturen

Als Teil einer kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft müssen wir anerkennen, dass die Elemente, welche strukturelle Diskriminierung verursachen auch in unseren Verband hineinwirken. Dies muss fortlaufend reflektiert werden, sodass dagegen vorgegangen werden kann. Nur so können wir auf unseren Veranstaltungen eine Atmosphäre schaffen, in der sich alle Teilnehmenden wohlfühlen können.

Awareness-Strukturen sollen präventiv gegen Diskriminierung wirken, indem Aufklärung und Sensibilisierung dazu beitragen, dass Privilegien erkannt und nicht ausgenutzt werden.
Die Awareness-Strukturen innerhalb unseres Verbandes sollen weiterhin gestärkt, regelmäßig evaluiert und ggf. ausgebaut beziehungsweise dementsprechend angepasst werden. Deswegen wird auf allen angebotenen Veranstaltungen zu Beginn ein Awarenessteam, bestehend aus mindestens einer FINTA* - Person und einer weiteren Person bestimmt. Das Awareness-Team auf der Jusos Mecklenburg-Vorpommern arbeitet nach dem vom Landesvorstand entworfenen Leitfaden. Es soll aktiv gegen diskriminierendes Verhalten vorgehen und betroffene Personen sollen vertraulich Unterstützung finden. Deswegen soll das Awareness-Team jederzeit für alle Teilnehmenden erreichbar sein, um grenzüberschreitendes und/oder diskriminierendes Verhalten, Hilferufe von Teilnehmenden oder Hinweisen darauf nachgehen zu können. Hierfür ist es vonnöten, dass es über ein Telefon des Landesvorstandes immer erreichbar ist und zu jedem Zeitpunkt der Veranstaltung mindestens ein Mitglied des Awareness-Teams nüchtern und zurechnungsfähig ist. Das Awareness-Team arbeitet grundsätzlich nach dem Recht auf Selbstbestimmung von Betroffenen. Dies bedeutet, dass die Definitionsmacht, was ein Übergriff / Diskriminierung ist, bei der Betroffenen Person

liegt, da gesetzte Grenzen individuell sind und als solche respektiert werden müssen. Dies ist insbesondere wichtig, wenn es um subtile Formen von Diskriminierung, wie zum Beispiel Musik, Filme oder ein Veranstaltungsformat geht. Der Landesvorstand wird, je nach Bedarf und nach Möglichkeit, angemessene Aus- und Weiterbildungsangebote schaffen bzw. anbieten.

Des Weiteren wird der Landesvorstand die Möglichkeit eines anonymen "Kummerkastens" prüfen, sowie die Verfolgung eingegangener Beschwerden im Blick behalten.

Darüber hinaus wird eine Anti-Diskriminierungskommission eingesetzt, welche sich aus 2 Mitgliedern des Landesvorstandes und 2 Basismitgliedern, welche durch den Landesausschuss entsendet werden, zusammensetzt. Ziel dieser Kommission ist die Koordinierung und Betreuung der Awarenessarbeit, ist jedoch kein ständiges Awareness-Team.

Zudem werden wir uns weiter an der BiPOC Vernetzung des Bundesverbandes beteiligen und an unseren Wochenenden unter Beteiligung der zu vernetzenden Personen einen geeigneten Raum zur Vernetzung innerhalb des Landesverbandes sorgen.

Auf und während unserer Veranstaltung wollen wir Räume zum Austausch und Vernetzen, aber auch zum kritischen Reflektieren anbieten und schaffen. Hierfür werden wir verschiedene anlassbezogene Möglichkeiten für Plena anbieten und deren Arbeit aktiv unterstützen.

Empowerment-Strukturen, wie Vernetzungen, sollen auf Kreisebene unterstützt und vom Landesvorstand, auf Landesebene, durch eigene Treffen, Workshops und Seminare gestärkt werden.

Landesarbeitskreise (LAKs) und Projektgruppen

Die Jusos M-V führen ihre programmatischen Debatten innerhalb der Landesarbeitskreise und Projektgruppen. Aufgabe dieser Institutionen ist es sich inhaltlich mit den politischen Schwerpunkten und gesellschaftlichen Diskussionen zu beschäftigen. Außerdem können sie theoretische und aktionistische Teile der

Verbandsarbeit mit vorbereiten. Die Landesarbeitskreise werden durch ein Team aus Sprecher*innen geleitet und inhaltlich vor- und nachbereitet. Diese Sprecher*innen werden von der Landeskonferenz gewählt.

Der Landesvorstand empfiehlt aus den Erfahrungen der letzten Jahre, das Konzept der Landesarbeitskreise zu überdenken. Wir empfehlen, die grundsätzliche Möglichkeit der LAKs zu erhalten, sollten diese aus den Reihen des Verbandes auf einer LaKo beschlossen werden. Der LaVo empfiehlt jedoch in Zukunft die themenbezogene Arbeit in weiteren themenspezifischen Projektgruppen, die vom Landesvorstand einberufen werden, durchzuführen. Diese sind thematisch zum einen konkreter und auch flexibler. So soll es in Zukunft neben den strukturellen Projektgruppen, wie die JSAG und die Hochschulgruppen auch themenbezogene Projektgruppen geben.

JSAG

Die JSAG setzt sich aus Schüler*innen und Auszubildenden unseres Landesverbandes zusammen. Durch die neugewählten Sprecher*innen und Reaktivierung weiterer Auszubildenden und Schüler*innen wird derzeit inhaltlich gearbeitet und die Probleme in Schule und Ausbildung diskutiert. Es ist uns wichtig Mitglieder aus möglichst allen Kreisverbänden bei uns zu integrieren. Für besseren qualitativen Unterricht, sowie mehr Freizeitmöglichkeiten für die individuelle Entwicklung, ist der Wechsel auf das G9-System unumgänglich. Dabei ist es wichtig individuelle Stärken zu fördern, anstatt Schwächen aufzuzeigen. Oberste Priorität hat für uns aber die Schaffung von Chancengerechtigkeit, unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund. Um eine politische Veränderung zu bewirken ist der Austausch mit verschiedensten Akteur*innen von wichtiger Bedeutung. Dabei gilt es zum einem landesweit mit bildungspolitischen Akteur*innen ins Gespräch zu kommen und zum anderen auch mit Jugendorganisationen aus dem Bereich Gewerkschaften, um prekären Bedingungen für Auszubildende entgegenzuwirken. Neben den eben genannten Forderungen setzen wir uns für eine Ausbildungsplatzgarantie und der Vergütung schulischer Ausbildungen ein.

Juso-Hochschulgruppen

Die Juso-Hochschulgruppen in Mecklenburg-Vorpommern bleiben unsere ersten Ansprechpartner*innen in Sachen Hochschulpolitik. Wir unterstützen ihre aktuelle Struktur_und setzen uns aktiv, zusammen mit der Landeskoordination, für die Gründungen neuer Hochschulgruppen an anderen Standorten ein.

Hochschulen sind für uns ein Ort des demokratischen Diskurses, weshalb wir weiterhin für die Überarbeitung der Raumvergabeverordnung eintreten werden. Außerdem werden wir uns ganz im Sinne einer emanzipatorischen Bildung für eine Flexibilisierung des Studiums einsetzen, z. B. für die Abschaffung der Regelstudienzeit, den Ausbau der digitalen Lehre und der Verhinderung der 6-Tage- Woche. Dazu werden wir die Novellierung des Landeshochschulgesetzes kritisch und konstruktiv begleiten und uns in den Prozess aktiv einbringen.

In Sachen Demokratisierung der Hochschulen pochen wir weiter auf die Parität in allen akademischen Gremien und mehr studentische Mitsprache, die nicht nur Augenwischerei ist und sich bis in die Hochschulleitungen durchsetzt. Rechten und antidemokratischen Strukturen an den Hochschulen stehen wir konsequent entgegen und sagen: kein Platz für Identitäre, Burschenschaften und Studentenverbindungen! Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit diesen Strukturen ab, egal ob im StuRa/StuPa oder sonst wo. Über ihre Umtriebe wollen wir weiter aufklären und nicht still hinnehmen, wie sie ihren Platz in den Gremien finden.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Unsere Social-Media-Arbeit konzentriert sich auf die Plattformen Instagram, Tik Tok, Facebook und Twitter. Die Qualität unserer Onlineauftritte wollen wir weiter steigern und uns für mehr Kontinuität einsetzen, um gegebenenfalls die Reichweite noch stärker auszubauen. Hierfür wollen wir insbesondere in Zukunft vermehrt auf Kurzvideoformate wie Reels setzen, um mit dieser Reichweite zu erzielen. Ziel ist, dass vorausblickend, kontinuierlich und tagesaktuell Content erstellt wird. Dazu werden wir unseren Mitgliedern die Möglichkeiten bieten, sich auf diesem Gebiet weiterbilden zu können. Wir wollen barriereärmer kommunizieren und Fachbegriffe weitgehend vereinfachen. Die Social Media Arbeit wird durch unsere Referent*in für

Öffentlichkeitsarbeit abgedeckt. Das Erstellen der medialen Inhalte, also Kacheln, Bilder und Videos, sowie dazu passender Texte erfolgt durch Landesvorstandsmitglieder, je nach inhaltlichem Referat. Hierfür sollen Redaktionsgruppen im Social Media Team gebildet werden. Die Verantwortung für die schlussendlich geposteten Inhalte trägt der Landesvorsitz.

Der Landesvorstand verpflichtet sich, das Arbeitsprogramm und das Selbstverständnis leichter verständlich zu gestalten. Hierzu soll ein Glossar für alle Fachbegriffe angelegt werden, welches fortlaufend aktualisiert wird und in dem diese erklärt werden.

Außerdem soll zukünftig darauf geachtet werden, dass Texte verständlich verfasst und Fachbegriffe auf ein notwendiges Maß reduziert werden. Um die Lesbarkeit der Texte zu erhöhen, soll zudem auf Schachtelsätze möglichst verzichtet werden.

Die Umsetzung soll auch auf niedrigeren Ebenen erfolgen, sodass beispielsweise alle Anträge der Kreisverbände auch in einfacher Sprache verfasst werden.

5. Politische Bildung

Die politische Bildung ist die Kernaufgabe unserer Verbandsarbeit. Unser Anspruch ist es, unsere Mitglieder sowohl inhaltlich als auch in Soft Skills weiterzubilden und sie fit für die politische Arbeit im Verband, in der SPD und auch in der Lebensrealität zu machen. Dazu soll die politische Bildung enger mit dem/der Landesjugendbildungsreferent*in abgestimmt und organisiert werden. Die Mitglieder des Landesvorstandes übernehmen zusätzlich eigenverantwortlich politische Bildungsangebote, die inhaltlich zu ihrem Referat gehören. Die methodische und didaktische Aufbereitung von Angeboten wird dabei von Expert*innen innerhalb des Landesvorstandes begleitet.

Den Einladungen zu den Seminaren soll weiterhin eine inhaltliche Beschreibung und möglichst eine fertige Tagesordnung beiliegen, sodass sich die Interessierten ein besseres Bild über die Inhalte und die Abläufe des Seminars machen können. Zudem werden wir einen Seminarplan mit allen feststehenden Seminaren veröffentlichen, der regelmäßig und möglichst zeitig im Voraus aktualisiert wird, damit die Mitglieder ihre Teilnahme an den Seminarwochenenden frühzeitig planen können. Wir verpflichten

uns, Einladungen (Ort und Zeit sowie eine inhaltliche Beschreibung) mindestens 6 Wochen vor Beginn als save the date zu versenden.

Bei der Ausgestaltung unserer Seminare werden wir weiterhin vermehrt externe Referent*innen einladen, um ein abwechslungsreiches Programm zu gewährleisten. Gerne auch aus der breiten Mitte unseres Verbandes. Zielstellung der nächsten Legislatur wird es zudem sein, die politische Bildung im Verband inhaltlich breiter aufzustellen und Neues sowie Bewährtes zusammenzubringen. So wollen wir beispielsweise unser Juso-Sommercamp wiederbeleben und uns inhaltlich auf die Kommunal- und Europawahl vorbereiten. Die jeweilige Zuständigkeit in der Vorbereitung und Durchführung liegt beim entsprechenden inhaltlichen Referat, dem organisatorischen Referat der politischen Bildung sowie der*dem Jugendbildungsreferent*in

Wir werden auf den Seminaren, wenn gewünscht, immer die Möglichkeit der Vernetzung, sowie einen Schutzraum für FINTA* und BiPOC ermöglichen.

Bei der Durchführung der Seminarwochenenden werden wir die Regionen des Landes berücksichtigen und wollen weiterhin alle Regionen in M-V abdecken.

Unsere traditionellen Seminare haben sich über die Jahre zu festen Ereignissen in den Kalendern von Genoss*innen in Mecklenburg-Vorpommern etabliert. Diese Seminare wollen wir weiterführen, wenn nicht auch trotzdem dem aktuellen Zeitgeist anpassen und gemeinsam weiterentwickeln. Außerdem wollen wir unsere Seminare nach didaktischen und pädagogischen Gesichtspunkten planen und durchführen. Folgende Veranstaltungen werden wir durchführen:

Karl & Rosa-Wochenende

Das Karl & Rosa-Wochenende markiert als traditionsreiches Seminar den Beginn des politischen Jahres bei den Jusos Mecklenburg-Vorpommern. Hier geht es um Erinnerung. Neben dem obligatorischen Besuch des Sozialist*innenfriedhofs, dem Gedenken an alle Opfer, die von Genoss*innen im Kampf für den Sozialismus gebracht wurden und der Auseinandersetzung mit dem Handeln und Denken besonderer Persönlichkeiten

unserer Bewegung, sollen weitere Orte von zeitgeschichtlicher Bedeutung und kulturell-historischer Bedeutung besichtigt werden.

Lila-Faden: In diesem Zusammenhang zu betrachten sind hier, die Geschichte der feministischen Bewegung als Teil der sozialistischen Bewegung und sowie das Leben, Denken und Handeln weiblicher Persönlichkeiten der sozialistischen und feministischen Bewegungen.

Neumitglieder/Funkiseminar

Hier soll für Neumitglieder das Angebot geschaffen werden, die zentralen Bestandteile und Grundbegriffe der Jusos in MV kennenzulernen und anzuwenden:

Grundwerte, Organisationsstruktur, Doppelstrategie u.a.. Neben der Vermittlung von Inhalten und Kompetenzen auf den Neumitgliederseminaren soll auch das "Einander-Kennenlernen" im Fokus stehen. Weiterhin soll auch darauf eingegangen werden, wo sich die neuen Mitglieder im Verband sehen und wo sie sich gern einbringen möchten. Ziel ist es sie für die inhaltliche Jusoarbeit vorzubereiten und sie zu empowern ihre Ideen und Fähigkeiten einbringen. Dabei geht dieses Seminar, wie auch die anderen im Verband über die Vermittlung von Wissen hinaus und gibt Handreichungen für wichtige Kompetenzen.
Zudem sollen am Rande dessen Angebote für Funkis (Funktionär*innen) zur internen Weiterbildung geschaffen werden.

Lila Faden

Hierbei wollen wir uns auch besonders mit dem so genannten "Feminismus von rechts" und der Frage nach dem Konflikt neuer rechter Politiken zwischen Forderungen nach Frauenrechten und einem starken Antifeminismus beschäftigen

Sommercamp

Unser neu aufgesetztes Sommercamp soll in einem Fokus auf unseren antifaschistischen Kampf legen und sich mit unserer lokalen Geschichte in Prora auf Rügen auseinandersetzen. Dabei soll zugleich die Notwendigkeit von unseren aktuellen antifaschistischen und antirassitischen Engagementes verdeutlicht werden.

Lila-Wochenende

Auf unserem Lila-Wochenende rund um den feministischen Kampftag wollen wir uns mit unserem feministischen Verständnis auseinandersetzen. Sozialistische Ideengeschichte wäre ohne Sozialistinnen wie Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, aber auch ohne Adelheid Popp und andere undenkbar. Daher wollen wir gemeinsam evaluieren was der feministische Kampf, den bereits viele andere geführt haben für uns bedeutet und wie wir weiterhin in unseren Verband hineinwirken können, um diskriminierende Strukturen aufzudecken und zu bekämpfen.

Rote Wochenenden

Die inhaltliche Ausgestaltung der roten Wochenenden werden durch die inhaltlichen Referate des Landesvorstandes abgedeckt. Die jeweiligen Projektgruppen werden in die Konzeption und Durchführung eingebunden. Wenn möglich sollen externe Referent*innen in Themen einführen, die dann diskutiert werden und im Ergebnis zu Anträgen oder anderen verbandsbereichernden Elementen bis zur nächsten Landeskonferenz führen.

Lila-Faden: Jedes Thema, das sich Landesarbeitskreise geben, muss auch aus feministischer Perspektive betrachtet werden. Es ist ein Ziel der roten Wochenenden dies zu ermöglichen.

Dennoch soll an Roten Wochenenden auch die Möglichkeit gegeben werden, sich mit weiteren Themen, die den Landesverband aktuell bewegen, auseinanderzusetzen und sofern gewünscht ein solches Wochenende von Seiten des Landesvorstandes gemeinsam mit Kreisverbänden organisiert werden.

Internationales

Die vergangenen Wahlperiode hat einmal mehr deutlich gemacht, wie wichtig internationale Themen auch für unsere Verbandsarbeit sind. Darum wollen wir durch gezielte und regelmäßige Diskussions- und Austauschformate auch den internationalen Fokus vermehrt in unsere Juso-Arbeit bringen. Nicht nur während der Wahlen zum Europäischen Parlament sollen europäische Themen bei uns im Verband thematisiert

werden, sondern jederzeit. Auch gegenüber des SPD-Landesverbandes wollen wir verstärkt für unsere Positionen innerhalb der internationalen Politik eintreten und kritisch-progressiv die Außenbeziehungen der Landesregierung diskutieren. Eine feministische Betrachtung von Außenpolitik ist dabei für uns zentral. Die vergangene Ostseekonferenz soll auch in den kommenden Jahren durchgeführt werden und eine zentrale Rolle im regelmäßigen Austausch mit unseren Schwesterorganisationen aus den demokratischen Anrainerstaaten der Ostsee einnehmen.

Dazu ist es außerdem wichtig die Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partner*innenorganisationen zu stärken und vor allem jetzt, nach langen Einschränkungen durch die Corona-Pandemie, wiederzubeleben. Hierzu soll wieder mehr Kontakt aufgenommen werden. Gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen soll die Zusammenarbeit intensivieren.

5.1. Seminarplan für 2023/24

In der folgenden Legislatur sollen im Schnitt alle 2 Monate Veranstaltungen zur politischen Bildung stattfinden. Flankierend dazu werden Onlineangebote von Seiten des Landesvorstandes geschaffen.

2023

- August: Sommercamp (Rügen, Prora)
- Oktober: Neumitglieder/Funkiseminar im Westen
- Dezember: Weihnachtswochenende in Warnemünde

2024

- Januar: Karl und Rosa Wochenende in Berlin
- März: Fem*powermentseminar im Westen
- April: Neumitglieder/Funkiseminar in Mitte
- Mai: Rotes Wochenende in Demmin
- Juni/Juli: Ostseekonferenz

A2 Keinen Fußbreit Demokratiefeind*innen und Autokrat*innen in der Europäischen Union und weltweit!: Unsere Vorstellung von einer progressiven Europäischen Union

Die Europäische Union steht an einem Scheideweg. Insbesondere seit 2015 erhalten Rechtspopulist*innen und Autokrat*innen vermehrt Zuspruch. Damit werden unsere demokratischen Grundprinzipien nicht nur infrage gestellt, sondern erfahren grundsätzliche Ablehnung.

So wird beispielsweise Ungarn seit 2019 nicht mehr als Demokratie klassifiziert und ist somit der erste autokratische Mitgliedstaat der Europäischen Union. Mit Serbien und der Türkei gehören außerdem zwei unmittelbare EU-Anrainer zu den Ländern mit den stärksten Autokratisierungstendenzen. Auch weltweit sind Demokratien auf dem Rückzug. So ist das Sinken des Demokratieniveaus in mehreren G-20-Nationen mit signifikanten militärischen, wirtschaftlichen und politischen Einflüssen in der Welt alarmierend. 2020 befanden sich weltweit nur noch 17 Länder in einem Prozess der Demokratisierung, was einem Anteil von lediglich 4 Prozent der Weltbevölkerung entspricht. Unterdessen hat die dritte Welle der Autokratisierung 25 Länder erfasst, in denen ein Drittel (33 Prozent) der Weltbevölkerung lebt. Auch die Corona-Pandemie hat dazu beigetragen, dass Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie-Folgenden ergriffen wurden, die bürgerliche Freiheiten und politischen Rechte massiv einschränkten. Eine gesellschaftliche Balance zwischen dem Schutz der Verletzlichsten und dem Erhalt demokratischer Standards zu finden, war weltweit eine große Herausforderung für alle Regierungen.

Unsere Antwort auf die genannten Herausforderungen kann nur mehr Demokratie sein. Es ist daher wichtiger denn je, dass wir jungsozialistische und sozialdemokratische Antworten auf demokratische Rückschritte und Autokrat*innen finden. Darum sagen wir mit unseren Vorstellungen von einer progressiven Europäischen Union zur Europawahl 2024 Demokratiefeind*innen und Autokrat*innen den Kampf an.

Demokratie in Staaten

Insbesondere die Europäische Union muss den genannten antidemokratischen Tendenzen in ihren eigenen Staaten entschlossen begegnen. Mitgliedsstaaten, die sich offenkundig von demokratischen Grundprinzipien entfernen, müssen sanktioniert und jene, die die europäischen Grundwerte auch in Zeiten von Krisen hochhalten, unterstützt werden. So fordern wir, dass die Möglichkeit eingerichtet wird, dass autokratischen Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union das Stimmrecht im Rat der Europäischen Union entzogen werden. Dies soll dazu dienen, dass autokratischen Staaten damit keine demokratieförderndern Entscheidungen blockieren und beeinflussen können. Ihnen wird damit zugleich der Anreiz gegeben autokratische Strukturen abzubauen.

Daneben gilt es einen Fonds für Demokratieförderung zur Unterstützung zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in allen Mitgliedstaaten einzurichten. Insbesondere sollen damit demokratische Bestrebungen unterstützt und vor allem die Zivilgesellschaft mit demokratischen Zielen in Mitgliedstaaten mit Autokratisierungstendenzen gestärkt werden. Demokratieförderung soll dabei nicht nur urbanen Zentren sondern explizit den ländlichen Regionen zugutekommen. Insbesondere in strukturarmen und ländlichen Regionen treffen Rechtspopulist*innen durch das Schüren von Ängsten und Proklamieren einfacher Antworten auf komplexe Themen auf fruchtbaren Boden. Um dem nachhaltig ein Ende zu setzen, muss dieser Demokratiefonds einen Fokus auf ebendiesen ländlichen Raum legen. Daneben umfasst die Stärkung von Demokratie auch den Schutz vulnerabler Gruppen, wie Frauen, Kinder, LGBTQIA*, ethnische Minderheiten oder Migrant*innen. Demokratieablehnende Tendenzen bedrohen vor allem ihr Lebensumfeld. Zur Stärkung dieser fordern wir die Einrichtung von mehreren Kommissar*innen, die sich explizit mit der Stärkung von Rechten vulnerablen Gruppe befassen.

Gerade in Anbetracht des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine wurde einmal mehr deutlich, dass auch weiteren Staaten, wie den Staaten des Westbalkans, aber auch Norwegen uvm. eine EU-Beitrittsperspektive ermöglicht werden muss. In und mit der

Europäischen Union tragen wir auch für sie Verantwortung. Daher muss die Europäische Union diese Verfahren beschleunigen und endlich aufhören nur bei einseitigen Vorteilen zu handeln. Damit treiben wir beispielsweise Staaten des Westbalkans erst in die Arme von Autokrat*innen, die scheinbar wesentlich mehr Interesse für sie aufbringen. Die EU ist kein Closed-Shop und muss endlich gegenüber Beitrittsinteressierten Verantwortung übernehmen und sich nicht wegducken.

Demokratie in Institutionen der Europäischen Union

Nicht nur die Mitgliedsstaaten, sondern auch die Europäische Union selbst muss demokratischer werden. Echte Beteiligung seitens der EU-Bürger*innen beispielsweise durch regelmäßige Zukunftskonferenzen und darauffolgende Verfassungskonvente sind ein wichtiger Schritt für zugängliche Partizipationsmöglichkeiten. Das Europäische Parlament muss zu einer tatsächlichen Gesetzgebungskammer werden, denn sie ist das einzige Gremium, in dem demokratisch legitimierte Abgeordnete aus allen Mitgliedsstaaten um die besseren Argumente ringen können. Darum fordern wir ein Initiativrecht im Europäischen Parlament. Dazu zählt auch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat, welches politische Prozesse, wie beispielsweise Gesetze für mehr Steuergerechtigkeit, unnötig verlängert und bremst. International soll die Rolle der Europäischen Union gestärkt werden, indem sie einen dauerhaften Sitz im UN-Sicherheitsrat erhält und damit endlich ihrem weltweiten Einsatz für Frieden, Diplomatie und Demokratie gerecht werden kann. Auch die Frage von transnationalen Listen und Spitzenkandidat*innen muss intensiver diskutiert und abschließend geklärt werden.

Ziel muss bei diesen ganzen Maßnahmen sein, dass die Europäische Union Demokratie nicht nur auf ihre Fahnen schreibt, sondern ihre demokratische Institutionen-Konstruktion hinterfragt. Diese Struktur ist alles andere als demokratisch und verhindert eine tatsächlich gelebte Demokratie innerhalb der europäischen Union.

Progressive Migrationspolitik

Insbesondere seit 2015 gewinnen Autokrat*innen mit Politik gegen Migrant*innen an Zuspruch. Die Europäische Union hat sich dieser restriktiven Politik durch Grenzschließungen und eine unsolidarische Verteilungspolitik angeschlossen. Wir wollen keine Festung Europas – Wir wollen ein Europa, das für alle da ist. Forderungen von Rechtpopulist*innen nachzugeben, nur weil sie am lautesten schreien, ist für uns keine Option und aus unserer Perspektive eines der Hauptgründe für demokratische Rückschritte in Staaten der Europäischen Union. Die Europäische Geflüchtetenpolitik hat versagt. Das müssen wir akzeptieren und gemeinsam Verantwortung dafür übernehmen.

Darum ist es unsere Pflicht sichere und legale Fluchtrouten schaffen, Fachkräftemigration stärken und die Seenotrettung entkriminalisieren. Wir fordern die Abschaffung menschenunwürdigen Flüchtlingscamps und –unterbringungen an europäischen Grenzen und in den einzelnen Staaten und setzen uns für sichere und menschenwürdige Aufnahmezentren für Geflüchtete ein. Einheitliche europäische Asylverfahren müssen gestärkt und beschleunigt werden, sodass Geflüchtete überall gleichbehandelt werden und dieselben Verfahren durchlaufen, die Grundsätzen der Solidarität, Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit beinhalten. Insbesondere zahlreiche junge Menschen, Frauen und Kindern, die in den Camps festhängen, muss schnell und unkompliziert eine Bleibeperspektive gegeben werden. Dazu sollen EU-Integrationsprogrammen geschaffen werden, die Geflüchteten den Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung erleichtern. Illegalen Push-Backs an Land- und Seegrenzen in Ländern wie Griechenland, Italien, Malta, Spanien, Frankreich, Bosnien, Kroatien und Slowenien muss geschlossen begegnet werden. Push-Backs gefährden das Leben von Menschen, sind nach EU- und internationalem Recht illegal und dürfen keinen Platz im EU-Grenzmanagement haben. Auch der Schutz von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, Kindern und LGBTQI+-Personen muss ausgebaut und gewährleistet werden. Eine solidarische Verteilung von Geflüchteten in einzelne Mitgliedstaaten und die Abschaffung der Dublin-Verordnung ist dabei essenziell. Wir tragen mit unserer Außen-, Handels- und Umweltpolitik Verantwortung dafür, dass Menschen überhaupt erst fliehen müssen. Daher gilt es entsprechend

Verantwortung für unser jahrelanges Handeln zu übernehmen, Rassismus und Diskriminierung gegenüber Geflüchteten und Migranten in der EU zu bekämpfen und Menschen ein sicheres zuhause zu bieten sowie weitere Fluchtursachen nachhaltig zu bekämpfen.

Das Grundrecht auf Leben ist nicht verhandelbar. Menschenrechte dürfen nicht von Instrumenten der Europäischen Union verletzt werden. Wir fordern daher die Abschaffung der Grenzpolizei Frontex und wollen stattdessen die Einrichtung eines Such- und Rettungsprogramm mit der Aufgabe die Sicherheit auf See zu gewährleisten und das Leben derjenigen zu schützen, die sich in Gefahr befinden. Nur wenn wir die Strukturen abbauen, die Gewalt und Tod auf See verursacht haben und weiterhin verursachen, können wir damit beginnen, Sicherheit für alle zu schaffen. Wir müssen neue Systeme und Strukturen aufbauen, die Menschen in Seenot schützen.

Demokratischer Ostseeraum

Um die Europäische Union wieder demokratischer zu machen, bedarf es verlässlicher Bündnispartner*innen. Demokratie im Ostseeraum ist heute fest verankert und spielt eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Europäischen Union. Wir Jusos M-V sehen eine intensivere Zusammenarbeit mit demokratischen Ostseeanrainerstaaten für die Umsetzung genannten Forderungen und Begegnung von Herausforderungen für essenziell. Dabei ist und bleibt unser gemeinsames Ziel, die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu schaffen, und alle gemeinsam die Europäische Union als Gemeinschaftsprojekt voranzubringen.

Insbesondere der russische Angriffskrieg hat uns auch hier vor Augen geführt, dass wir unsere Arbeit im demokratischen Ostseeraum intensivieren und auf ein demokratisches Selbstverständnis setzen müssen. Dazu werden wir uns jeglichen Bestrebungen von Rechtspopulist*innen geschlossen entgegensetzen und Herausforderungen gemeinsam begegnen. Der Ostseeraum im Zentrum Europas birgt enorme Chancen und Potentiale für die Entwicklung der ganzen Region. Die wollen wir gemeinsam nutzen. Wir werden an bereits bestehender Zusammenarbeit anknüpfen und unsere Strategie mit der

Zielstellung schärfen, damit die Ostsee als wirtschaftlicher und politischer Raum des Friedens, der Demokratie, der Menschenrechte und der engen Kooperationen weiter gestärkt und ausgebaut wird. Dazu ist es wichtig einander zu begegnen und Austausche untereinander zu fördern, um Vorurteile abzubauen. So können wir verlässliche Allianzen gegen Rechtspopulist*innen bilden.

Für uns ist klar, dass auf alle aktuellen politischen Herausforderungen Demokratie unsere beste und einzige Option ist. Durch sie stehen uns friedliche Mechanismen zur Verfügung, um Konflikte zu lösen, Machtwechsel zu organisieren, marginalisierte Gruppen zu integrieren und die Macht destruktiver Autokraten zu begrenzen. Wie man es auch dreht und wendet, die Demokratie ist unsere einzige Chance, dem Druck von innen und außen dauerhaft standzuhalten.

A3 Ostseestrand statt Vaterland – Unsere Vorstellungen für junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern

Die Kommunalwahlen 2024 werden für uns als Juso-Landesverband zentral. Die Gefahr, dass konservative, rechte bis extrem rechte Kräfte weiter an Stärke in den Kommunalparlamenten gewinnen und weiter versuchen in einzelnen Regionen eine Hegemonie aufzubauen, ist eine reale Gefahr. Wir wollen als Jusos MV ein Gegengewicht dazu bilden. Wir wollen ein MV für alle, nicht euer „Vaterland“! Unser Zuhause ist der Ostseestrand und dieser kann für jede*n ein Zuhause werden!

Unsere Vorstellungen für junge Menschen in MV sind vielfältig, verbinden aber vor allem einen Grundgedanken: Wir wollen eine Perspektive für junge Menschen in MV bieten und ihnen so die Möglichkeit geben, zu bleiben und ein erfülltes Leben zu führen. Denn auch, wenn MV häufig als „Land zum Leben“ beschrieben wird, gilt das noch viel zu selten für junge Menschen. Viel zu oft heißt es hier, dass man seinem Zuhause den Rücken kehren muss, um ein erfülltes Leben führen zu können. Um die Lebensrealität junger Menschen in MV zu verbessern und allen eine Perspektive zu geben, beschließen wir anlässlich des Kommunalwahlkampfes kommunalpolitische Leitlinien, mit denen der Juso-Landesverband eine eigene Kampagne mit dem Titel „Ostseestrand statt Vaterland“ als Unterstützung unserer lokalen Juso-Kandidierenden konzipieren, begleiten und durchführen wird. Unsere kommunalpolitischen Leitlinien lauten wie folgt:

<u>Investitionen in unsere Zukunft, statt Sparpolitik an unseren Schulen und Kindergärten</u>

Als Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern wir grundsätzlich mehr Investitionen in unsere Schulen, in deren Gebäude, Inventar, Ausstattung und die Realisierung digitaler Lehr- und Lernmöglichkeiten. Im Kontext der Schulgebäudesanierung gilt es Ausweichstandorte vorzuhalten, in denen die Schüler*innen und der Lehrkörper übergangsweise einziehen können. Sobald Schulgebäude saniert werden sollen, setzen wir uns auf kommunaler Ebene dafür ein, dass die Schulgebäude im Sinne der

Barrierefreiheit saniert werden. Im Hinblick auf die Ausstattung setzen wir uns für die Schaffung von weiteren Unisex-Toiletten ein, die mit kostenlosen Hygiene- und Menstruationsartikeln ausgestattet sind. Außerdem wollen wir ein freies WLAN an Schulen und die Entstehung von Aufenthaltsräumen für die Schüler*innen. Bei der Beschaffung digitaler Endgeräte für die Schüler*innen soll es nach unserer Sicht nicht bleiben. Als Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern wir vom Land eine gezielte Medienkompetenz-Strategie, die sicherstellen soll, dass alle Schüler*innen für den Umgang mit digitalen Lernmedien befähigt werden. Hierbei müssen Lehrkräfte ebenso mitgedacht, weitergebildet und ausgestattet werden.

Darüber hinaus haben wir das Ziel, die Mittagsversorgung für Schüler*innen kostenfrei zu machen und zudem die Rekommunalisierung der Schulessensversorgung vorantreiben. Das Schulessen sollte aus unserer Sicht möglichst regional, bio und preisgünstig bzw. inklusive sein. Dabei sollen stets auch vegetarische und vegane Speisen angeboten werden.

Zudem setzen wir uns auf kommunaler Ebene dafür ein, die Schulsozialarbeit adäquat auszufinanzieren und zu verstetigen. Aus unserer Sicht benötigt es hierfür einen verbindlichen Personalschlüssel.

Außerdem ist es unser erklärtes Ziel, die Qualität und ausreichend Personal für unsere Kindertagesstätten sicherzustellen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die sozialräumliche Dimension stärker berücksichtigt wird. Uns ist insbesondere wichtig, dass qualifiziertes Personal in allen Kindertagesstätten – auch in denen, die in vermeintlich ökonomisch schwachen Vierteln mit besonderen sozialen Herausforderungen liegen, tätig ist. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Bedeutung einer besseren und gerechteren KiTa-Platzvergabe. Damit auch jede*r die Chance auf einen wohnortnahen KiTa-Platz hat, muss das Instrument des KiTa-Planers effektiver genutzt werden und die Vergabe der Plätze ausschließlich darüber gesteuert werden, sodass alle gleichermaßen die Möglichkeit haben, einen Kitaplatz zu erhalten. Dabei muss es möglich sein, verschiedene Belange von Kindern zu berücksichtigen (Sprachinklusion, Barrierefreiheit, Konfession usw.).

Frust kommt auf, denn der Bus kommt nicht? Unsere Idee für einen öffentlichen Nahverkehr, der alle mitnimmt, statt leeren Bushaltestellen

Als Jusos Mecklenburg-Vorpommern stehen wir für einen kostenfreien ÖPNV. Der kostenfreie ÖPNV ist aus unserer Sicht das wichtigste Projekt, die zentrale Lösung für flächendeckende und ökologisch-verträgliche Mobilität, die alle Menschen mitnimmt. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns aktiv dafür ein, dass der ÖPNV in unserem Bundesland in einem ersten Schritt für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende kostenfrei wird. Wir stehen für die Gründung eines landesweiten Tarifverbundes, der u. a. die einheitliche Beschaffung, Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge übernimmt. Außerdem sehen wir die Notwendigkeit einheitlicher Vertriebsstrukturen. Zudem wollen wir einen deutlichen Ausbau des ÖPNVs. Der öffentliche Nahverkehr muss dafür aus der Logik der Profitorientierung heraus und als Daseinsvorsorge so ausgestaltet sein, dass auch der ländliche Raum ausreichend angebunden ist. Mobilität ist für uns ein Grundrecht, das nicht unter Finanzvorbehalt stehen darf. Das aktuell eingeführte „Deutschlandticket“ darf nicht nur ein Privileg für Metropolregionen sein, sondern muss auch zu einer Verkehrswende auf dem Land führen. Hierfür wollen wir regionale Lösungen anvisieren und befürworten Innovationen, wie bspw. das System der Rufbusse, sehr.

Darüber hinaus setzen wir uns als Jusos in den kommunalen Gremien dafür ein, dass der ÖPNV gendersensibel gestaltet wird. Darunter fassen wir u. a. barrierefreie Zugänge zu Haltestellen und Stationen, das Vorhandensein von Notfallknöpfen in den Fahrzeugen, saubere Fahrstuhlmöglichkeiten, Toiletten, die Hygieneartikel zur Verfügung stellen und eine adäquate Beleuchtung von Haltestellen. Zu einem modernen ÖPNV gehört aus unserer Sicht dabei auch, dass Park-and-Ride-Konzepte erarbeitet werden, welche die Verbindung zwischen Individualverkehr und ÖPNV ins Auge fassen, um mehr Menschen zur Nutzung des ÖPNV zu bringen.

Als kommunalpolitisch aktive Jusos in Mecklenburg-Vorpommern ist uns die Bedeutung eines ausgebauten Fahrradwegenetzes bewusst. Daher setzen wir uns in den

kommunalen Gremien dafür ein, dass bestehende Fahrradwege erhalten bleiben, instandgehalten werden und neue Fahrradwege gebaut werden. Das überkommunale Fahrradwegenetz wollen wir ausbauen. Dabei soll sowohl in der Stadt als auch auf dem Land ein stärkeres Augenmerk auf den Neu- und Ausbau von sicheren Fahrradwegen gesetzt werden. Es soll bei räumlicher Möglichkeit eine physische Trennung von Fahrradwegen zu Straßen geben sowie bestenfalls auch zu Fußwegen. Wir unterstützen ebenso die Schaffung von mehr Fahrradstraßen.

Vor dem Hintergrund der Klimakrise sehen wir überdies die Relevanz einer dezentralen und erneuerbaren Energieproduktion. Aus diesem Grund setzen wir uns auf kommunaler Ebene dafür ein, dass die erneuerbaren Energien vor Ort ausgebaut werden. Um die Akzeptanz vor Ort zu stärken, gilt es Konzepte zu verfolgen, die es den Menschen vor Ort ermöglicht, an den Erträgen der erneuerbaren Energieproduktion zu partizipieren. Dafür sollen durch die Kommunalverwaltungen Konzepte erarbeitet werden.

Außerdem wollen wir auf kommunaler Ebene den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität vorantreiben. Hier sehen wir einen immensen Nachholbedarf.

Das bisschen Haushalt? Für Investitionen in die Zukunft unserer Kommunen, statt Sparzwang!

Grundsätzlich stehen wir auf kommunaler Ebene für eine Haushaltspolitik, die zukunftsweisende Investitionen tätigt. Die Verständlichkeit und Transparenz des Haushalts muss dabei aus unserer Sicht sichergestellt sein. Hierbei stehen wir offen gegenüber der Einführung von Bürgerhaushalten. Jugendbudgets unterstützen wir und fordern in diesem Zusammenhang, dass über die Verwendung der im Jugendbudget enthaltenen Gelder ein lokal ansässiges Kinder- und Jugendparlament entscheidet.

Der Haushalt ist ein zentrales Regelungsinstrument auf kommunaler Ebene. Daher wollen wir als Jusos auf kommunaler Ebene dahingehend wirken, dass der Kommunalhaushalt ausreichend Kapital für die Finanzierung und Sicherung der

Rückzugsorte von Kindern und Jugendlichen (Skateparks, Spielplätze, Jugendzentren) zur Verfügung stellt.

Hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge setzen wir uns in den kommunalen Gremien dafür ein, Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die ihre Mitarbeiter*innen nach Tarif bezahlen.

Darüber hinaus setzen wir uns aktiv dafür ein, dass öffentliche Mittel für die Kinder- und Jugendsozialarbeit solidarisch verteilt werden. Wir wollen außerdem erreichen, dass für Kinder- und Jugendparlamente ein fester Tagesordnungspunkt auf den Sitzungen der Gemeinde- und Stadtvertretungen bzw. Bürgerschaften geschaffen wird.

Überdies ist uns bewusst, dass der demographische Wandel auch die Verwaltungsstrukturen in unserem Bundesland trifft und mittelfristig ein großer Teil der Belegschaft der kommunalen Verwaltungen in Rente bzw. Pension gehen wird. Daher wollen wir die Ausbildung neuer Verwaltungsmitarbeiter*innen stärken. Auch setzen wir uns dafür ein, die Weiter- und Fortbildung der Mitarbeiter*innen vorantreiben, um die Mitarbeiter*innen der kommunalen Verwaltungsstrukturen für die Herausforderungen der Zukunft zu schulen.

Für einen ökologisch und sozial nachhaltigen Tourismus, statt Overtourism!

Tourismus ist eine zentrale Lebensader vieler Menschen in MV. Ein Großteil der Arbeitsplätze in MV und vor allem in den Küstenregionen sowie der Seenlandschaft sind direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig. Der Erfolg des Tourismuslandes MV hat allerdings auch seine Schattenseiten. So sind viele Arbeitsplätze im Tourismus im Niedriglohnsektor angesiedelt und die Effekte des Overtourism sind vor allem in den Vorzugsgebieten für Tourismus zu beobachten. Diesen Effekten des Baubooms, der Verdrängung der lokalen Bevölkerung und der Kommerzialisierung öffentlicher Räume stellen wir uns entgegen. So solidarisieren wir uns mit lokalen Bürgerinitiativen, die einen Bettenstopp in ihren Kommunen fordern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass diejenigen, die am Tourismus verdienen, auch stärker an der Finanzierung der Tourismusinfrastruktur beteiligt werden. Aktuell wird die Finanzierung des Tourismus

durch die Kurabgabe geleistet. Diese müssen auch Einwohner*innen des Ortes bzw. der Nachbargemeinden entrichten. Wir wollen uns daher im Rahmen der aktuellen Novellierung des Kommunalen Abgabengesetzes dafür einsetzen, das Konzept der Kurabgabe durch eine Tourismusabgabe zu ersetzen. Diejenigen, die am Tourismus finanziell partizipieren, sollten auch durch eine Abgabe zur Finanzierung dessen beitragen. Dafür wollen wir die Fremdenverkehrsabgabe zu einer Tourismusabgabe weiterentwickeln, die gestaffelt (je nachdem inwiefern das Unternehmen am Tourismus partizipiert) eingezogen wird.

Wir wollen insbesondere kleinen Gemeinden mit Amtszugehörigkeit erleichtern, ihre B-Pläne zu ändern und Wohngebiete auszuweisen. Des Weiteren setzen wir uns für ein strenges Umwandlungsverbot von Wohnraum- in Ferienwohnraum sowie ein konsequentes Vorgehen gegen Schwarzvermietung von Wohn- als Ferienwohnraum ein. Um diese Vorgaben umzusetzen, benötigt es mehr Personal und eine stärkere Kontrolle durch die Landkreise. Sollten Gemeinden in der Lage sein, diese Kontrolle selbst vorzunehmen, sollten sie die Möglichkeit dazu bekommen. Zudem stellen wir uns gegen den Verkauf von kommunalen Flächen an Hotels. Wir fordern mehr Häuser denen, die darin wohnen.

<u>Für eine lebenswerte Stadt, statt Betonwüsten – Unsere Ideen für die Stadt der Zukunft</u>

Wir Jusos Mecklenburg-Vorpommern sind uns der Tatsache bewusst, dass eine nachhaltigere Gemeinde- bzw. Stadtentwicklung einen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten kann. Daher setzen wir uns u. a. für eine Stadtplanung ein, welche die globale Erwärmung berücksichtigt und aktiv adressiert. Das bedeutet für uns zum einen, dass wir die Flächenversiegelung in den Kommunen verringern wollen und eine negative Netto-Flächenversiegelung anstreben. Aus diesem Grund setzen wir uns auch dafür ein, keine weiteren Grünflächen für die Errichtung von Parkflächen zu versiegeln. Für uns gilt entsprechend des Grundsatzes „Parkhaus statt Parkplatz“, wenn es um die Entstehung von Parkraum geht. Auch stehen wir Jusos für das Prinzip der Innen(stadt)verdichtung und treten einer weiteren Zersiedelung der Städte und Orte entschieden entgegen. Da

beim Bau von Einfamilienhäusern ein hoher Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch vorliegt, wollen wir auf kommunaler Ebene den Bau von Mehrfamilienhäusern und alternativen Wohnformen vorantreiben. Um Wohnraum zu schaffen, sollen bereits bestehende Gebäude aus unserer Sicht häufiger nach oben aufgestockt werden.

Da wir in unserem Bundesland darüber hinaus langfristig mit trockeneren Sommern und niederschlagsreicheren Wintern rechnen müssen, bedarf es aus unserer Sicht Konzepte wie das Konzept der „Schwammstadt“. Auch bedarf es der Umgestaltung des Stadtgrüns. Aus unserer Sicht gilt es klimaresistentere Arten zu identifizieren und im Stadtgrün zu integrieren. Hier muss aus unserer Sicht der Aspekt der Biodiversität berücksichtigt werden.

Um einen Beitrag zur Biodiversität auf kommunaler Ebene zu leisten, treiben wir Verbote von Schotter- und Steingärten auf kommunaler Ebene voran.

Als Jusos Mecklenburg-Vorpommern ist es unser Ziel, das Problem der „aussterbenden Innenstädte“ auf kommunaler Ebene anzugehen. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang dafür ein, dass unsere Innenstädte zu Räumen werden, die zum Verweilen einladen. Dazu zählt aus unserer Sicht, dass Raum für Vereine, Projekte und gemeinnützige Initiativen in der Innenstadt geschaffen wird. Wir benötigen mehr und diverseres Stadtgrün, öffentliche und barrierefreie Sanitäranlagen sowie die Begrenzung des Individualverkehrs in unseren Innenstädten. In diesem Kontext treiben wir die Schaffung von Tempo-30-Zonen in Innenstädten voran. Unser Ziel sind autoarme Innenstädte, die zum Verweilen einladen. Unsere Idee der städtischen Mobilität der Zukunft setzt klar auf das Fahrrad und zu Fuß gehen als bevorzugte und sichere Fortbewegungsart mit ergänzendem ÖPNV

Zudem setzen wir uns als Jusos dafür ein, defensive Stadtarchitektur in unserem Kommunen zu verhindern und zu beseitigen.

Beim Bau ist es unser Ziel, dass wieder vermehrt auf ursprüngliche Baustoffe und Baumaterialien zurückgegriffen wird, da diese i. d. R. eine bessere Klimabilanz haben als Beton. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass wieder mehr Sozialwohnungen

gebaut werden. Hierbei stehen wir für eine verpflichtende, aber je nach sozioökönomischen Hintergründen in bestimmten Regionen flexible, Quote beim Neubau von Wohnungen. Kommunaler Wohnungsbau muss dabei barrierefrei sein. Zudem sind wir der Überzeugung, dass kommunale Grundstücke nicht nur verkauft, sondern auch das Erbbaurecht zum Tragen kommen soll, um sicherzustellen, dass die Kommunen noch über eigene Flächen verfügen.

Außerdem fordern wir Kinder, Jugendliche und junge Menschen bei der Gemeinde- bzw. Stadtentwicklung explizit mitzudenken. In diesem Kontext fordern wir mehr Freiflächen für Jugendliche und integrative und vor allem barrierefreie Spielplätze. Auf diesen öffentlichen Flächen lehnen wir zudem jede Form von Videoüberwachung ab. Wir wollen Jugendliche nicht unter einen Generalverdacht stellen, sondern begreifen sie als wichtigen Teil der Gesellschaft, der Freiräume benötigt.

Ehrenamt stärken bedeutet die Zivilgesellschaft stützen

Das Ehrenamt ist eine zentrale Säule der Zivilgesellschaft – auch und gerade in den Kommunen vor Ort. Sport spielt dabei eine wichtige Rolle. Als Jusos stehen wir für eine Stärkung und Förderung des ehrenamtlichen Sportbereichs, wollen Randsportarten (z. B. Rugby, Football, Schach, Lacrosse usw.) stärken und setzen uns in diesem Zusammenhang für einen Ausbau und die adäquate Ausstattung von Sportstätten ein. Es bedarf aus unserer Sicht einen voraussetzungsarmen Zugang zu Vereinen, also beispielsweise die kostenfreie Nutzung und Mitgliedschaft für junge Menschen, um allen zu ermöglichen, sich sportlich zu betätigen.

Gleichzeitig fordern wir, dass die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Schule angegangen wird. Wir sind der Überzeugung, dass es kein Widerspruch sein darf, sich ehrenamtlich zu betätigen und Schüler*in zu sein. Daher setzen wir uns aktiv dafür ein, dass Schüler*innen für besondere ehrenamtliche Tätigkeiten von der Schule freigestellt werden und sonstige Restriktionen beseitigt werden.

Wir wollen kein Stück vom Kuchen, wir wollen die Bäckerei – Junge Menschen müssen an den Tisch!

Als Jusos in Mecklenburg-Vorpommern sind wir der Überzeugung, dass gesellschaftliches Engagement von hoher Relevanz ist und gestärkt werden muss – auch auf kommunaler Ebene. Wir wollen Möglichkeiten der Beteiligung insbesondere für junge Menschen schaffen. Daher wollen wir die Schaffung von Kinder- und Jugendparlamenten bzw. -räten vorantreiben und in diesem Zusammenhang für feste Planstellen für die Jugendbeteiligungskoordination in den Kommunalverwaltungen sorgen. Für die Institutionalisierung der Kinder- und Jugendräte gilt es die Satzungen der Kommunen entsprechend anzupassen. Finanziert werden sollen die Kinder- und Jugendräte möglichst nicht ausschließlich durch die Kommune, sondern möglichst auch durch das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Aus unserer Sicht braucht es ein Antragsrecht für Kinder- und Jugendparlamente bei den Sitzungen der kommunalen Gremien, damit die Sichtweise der jungen Menschen in den Kommunen präsenter wird.

Darüber hinaus sprechen wir uns für die Einführung eines Jugendbudgets in den kommunalen Haushalten aus, über dessen Verwendung die Kinder- und Jugendräte eigenverantwortlich entscheiden sollen.

Kultur für alle

Kulturmöglichkeiten auf kommunaler Ebene besitzen die Fähigkeit, Menschen zu vereinen. Daher wollen wir als Jusos Mecklenburg-Vorpommern das kulturelle Angebot in den Kommunen ausbauen. Zentral ist hierzu aus unserer Sicht, dass die Landesmittel für Kulturförderung solidarisch über das Land verteilt werden. Wir setzen uns für Kultur ein, die für alle da ist. Kultur muss aber auch leistbar sein. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche freien Zutritt für kulturelle Angebote in den Kommunen erhalten. Wir fordern die Einführung eines Kulturtickets für junge Menschen – nicht einmalig, sondern dauerhaft.

Kultur muss da sein, wo die Menschen sind. Daher setzen wir uns dafür ein, Kulturzentren in alle Quartiere zu holen, nicht nur in ökonomisch starke Stadt- und Ortsteile.

Außerdem setzen wir uns in den kommunalen Gremien für die Entstehung weiterer Begegnungsorte für Kinder, Jugendliche und junge Menschen ein, wie etwa Bauspielplätze oder legale Graffitiflächen.

Solidarität statt Hetze – für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten

Geflüchtete Menschen, die nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, müssen aus unserer Sicht solidarisch und dezentral verteilt werden. Dies bedeutet für uns eine Unterbringung der Geflüchteten an einem Ort. Stattdessen sehen wir die Notwendigkeit, die Geflüchteten in den verschiedenen Quartieren unterzubringen, diese also entsprechend zu verteilen.

Bei der temporären Unterbringung von Geflüchteten setzen wir vorrangig auf die Renovierung und Nutzung leerstehender kommunaler Wohnungen. Sollten diese aufgrund eines kritischen Wohnungsmarktes nicht zur Verfügung stehen, wollen wir eine qualitativ hochwertige Unterbringung sicherstellen und bestmöglich auf die Unterbringung in bspw. Turnhallen verzichten. Die Kosten für die Unterbringung sollen weiterhin aus unserer Sicht vom Land Mecklenburg-Vorpommern getragen werden.

Außerdem fordern wir eine verpflichtende Aufnahmequote, die für alle Kommunen gilt, sodass Geflüchtete über das Land hinweg solidarisch verteilt werden.

Zudem fördern wir auf kommunaler Ebene Vereine, die sich für die Integration einsetzen.

B1 Änderung des Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer*innen (Bundesurlaubgesetz)

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern beschließt, sich für eine Erhöhung der in §3 Abs. 1 festgelegten Dauer von 24 Werktage auf 30 Werktage auszusprechen.

Sowie eine gesetzliche Festschreibung von Sonderurlaub bei Todesfällen von:

- 15 Tagen bei Verwandtschaft 1.Grades, Fehlgeburten, sowie Partner*innen einer Lebensgemeinschaft
- 10 Tagen bei Verwandtschaft 2. Grades

Eine gesetzliche Festschreibung von Anspruch auf Urlaub am Tag der Beerdigung.

Eine gesetzliche Festschreibung von 10 Tagen staatlich finanzierten Sonderurlaub für Eltern, welches ein behindertes Kind pflegen.

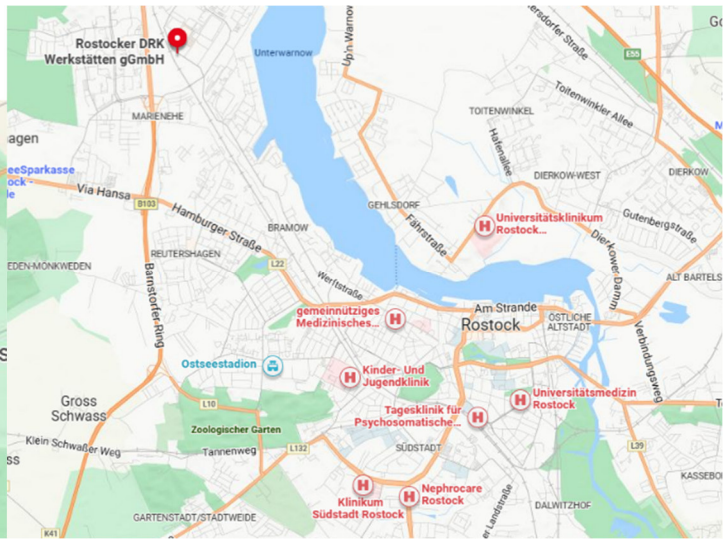
Neben einer Umsetzung auf Bundesebene, fordern wir als kurzfristige Maßnahme auch eine Aufnahme der Forderungen in den TV-L..

C2 Wiedereinführung des Studiengangs Rechtswissenschaften an der Universität Rostock

Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern sprechen sich für die Wiedereinrichtung des Studiengangs Rechtswissenschaften an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock aus. Ziel der Wiedereinrichtung soll die Wiederaufnahme der klassischen Ausbildung von Jurist*innen mit der Ermöglichung des Ablegens der Ersten und Zweiten Juristischen Prüfung sein, um dem bevorstehenden Jurist*innenmangel in Mecklenburg-Vorpommern wirksam entgegenwirken zu können und auch zukünftig einen starken Rechtsstaat gewährleisten zu können.

C3 Veränderung der Arbeitsbedingungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung

In verschiedensten Förderwerkstätten arbeiten rund 320.000 Menschen in einer arbeitnehmerähnlichen Beschäftigung jedoch ohne Anspruch auf Mindestlohn sowie Arbeitnehmer*innenrechte, wie zum Beispiel dem Streikrecht. Stattdessen erhalten Menschen mit Behinderung eine Grundsicherung und ein Entgelt, welches im Schnitt gerade einmal knapp über 200,00 € beträgt. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass diese Werkstätten jährlich ca. 8 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaften, ist das Geld, welches die Beschäftigten erhalten, deutlich zu gering. Außerhalb dieser Werkstätten eine Beschäftigung zu finden ist für Menschen mit Behinderung in vielen Fällen nicht möglich. Deswegen fordern wir nicht die Abschaffung der Werkstätten für Menschen mit Behinderung, sondern dass den Beschäftigten sämtliche Arbeitnehmer*innen-Rechte zugesprochen werden und die Löhne mindestens der Höhe des aktuell gültigen Mindestlohn entsprechen. Dies ist notwendig, um den Menschen mit Behinderung eine größere Chance dazu zu geben, mehr am sozialen Leben teilnehmen zu können und Eigenständigkeit zu fördern. Für die Teilnahme am sozialen Leben fordern wir darüber hinaus, dass neu eingerichtete Werkstätten für Menschen mit Behinderung gezielt dort platziert werden, wo das Leben stattfindet. Viel zu häufig befinden sich die Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Stadtrandgebieten (s. Beispiel Neubrandenburg), was diese Menschen zusätzlich aus dem Leben ausschließt und sie “unsichtbar” macht.



C4 Deutschlandticket für Schüler*innen und Ausbau der Infrastruktur

Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern zum einen, dass für alle Schüler*innen in Mecklenburg- Vorpommern die Möglichkeit auf eine Vergünstigung des Deutschlandtickets besteht und zum anderen, den Ausbau von Öffentlichen Verkehrsmitteln. Dies sehen wir als Zwischenschritt, um unser Ziel eines kostenlosen ÖPNV zu erreichen.

Der Landesvorstand wird darüber hinaus aufgefordert, sich dem Thema in der kommenden Wahlperiode in Form einer Projektgruppe „Mobilität neu denken“ verstärkt anzunehmen

C5 Keine Kürzungen im Bildungsbereich – Doppelhaushalt 2024/2025 im Blick

In der Planung des Doppelhaushalts 2024/2025 soll es keine Streichung im Bildungsbereich geben. Des Weiteren bekräftigen wir die durch Saskia Esken und die GEW aufgeworfene Idee eines vom Bund finanzierten Sondervermögens für Bildung, der den tatsächlichen Bedarf im Bildungssystem langfristig deckt, auch wenn wir zeitgleich langfristig die Abschaffung der Schuldenbremse als bestes Mittel zur Bildungsfinanzierung benennen wollen. Zudem sollen nach Beschluss des Dresdener Bildungsgipfels das 10-Prozent-Ziel für eine nachhaltige Reform des Bildungssystems umgesetzt werden.

Die Landtagsfraktion, die sozialdemokratische Landesregierungsmitglieder im Besonderen der Finanzminister werden dazu aufgefordert sich für die obenstehende Forderung einzusetzen.

Ob Kindertagesstätten, Schulen oder die Hochschule - Bildungseinrichtungen bilden das Fundament unserer Gesellschaft.

Einsparungen im Bildungsbereich reduzieren die Qualität und die Kapazitäten der Einrichtungen erheblich.

Im Hochschulbereich führt die Unterfinanzierung zu einer spürbaren Verschlechterung der Qualität der Lehre und des Studienangebots. Hinzu kommt, dass die zunehmende Bedeutung von Drittmitteln anstelle einer ausreichenden Grundfinanzierung die Balance zwischen Forschung und Lehre aus dem Gleichgewicht bringt Der Spruch "Dauerstellen für Daueraufgaben" ist unsere Devise. Wir sprechen uns für eine langfristigere Planungssicherheit in der Doktorand*innen- und Postdoc-Phase aus. In diesem Sinne hinterfragen wir vor allem die Drittmittelförderung durch die DFG kritisch und solidarisieren uns mit lokalen Mittelbauinitiativen, wie denen, die im NGAWiss organisiert sind bei ihrer Kampagne für Verbesserungen im WissZeitVG und eine bessere Grundfinanzierung. Vor allem kleinere Fakultäten geraten in Finanzierungsnot.

Hinzu kommt, dass Hochschulen wie Studierendenwerke mit einem Sanierungs- und Renovierungsstau zu kämpfen haben. Marode Hörsäle, veraltete Technik, aber auch Wohnheime, die eigentlich nicht mehr beziehbar sind, gehören für viele Studierende zum Alltag.

Ob Kindertagesstätten, Schulen oder die Hochschule - Bildungseinrichtungen bilden das Fundament unserer Gesellschaft. Um die Lehre langfristig zu sichern, sind mehr und im besten Fall unbefristete Stellen notwendig, die angesichts der unzureichenden und teilweise stagnierenden Grundfinanzierung der Hochschulen kaum zu realisieren sind.

Eine gesicherte Grundfinanzierung der Hochschulen ist insbesondere zur Ausbildung von Fachkräften für Mecklenburg-Vorpommern notwendig. Hierzu zählt für uns auch die Übernahme der Kosten bei anstehenden Tarifsteigerungen durch das Land.

Bildung ist unsere Zukunft – ob frühkindliche Bildung, Schulbildung, Musik- & Kunstschulen, Erwachsenenbildung, Universität oder politische Bildung.

Die ständige Überarbeitung der Lehrkräfteführt zu Qualitätsmängeln und geringeren Möglichkeiten der individuellen Betreuung. Auf die bestehenden, teilweise veralteten Lehrpläne kommen jährlich neue Anforderungen obendrauf, ohne Kürzungen an anderen Stellen. Das notwendige Fachpersonal in IT, Sozialarbeit und psychologischer Betreuung fehlt und muss ebenfalls durch die Lehrkräfte übernommen werden.

Die Schüler*innen brauchen Unterstützung. Denn Bildung schafft Aufstiegschancen und schafft Gerechtigkeit unabhängig vom Vermögen der Eltern.

Statt weiterer Sparrunden brauch der Bildungsbereich mehr Investitionen. Die meist maroden und alten Schulgebäude sind zu klein für die stetige wachsende Anzahl der Schüler*innen. An digitaler Ausstattung mangelt es trotz Digitalpaket häufig und wenn die Ausstattung vorhanden ist, wird diese dank fehlender Schulungen, fehlendem Fachpersonal und mangelnder Zeit nicht effektiv in die Lehre eingebunden.

Seit Jahren diskutieren wir über den Erzieher*innenmangel und wie wir mehr Personen für den KiTa und Krippenbereich begeistern können. Durch Erhöhung der

Gruppengrößen, weniger Stellen und mangelhafter Ausstattung der Spielräume wird es nicht funktionieren. Genau dazu führen aber Kürzungen und fehlende Investitionen.

Die kulturellen Einrichtungen ob Musik- oder Tanzschule und Kunstwerkstätten, sie alle klagen über fehlendes Fachpersonal und Geringschätzung. Hier weiter den Rotstift anzusetzen, wirft uns Meilen zurück in der Demokratieförderung, in der Integrationsarbeit, in der Inklusionsarbeit und so vielen anderen Bereichen.

Es wäre an der Zeit in unsere Zukunft zu investieren, Kürzungen sind in keiner Form angebracht und dafür werden wir Jusos kämpfen.

C6 Schulen aus der Vergangenheit holen - Abschaffung der Kopfnoten

Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern sprechen sich für die Abschaffung der Kopfnoten aus. Stattdessen setzen wir uns für ein regelmäßiges Feedback ein.

Wir fordern die Landesregierung sowie die Vertreter*innen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern auf, sich für eine Abschaffung der Kopfnoten einzusetzen. Ein Feedback zum Arbeits- und Sozialverhalten soll bei den Halbjahresgesprächen mit den Erziehungsberechtigten erfolgen. Dafür sollen bestimmte Vorgaben erarbeitet werden.

F1 Go East – eine neue Perspektive für eine progressive Osteuropapolitik

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat in vielen Bereichen unseren Blickwinkel auf die Dinge nachhaltig verändert. Wir haben als Bundesrepublik Deutschland, aber auch als jungsozialistischer Verband unsere Haltung beispielsweise zur Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete deutlich verändert. Das ist im Anblick der Unterstützung und unserer Solidarität gegenüber der Ukraine bei ihrem Kampf und Souveränität und der Verteidigung gegen den russischen Überfall zwingend notwendig.

Aber auch darüber hinaus hat der Krieg und die damit verbundene „Zeitenwende“ massive Folgen für unsere internationale Politik. Wir schauen zunehmend stärker auf die Interessen und Wahrnehmung unserer Partner*innen in Mittel- und Osteuropa sowie des Balkans. Damit bekommt diese Region, über die in den letzten Jahrzehnten auch häufig hinweggeschaut wurde, die Relevanz, die sich auch vorher schon verdient hätte. Auch unsere Fehler in der vergangenen Russlandpolitik müssen zur Konsequenz haben, dass wir diese neue Relevanz nutzen, um auch unsere Verbindungen mit den Ländern östlich von uns zu stärken. Gerade aufgrund der gemeinsamen Geschichte haben wir die notwendigen Anknüpfungspunkte, das zu tun und gleichzeitig das nach wie vor unkritische Narrativ gegenüber Russlands in Teilen der ostdeutschen Bundesländer und insbesondere in Sachsen zu durchbrechen. Das ist unsere Verantwortung als internationalistischer Verband.

Die mittel- und osteuropäischen Länder teilen eine gemeinsame Geschichte auch mit der Ostdeutschlands. Alle gemeinsam waren über 45 Jahre hinweg im Einflussbereich der Sowjetunion. Alle diese Länder haben auch unter der antidemokratischen Hegemonie und den Einschränkungen gelitten. Dennoch unterscheidet sich die Affinität gegenüber Russland sehr. Während es im Großteil der Staaten östlich der ehemaligen DDR große Ablehnung gegen Russland und das russische Regime gibt, finden wir in Ostdeutschland weiterhin eine hohe Zustimmung und wenig kritische Auseinandersetzung mit der russischen Entwicklung in den letzten Jahren. Wir müssen uns daher deutlich stärker

auch kritisch damit auseinandersetzen. In den letzten Jahren haben besonders wir als Deutschland von der wirtschaftlichen Kooperation ohne Anknüpfung an politische Forderungen profitiert. Die universelle Verfügbarkeit russischen Gases hat bei uns zu großen Standortvorteilen geführt, während wir damit die Voraussetzung für eine noch stärkere Bedrohungslage unserer Mittel- und Osteuropäischer geschaffen haben. Deutschland befindet sich bei der Neuausrichtung der europäischen Politik dabei in einer historisch besonderen Position, die wir als solche begreifen und nutzen sollten. Nicht nur unsere Position in der Mitte von Europa, sondern auch unsere Geschichte eines geteilten Staates, verwurzelt sowohl im westlichen als auch im östlichen Teil des Kontinents, bieten uns die Möglichkeit ein Scharnier zwischen den Interessen der westeuropäischen und osteuropäischen Staaten zu sein. Diese Möglichkeiten haben wir in der Vergangenheit nicht ausreichend genutzt, sondern uns vor allem in den Dienst westeuropäischer Interessen gestellt. Damit das europäische Projekt weiterhin gelingt, braucht es eine ausgewogenere Europapolitik. Dafür müssen auch die Erfahrungen und Lebenswirklichkeiten Ostdeutschlands in der Betrachtung eine größere Rolle spielen. Deutsche Europapolitik muss mehr als die Deutsch-Französische Freundschaft sein. Europa bedeutet für uns auch enge Kooperation und Austausch insbesondere mit unseren Nachbarländern östlich der Oder.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat auch in Mecklenburg-Vorpommern im letzten Jahr die europapolitische Debatte bestimmt. Vor allem die AfD reproduziert dabei klar russische Narrative und dient damit als nützliche Helferin der Destabilisierungsbemühungen Moskaus. Auch hier sehen wir die Kooperation innerhalb der europäischen Rechten, die klar versucht unsere liberale Demokratie zu delegitimieren und ihre nationale und menschenverachtende Agenda umzusetzen. Zudem haben wir gesehen, wie stark die Russland-Affinität in der ostdeutschen Gesellschaft verankert ist. Während in Westdeutschland 63% die Unterstützung der Ukraine mit Waffen befürworten, sind es im Osten Deutschlands nur 40%. Aber auch auf der politischen Ebene erleben wir beispielsweise in Sachsen regelmäßig, wie die Unterstützung der Ukraine infrage gestellt wird. Dem stellen wir uns klar entgegen.

Auch Forderungen Nord-Stream zu reparieren und jegliche Propagierung russischer Erzählungen über die Verhandlungsbereitschaft Russlands, lehnen wir ab.

Das russische Regime zeigt immer wieder, dass es nicht bereit ist zu verhandeln und für die Erreichung ihrer Kriegsziele auch weiterhin bereit ist, Menschenrechtsverletzungen und auch Kriegsverbrechen in der Ukraine zu begehen. Unsere Antwort darauf kann also nur klar sein: Wir unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf um Souveränität und auf ihrem Weg in die Europäische Union. Dazu gehört für uns neben der kontinuierlichen finanziellen und humanitären Hilfe auch die Lieferung von Waffen.

Auch über den Krieg hinaus wird die Ukraine Hilfen brauchen, um ihr Land wieder aufzubauen. Darum müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Ukraine sich von diesem schrecklichen Krieg erholt und Teil unserer Europäischen Gemeinschaft werden kann. Notwendig dafür wird unter anderem ein Wiederaufbauprogramm sein. Auch Mecklenburg-Vorpommern und der Bund kann und sollte seinen Teil dazu beitragen. Mit neuen Städtepartnerschaften, verstärktem Austausch und wirtschaftlicher Kooperation. Bei Hilfen zum Wiederaufbau und einer europäischen Integration der Ukraine gilt es jedoch zu beachten, dass diese auf Augenhöhe geschehen und keine einseitigen Vorteile von Seiten der Europäischen Union in einer Partner*innenschaft mit der Ukraine in den Vordergrund gestellt werden. In diesen Verhandlungen muss der Ukraine Handlungs- und Gestaltungsmacht zugesprochen werden.

Auch sicherheitspolitisch hat sich in den letzten Monaten vieles verändert. Für uns ist klar, wir nehmen die Sicherheitsbedürfnisse und auch die Ängste unserer osteuropäischen Nachbarn ernst. Der Überfall auf die Ukraine hat gezeigt, wie real sie ist. Während wir vor über einem Jahr noch dachten, ein Krieg inmitten von Europa sei nicht mehr möglich, sind wir im letzten Jahr Zeugen des Gegenteils geworden. Die Gefahr ist real. Das bedeutet auch, dass wir unsere Sicherheitspolitik in Europa stärken müssen, jedoch nicht die nationale Aufrüstung aller Einzelstaaten. Wir stehen weiterhin zu der Forderung einer gemeinsamen europäischen Armee zugunsten nationaler

Abrüstung. Nur so werden wir unsere zukünftige Sicherheit gut organisieren können. Es ist in einem solch engen Bündnis wie der Europäischen Union nicht sinnvoll, 27 Armeen zu haben, die alle alles können. Dafür müssen wir werben. Insbesondere in Osteuropa, auch aufgrund der vergangenen Erfahrungen, wird es schwierig. Hier werden wir viel Vertrauen wieder aufbauen müssen. Wir bekennen uns daher auch klar zur Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Europäischen Verteidigungspolitik (GSVP).

Um gemeinsam erfolgreich zu sein, braucht es daher vor allem grenzübergreifende Verbindungen, die wir stärker fördern müssen. Dabei spielen Grenzregionen eine wichtige Rolle. Um ihnen auch die verbindende Wirkung zu verleihen, die ihnen nachgesagt wird, gilt es vor allem Vereine und Organisationen, die grenzübergreifende Begegnungen schaffen und vor Ort Vorurteile abbauen, von politischer Ebene zu unterstützen. Weiterhin muss den grenzübergreifenden „Euroregionen“ eine größere Relevanz und Bedeutung zugesprochen werden. Diese stellen eine gute Möglichkeit dar grenzübergreifende Zentren aufzubauen, die sowohl territoriale als auch mentale Grenzen verschwinden lassen. Wir haben mit unserem Konzept des „demokratischen Ostseeraums“ bereits ein Konzept vorgelegt, was insbesondere für Mecklenburg-Vorpommern entscheidend wird, unsere internationale Kooperation die nächsten Jahre weiter zu beschreiten und eine jungsozialistische Antwort auf die internationalen Herausforderungen der Zukunft zu geben. Dasselbe streben wir nun für den gesamten demokratischen Osten Europas an.

Progressive Bewegungen und Parteien haben es in Osteuropa besonders schwer. Insbesondere konservative und teilweise rechte Politik hat Erfolg. Das zeigt sich auch in der Gesellschaft. Die politische Durchsetzung unserer Werte ist schwierig. Umso wichtiger ist es, die progressiven politischen Kräfte in den Ländern stärker zu vernetzen und zusammenzubringen. Das ist auch unsere Verantwortung als Netzwerkpartei. Dafür benötigt es mehr gemeinsame Foren und Austauschmöglichkeiten mit unseren Schwesterparteien im Osten, aber auch mit den Gewerkschaften und

zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir brauchen ein internationales Engagement gegen Anti-Europäer und einen Kampf für Antifaschismus und Antirassismus über unsere Grenzen hinaus.

Auch aus wirtschaftspolitischer Sicht eint uns und unsere Nachbarn vieles. Wir alle haben gemeinsam das System der Planwirtschaft erlebt. Wir mussten in den Neunzigerjahren einen großen Strukturbruch und weitreichende Transformation überwinden. Und genauso werden wir alle gemeinsam die grüne Transformation des 21. Jahrhunderts meistern müssen. Die Gemeinsamkeiten und unsere Erfahrungen geben uns einerseits Kraft die Dinge zu lösen, andererseits auch Anreiz dies zusammen zu tun.

Die Herausforderungen werden groß. Da die Politik der vergangenen Jahre vor allem eine westeuropäische war, geriet der „Osten“ immer wieder absichtlich aufs Abstellgleis. Das führt dazu, dass auch nach über 30 Jahre nach Zusammenbruch der Sowjetunion und zunehmender Integration europäischer Staaten in die EU nach wie vor große strukturelle Benachteiligungen osteuropäischer Staaten vorliegen. So liegt weiterhin im östlichen Teil der Europäischen Union im Vergleich zu Westeuropa eine deutlich andere Wirtschaftsstruktur mit deutlich weniger Vermögen und Möglichkeiten, in Zukunftstechnologien zu investieren, vor. Gleiches gilt für staatliche Investitionen und Beihilfen. Umso wichtiger ist im gemeinsamen Interesse, dass es seitens der EU ausreichend Mittel zur Unterstützung der anstehenden Investitionen gibt. Programme wie der Just Transition Fund und Industrial Green Deal sind dafür gute Instrumente. Für eine wirklich schlagkräftige Europäische Union im industriepolitischen Bereich sind dafür allerdings auch weitere finanzielle Möglichkeiten notwendig. Daher fordern wir die Einrichtung europäischer Eigenmittel zur Bekämpfung der strukturellen Benachteiligung Osteuropas. Gute Transformation kann allerdings nur mit guter Arbeit gelingen. Mit dem Strukturwandel der Neunzigerjahre hat sich auch die Arbeitsrealität in Ostdeutschland und Mitteleuropa geändert. Viele Firmen mussten schließen, viele Unternehmen mit Sitz in Westeuropa haben die Chancen genutzt. Osteuropa ist wie Ostdeutschland in Teilen zur verlängerten Werkbank des Westens geworden. Geringe

Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen sind die Folge. Die Transformation ermöglicht uns auch, das zu ändern und einander künftig auf Augenhöhe zu begegnen. Wir streben schon lange nach einem Vorsprung Ost innerhalb Deutschlands. Diese brauchen wir auch in ganz Europa. Dafür ist neben Investitionen auch eine gute Arbeitsmarktpolitik innerhalb der Europäischen Union notwendig. Entscheidungen wie die Mindestlohnrichtlinie sind dafür der richtige Weg. Aber auch darüber hinaus benötigt es weiterhin Initiativen, beispielsweise für mehr Tarifbindung und Mitbestimmung, die gute Arbeit stärken.

F2 Stopp‘ die islamistische Radikalisierung in Rojava, liebe Europäische Union!

Die Europäische Union muss ihrer Verantwortung gerecht werden und ihren Beitrag dazu leisten, dass islamistischer Extremismus nachhaltig bekämpft wird. Insbesondere in der nordsyrischen Region Rojava, auch Westkurdistan/Syrisch-Kurdistan, drohen sich zehntausende Menschen in Gefängnissen und Flüchtlingslager zu radikalisieren und dem Islamischen Staat anzuschließen, dessen Ideologie weiterhin sehr präsent ist. Darunter zahlreiche Kinder, die bereits jetzt als „nächste Generation“ der Dschihadist*innen bezeichnet werden.

Das syrische Kurdengebiet zählt heute mindestens fünf Gefängnisse und zwölf Flüchtlingslager, von denen zwei in große Internierungslager umgebaut wurden. Auf den plötzlichen Zustrom von Geflüchteten aus dem IS-Gebiet (tausende nach dem Fall von Raqqa im Oktober 2017 und zehntausende nach dem Fall der letzten IS-Bastion in Baghuz im März 2019) waren die Behörden nicht vorbereitet, sodass die Gefängnisse und Lager nur notdürftig und provisorisch errichtet wurden. Diese provisorische Einrichtung hält bis heute an.

Rund 11 000 männliche Gefangene, ein Großteil ehemalige IS-Kämpfer, gibt es in Syrisch-Kurdistan, davon 2 000 aus dem Ausland und rund 800 aus Europa. Bereits die Rückführung der 800 aus Europa stammenden Gefangenen würde einen Beitrag zur Reduzierung des Radikalisierungspotentials herbeiführen. Auch viele Jugendliche sind in den Gefängnissen inhaftiert, so vor allem auch Jungen im Alter von 9-14 Jahren. Ein großer Teil von ihnen wurden bereits in der IS-Jugendorganisation „Junglöwen des Kalifats“ ausgebildet und besitzt ein hohes Radikalisierungspotenzial. Nirgendwo sonst besitzt der IS ein größeres Rekrutierungspotential als in den Gefängnissen von Hasaka, Qamiskli und Malikiya. Sollte es dem IS gelingen auch nur einen Teil von ihnen zu befreien, würde dies seine Kampfkraft enorm stärken. Auch die Internierungslager in Roj und al-Haul sind attraktive Ziele.

Weitere Familienangehörige der IS-Kämpfer wurden vor allem in Flüchtlingslagern untergebracht, die teils in Internierungslanger um- und ausgebaut wurden. Al-Haul ist mit seinen etwa 70 000 Insassen das wichtigste Lager in Rojava und seit 2019 Sinnbild des humanitären und sicherheitspolitischen Problems, das die Gefangenen darstellen. Im Dezember 2018 lebten dort lediglich 9 000 Menschen. Im März 2019 stieg diese Zahl auf 70 000 an. Mehr als 90 Prozent der erwachsenen Gefangenen sind Frauen. Die Zahl der ausländischen Familienangehörigen von IS-Kämpfern wird auf etwa 11 000, von denen 3 000 Frauen und 8 000 Kinder geschätzt. Da die Ausländer*innen aus Sicht der Kurd*innen gefährlicher als die übrigen Insass*innen eingeschätzt werden, werden sie in einem abgetrennten Teil des Camps gefangen gehalten.

Nicht destotrotz hat die angespannte Situation in den Gefängnissen und Lagern dazu beigetragen, dass sich viele Lagerbewohner*innen, darunter zahlreiche Kinder radikalisiert haben und damit die Sicherheit in der gesamten Region bedrohen. Bis 2019 hat die USA die Kurd*innen im Kampf gegen den IS und bei der Errichtung der Lager unterstützt. Seit dem Rückzug im selbigen Jahr sind die Kurd*innen vermehrt auf sich alleine gestellt. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass der türkische Präsident Erdogan die Kurd*innen in Nordost-Syrien seit Jahren bekämpft. Er bezeichnet ihre Miliz YPG als terroristische Organisation und lässt immer wieder Drohnenangriffe auf Rojava fliegen. Zehntausende haben auch dadurch ihre Heimat verloren und leben nun ebenfalls in Flüchtlingslagern.

Viele europäische Regierungen haben ihren Anteil daran, dass sich die Situation beispielsweise im Haul-Komplex krisenhaft zuspitzt. Schon 2017 wurden sie durch die US-Regierung und die PYD/YPG aufgefordert ihre Staatsbürger*innen zurückzuführen. Dem sind bisher aber nur unzureichend einige Staaten nachgekommen. Dies wird oft damit begründet, dass die radikalisierten Lagerbewohner eine Bedrohung für ihr Heimatland darstellten oder ihnen bereits ihre Staatsangehörigkeit entzogen wurde.

Um die beschriebene Lage zu entspannen und nachhaltig die Sicherheitslage in Rojava zu entspannen, fordern wir daher die Europäische Union auf:

- eine EU-Strategie zur Rückführung (ehemaliger) ausländischer Angehöriger des Islamischen Staates zu entwickeln, sowie einheitliche Regulierungen zum Umgang mit den Familienangehörigen zu verhandeln.
- Stärkung von Entradikalisierungs- und Präventionsmaßnahmen wie z.B. Frauenprojekte, Seelsorgeeinrichtungen, psychologische Betreuung, Berufsbildungsmaßnahmen und Bildungsprojekte in Geflüchtetenlagern. Darüber hinaus die Einführung und Unterstützung von Programmen zur religiösen und psychologischen Betreuung und Entradikalisierung von Gefangenen in Gefangenenlagern.
- Maßnahmen zu entwickeln, die die Verweildauer in Geflüchtetencamps minimieren und damit das Radikalisierungspotenzial verringern". Dazu gehören u.a. schnellere und unbürokratischere Asylverfahren, sichere Fluchtwege sowie ausreichendes Beratungs- und Betreuungspersonal.

Wir verurteilen die menschenunwürdigen Bedingungen in den Gefängnissen und Lager, weswegen unser langfristiges Ziel sein muss, eine vollkommene Deradikalisierung der Menschen herbeizuführen und die Rückführung der Menschen in ein „normales Leben“ zu ermöglichen. Aufgrund der aktuellen Gemengelage sind die beschriebenen Forderungen jedoch erste Schritte, um dieses entsprechende Ziel zu erreichen. Weiterhin muss auch der türkische Präsident aufgefordert werden seine Angriffe auf Kurd*innen einzustellen und damit aufzuhören, implizit eine wiederkehrende Erstarkung des Islamischen Staates zu befördern.

F3 Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen den Kampf ansagen- Mercosur nachverhandeln!

Die seit über 20 Jahre lang andauernden Verhandlungen zwischen der EU und den vier Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) über ein gemeinsames Handelsabkommen rücken nicht zuletzt seit dem Besuch von Olaf Scholz Anfang des Jahres wieder in den Fokus.

Bereits 1999 beschloss die EU, mit den sogenannten Mercosur-Ländern eine engere wirtschaftliche Partnerschaft einzugehen. 20 Jahre lang rangen sie anschließend um ein Abkommen, das das Ziel hat, den Handel mit bestimmten Produkten zu erleichtern und Zölle zu senken. Am 28. Juni 2019 konnte eine Einigung erzielt werden. Passiert ist seitdem aber nicht viel, das Abkommen liegt seit drei Jahren auf Eis. Ratifiziert wurde es vor allem aufgrund des damaligen brasilianische Präsident Jair Bolsonaro nicht, da er weiterhin an der Abholzung des Regenwalds am Amazonas festhielt. Bevor das Abkommen jedoch ratifiziert wird, besteht an einigen Stellen Nachbesserungsbedarf.

Die Abholzung des Regenwaldes und damit einhergehende nachhaltige Umweltzerstörungen erfolgen zum einen aufgrund des hohen Bedarfes an Soja-Export in die Europäische Union. Dieses Soja wird innerhalb der EU vor allem zur Herstellung von proteinreichem Futter für die Tierindustrie verwendet. Diese Sojaanbaufläche beläuft sich auf circa 13 Millionen Hektar, was ein Drittel der Gesamtfläche von Deutschland umfasst. Jedoch gelten nur 13 Prozent der EU-Sojaimporte als entwaldungsfrei. Das hat zur Folge, dass die hohe europäische Nachfrage ein wichtiger Treiber für Rodungen, Treibhausgas-Emissionen und Land- sowie Menschrechtskonflikte in Südamerika ist. Die bisher veröffentlichten Teile des Handelsabkommens beinhalten dennoch keine Vereinbarungen zur Ökologisierung des Sojaanbaus oder gar eine Reduktion des Handels mit Soja. Stattdessen finden sich Formulierungen zu einer Absenkung der argentinischen Exportsteuer auf Soja wieder, was die Situation bezüglich des Sojaanbaus nicht verbessern wird. Zum anderen wird die Rodung des Regenwaldes auch für die Erschließung von Weideland forciert. Im

angedachten Handelsabkommen soll die Importmenge von Rind- und Hühnerfleisch zusätzlich erhöht werden.

Auch in der EU verbotene Pestizidwirkstoffe sollen in den Mercosur-Staaten in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen. Diese Pestizide sind vor allem für dort lebende Menschen eine Gefahr, die sie auf den Feldern ausbringen oder die am Rande von Plantagen leben. Allein in Brasilien starben nach einer Auswertung dortiger Regierungsstatistiken zwischen 2008 und 2017 mehr als 7.200 Menschen an Pestizidvergiftungen. Der Einsatz von Pestiziden beunruhigt mittlerweile auch UN-Institutionen. Sie warnen unter anderem davor, dass in Brasilien Sprüheinsätze mitunter gezielt zur Vertreibung Indigener eingesetzt werden. Der UN-Menschenrechtsausschuss verabschiedete 2019 einen Beschluss, der Paraguay für schwere Vergiftungen mit verbotenen Pestiziden verantwortlich macht, weil die dortigen Behörden nicht gegen illegale Sprüheinsätze auf Sojafeldern vorgegangen sind.

Zudem ist in den bisher veröffentlichten Vertragsteilen die in vergleichbaren EU-Abkommen übliche Menschenrechtsklausel noch nicht enthalten. Daher lässt sich nicht analysieren, ob sie die bekannten Schwächen des Abkommend beseitigen würde. Zwar erlaubt diese Klausel grundsätzlich die Aussetzung von Handelspräferenzen bei Menschenrechtsverstößen, doch sind die Hürden für ihre Aktivierung derart hoch, dass sie bisher nur selten angewandt wurde, meist bei schweren Verstößen wie Staatsstreichen.

Diese Beispiele verdeutlichen bereits bestehende asymmetrische Machtverhältnisse, die dem Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten innewohnen. Dies kann im Zuge einer Feministischen Außenpolitik nicht unser Ziel sein. Darum fordern wir die Europäische Union auf Nachverhandlungen zum Mercosur-Abkommen anzustreben. Wir fordern, dass mindestens folgende Punkte in dem Abkommen Beachtung finden:

1. Etablierung effektiver Menschenrechtsklauseln, die Monitoring- und Beschwerdeinstanzen umfassen
2. Verbot von Pestiziden, die aus Umwelt- oder Gesundheitsgründen in der EU nicht zugelassen sind

3. Ratifizierung und nachweisbare Umsetzung internationaler Menschenrechtsabkommen sowie der Konventionen zu den ILO-Kernarbeitsnormen und den Rechten von Indigenen
4. Bindende Verpflichtungen der der EU zur Regulierung und Eindämmung von Produkten, die Wälder und Ökosysteme zerstören. Beispielsweise Einschränkungen in der Verwendung von Soja als sog. Kraftfutter in der Massentierhaltung.
5. Ein klares Bekenntnis zum 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens und damit einhergehende zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen als Bedingungen

Wir sehen die Verantwortung bei der Europäischen Union dafür zu sorgen, dass durch das Handelsabkommen keine weiteren Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen zustande kommen und einander partnerschaftlich auf Augenhöhe begegnet wird. Ein Abkommen, das seit über 20 Jahren geplant und dessen Forderungen zumeist seitdem nicht angepasst wurden, kann nicht unseren heutigen Ansprüchen entsprechen. Darum sehen wir Nachverhandlungen für unvermeidbar.

G1 Gerechter, inklusiver ÖPNV

Als zentraler Treiber der sozialökologischen Transformation und der dazu notwendigen Verkehrswende ist ein starker öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) unersetzlich. Leider weicht das Ideal eines starken und resilienten ÖPNV weit von der Realität ab.

Neben der Schwäche des Ausbaus, insbesondere in ländlichen Regionen, werden insbesondere Perspektiven von FINTA* und weiteren marginalisierten Personen, insbesondere Menschen mit Behinderungen, auf die Ausgestaltung des Angebots ignoriert, obwohl insbesondere FINTA* im Vergleich zu cis-Männern überproportional stark Mittel des ÖPNV nutzen, Fahrrad fahren oder zu Fuß unterwegs sind. Etwaige eklatante Widersprüche offenbaren einen klar auf männliche Verkehrsteilnehmer und deren Bedürfnisse zugeschnittenes Verkehrsbild.

Die Bedürfnisse anderer Gruppen werden selten in die Verkehrsgestaltung implementiert. Vor allem FINTA*, sowie weitere marginalisierte Personengruppen sind hierbei die Leidtragenden.

Als Konsequenz gibt es einen eklatanten Nachholbedarf im Bereich der Verkehrswende, bei welcher auch dezidiert Perspektiven der Gendergerechtigkeit und Inklusion betrachtet werden müssen.

I Infrastruktur

Um einen gendergerechten ÖPNV zu gewährleisten, bedarf es als Grundlage einer entsprechenden, dazugehörigen Infrastruktur.

Dazu benötigen wir grundsätzlich eine Restrukturierung der Haltestellen, ihrer Umgebungen und den dazugehörigen sanitären Anlagen.

Es gilt neue Haltestellen so zu errichten und alte so anzupassen, dass diese stets frei einsehbar, ausreichend beleuchtet und nicht abgelegen sind.

Des Weiteren bedarf es einer inklusiven, d.h. barrierefreien Ausstattung. An jeder Haltestelle müssen elektronische Tafeln mit Abfahrtszeiten angebracht sein, um den

Fahrplan schnell und niedrigschwelliger überblicken zu können. Ggf. müssen diese Anzeigetafeln durch Ansagen ergänzt werden, welche nach Bedarf abgerufen werden können. Außerdem zählt die zwingende Ausstattung von Haltestellen mit geeigneten, geräumigen Fahrstühlen ebenso dazu, wie entsprechende Bodenindikatoren, für Menschen mit Sehbehinderung.

Notrufknöpfe müssen präsent platziert und einfach zu erreichen sein.

Zum ÖPNV zugehörige Infrastrukturen (Bahnhöfe, ZOBs, Haltestellen etc.) benötigen mehr, größere, saubere und gut einsehbare Fahrstühle, damit diese problem- und bedenkenlos auch mit z.B. einem Rollstuhl oder einem Kinderwagen genutzt werden können und außerdem Möglichkeit bieten Abstand zu halten.

Sanitäre Anlagen müssen öffentlich, kosten- und barrierefrei sein. Dazu gehören vor allem auch Räumlichkeiten mit Wickelmöglichkeiten und zur Verfügung gestellte kostenfreie Hygieneartikel.

Allgemein gilt es, Haltestellen barrierefrei zu gestalten. Außerdem ist in der Gestaltung darauf zu achten keine versteckten Räumlichkeiten zu schaffen, um Straftaten zu erschweren.

II Liniennetz

Auf dem Weg hin zu einem gendergerechten ÖPNV ist weiterhin die Überarbeitung des Liniennetzes zentral. Dabei gilt es, verschiedene Aspekte zu berücksichtigen: Ein auf FINTA*-Bedürfnisse angepasstes Liniennetz bedarf einer Ausweitung zentraler und dezentraler Umsteigemöglichkeiten, um rein strahlenförmig strukturierte Streckenpläne aufzubrechen. Dies verkürzt Fahrzeiten, da es unnötige Umwege und somit Wartezeiten insbesondere bei komplexen Wegketten für unterschiedliche Erledigungen (Lohnarbeit, Einkauf, Kinderbetreuung etc.) mit verschiedenen Haltestellen umgeht.

Dies schließt auch eine optimierte Taktung des ÖPNV, insbesondere zu Stoßzeiten, sowie eine Verringerung von entbehrlichen Wartezeiten mit ein. Ein gendergerechtes

Liniennetz darf ferner nicht nur eine bessere Anbindung in den Blick nehmen, sondern zugleich flexible und günstige Tickets.

In ländlichen Regionen, in denen der Ausbau des ÖPNVs mangelhaft ist gilt es bis zum zufriedenstellenden Ausbau der entsprechenden Liniennetze Rufbussysteme zu etablieren, um auch hier Mobilität zu gewährleisten.

Unsere langfristige Vision ist nach, wie vor ein bedingungslos kostenloser ÖPNV. Bis zur Umsetzung dessen, gilt es die Ticketpreise flexibel und vor allem günstig anzubieten. Das 9€ Ticket war hier ein sehr guter Vorstoß und wir bedauern, dass dies nicht weitergeführt worden ist, denn auch das anschließend eingeführte 49€ Ticket kommt unserer Forderung nur bedingt nach.

III Sicherheit

Für eine gendergerechte Gestaltung des ÖPNV ist es erforderlich, die Sicherheit sowohl an Haltestellen als auch innerhalb der Verkehrsmittel zu gewährleisten.

Zentrale Bedeutung hat dabei die Anzahl des begleitenden Personals während des gesamten Tages, speziell aber abends und nachts. Es gilt, sichtbare Hinweisschilder bezüglich des Umgangs mit Belästigungen und anderem Fehlverhalten zu platzieren.

Des Weiteren benötigt ein sicheres Verkehrsnetz ausreichend und auffällig angebrachte Notrufknöpfe und weitere Möglichkeiten zum Hilferuf, sowie konsequente Videoüberwachung in den Verkehrsmitteln und den Haltstellen.

IV-Personal

Die Landesregierung setzt sich gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben und der Notrufzentrale dafür ein, dass eine hohe Diversität beim Wachdienst, vor allem nicht nur männlich gelesene Menschen, und der Notrufzentrale erreicht wird.

Eine hohe Sensibilität in Bezug auf sexuelle Belästigung bei den Mitarbeiter*innen zu schaffen ist eine Voraussetzung für mehr Sicherheit im ÖPNV, insbesondere für FINTA*-

Personen. Deshalb setzen wir auf umfangreiche, vielseitige und regelmäßig verpflichtende Fortbildungsmöglichkeiten für alle Mitarbeiter*innen

V Ausstattung der öffentlichen Verkehrsmittel

Eine Ausweitung der Kennzeichnung für Sitzplätze für Menschen mit körperlichen Einschränkungen oder, z.B. für Schwangere ist ein unverzichtbarer Bestandteil für einen gerechteren ÖPNV.

Mehr Platz für Kinderwagen oder Rollstühle und Handgriffe, die auch für kleinere Personen erreichbar sind, steigert die Sicherheit im gesamten ÖPNV.

Die Toiletten sollten für jeden kostenlos und barrierefrei zugänglich sein. Eine Ausweitung von sanitären Anlagen ist notwendig.

Des Weiteren soll die Möglichkeit von kostenlosen Hygieneartikeln geschaffen werden.

Wickelmöglichkeiten müssen ausreichend vorhanden sein, damit insbesondere das Reisen mit Kleinkindern und Babys verbessert wird .

Während Cis-Männer primär zwischen Arbeit und Wohnung pendeln, nutzen FINTA* eine Kombination aus verschiedenen Verkehrsmitteln des ÖPNVs, um Lohnarbeit und Care-Arbeit zu verbinden.

Damit ist der Deutschlandtakt eine wichtige Komponente für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das der Deutschlandtakt erst 2070 kommen soll ist völlig inakzeptabel.

Fazit

Zur umfassenden, öffentlichen Daseinsvorsorge gehört auch ein starker öffentlicher Personennahverkehr. Leider wurde in den vergangenen Jahrzehnten ÖPNV, vorrangig aufgrund fehlender Datenerhebungen, primär für männliche Bedürfnisse geplant.

Wir fordern die Umsetzung aller in den vorangegangenen Punkten genannten Forderungen, um einen Gendergerechten und inklusiven ÖPNV zu ermöglichen.

Aufgrund der männlich-dominierten Datenlage fordern wir parallel zur Umsetzung unserer Forderungen eine Datenerhebung, welche die Bedürfnisse von Finta* in den Vordergrund stellt.

Aufgrund der zu erwartenden, schrittweisen Umsetzung der Umstrukturierung des ÖPNV, vor allem auch regional, sollen Vergleichsstudien durchgeführt werden.

Die Kombination aus Vergleichsstudien und der Datenerhebung soll im laufenden Prozess der Umstrukturierung zu Optimierungen unserer Forderungen führen.

Die sich hieraus ergebenden Ergebnisse sind in künftigen verkehrsplanerischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

G2 Reproduktive Gerechtigkeit für alle!

Ein unerfüllter Kinderwunsch stellt für viele Paare eine große Belastung dar. Darum gibt es zahlreiche Behandlungsmethoden, die dazu beitragen sollen, dass sich Paare dennoch ihren Kinderwunsch erfüllen können. Zu diesen Methoden zählen beispielsweise:

- Zyklusoptimierung und Hormontherapie
- Insemination (IUI)
- In-Vitro-Fertilisation (IVF)
- Intracytoplasmatische Spermieninjektion (ICSI)
- TESE/MESA
- ...

Die Kosten für Kinderwunschbehandlungen (zwischen ein und vier Versuchen) werden je nach Bundesland und Krankenkasse anteilig übernommen, und auch nur wenn ein Paar:

- heterosexuell und verheiratet ist (in einigen Bundesländern werden auch Unverheiratete finanziell unterstützt).
- die Frau jünger als 40 und der Mann jünger als 50 Jahre ist und beide älter als 25 Jahre sind.
- die Unfruchtbarkeit ärztlich diagnostiziert wurde.

Die Kosten belaufen sich zwischen 200 bis 3.700 Euro je nach Behandlung.

Reproduktive Selbstbestimmung sollte in keinem Verhältnis zur individuellen finanziellen Ausstattung stehen.

Daher fordern wir, dass die Kosten für eine Kinderwunschbehandlung vollkommen von den Krankenkassen übernommen werden. Die oben genannten Kriterien lehnen wir ab. Nicht nur heterosexuellen und verheirateten Paaren sollte es vergönnt sein Kinderwunschbehandlungen in Anspruch zu nehmen. Das wird in keiner Weise unserem

Gesellschaftsbild gerecht. Daher fordern wir die Erweiterung fordern wir die Erweiterung dieser auf weitere Formen der Partner*innenschaft.

Eine weitere, derzeit in Deutschland verbotene Methode ist die Eizellspende.

Hierbei werden der spendenden Person nach einer Hormonbehandlung gereifte Eizellen entnommen, welche dann mittels IVF befruchtet und einer anderen Frau bzw. Person mit Uterus eingesetzt werden können. Somit besteht keine biologische Verwandtschaft zwischen dem Kind und der austragenden Person.

Der Grund dafür, dass die Eizellspende in Deutschland illegal ist, ist das Embryonenschutzgesetz (ESchG). Dieses legt fest, dass Frauen bzw. Personen mit Uterus nur eigene Eizellen eingesetzt werden dürfen. Die Strafbarkeit für entsprechende Eingriffe, die davon abweichen richtet sich gegen ausführende Mediziner*innen.

Diese Gesetzeslage verhindert auch, dass innerhalb einer queeren Partnerschaft Eizellen der einen Person in den Uterus der anderen Person eingesetzt werden können, wodurch beide Partner*innen eine enge biologische Bindung zum Kind entwickeln können.

Die Eizellspende ist in vielen EU-Ländern legal und kann dort in Anspruch genommen werden. Dies ist jedoch mit enormem Aufwand, nicht zuletzt finanzieller Natur, verbunden, sodass eine Kinderwunschbehandlung, welche eine Eizellspende beinhaltet nur finanziell gut gestellten Personen möglich ist. Es fallen hierbei Kosten von 7.500 bis 9.000€ an.

Bei der Eizellspende fällt oft das Argument der Ausbeutung der spendenden Person – ein Argument, welches bei der Samenspende nicht angeführt wird. Insofern stellt das Verbot der Eizellspende eine Ungleichbehandlung aufgrund der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen dar.

Klar ist, dass bei einer Legalisierung der Eizellspende umfangreiche Regularien erlassen werden müssen, um spendende Personen vor Ausbeutung zu schützen.

„Interessenverbände von mit Samenspenden gezeugten Kindern kämpfen (nicht nur in Deutschland) seit Jahren für das Recht auf das Wissen über die eigene Abstammung. Und klar sein muss: Auch im Fall einer Eizellspende muss dieses Recht gestärkt und

anerkannt werden! Etwa Österreich hat hier eine Regelung gefunden, die genau dies gewährleisten soll: Dort haben Kinder, die durch eine gespendete Eizelle gezeugt wurden, das Recht mit 14 Jahren den Namen der biologischen Mutter zu erfahren“ (Juso Bundeskongress 2022 Beschlussbuch, S. 33).

Wir fordern daher:

- Die Legalisierung der Eizellspende mit gleichzeitiger Erlassung notwendiger Gesetze und Regularien, die eine Ausbeutung spendender Personen verhindern.
- Die Einführung des Rechts der so gezeugten Kinder, sich über die eigene Abstammung zu informieren und die Identität der spendenden Person zu erfahren.
- Psychologische Beratungsmöglichkeiten während des Prozesses der Spende
- Finanzielle Unterstützung für alle Menschen mit Kinderwunsch, unabhängig von sexueller Orientierung und Familienstand.

1 Das Caffier-Projekt beenden – Das gesamte SOG evaluieren

Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern bekräftigen ihre Einschätzung, dass es sich bei der für das Land Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 einmaligen Verschärfung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes M-V, welche im Jahr 2019 durch den damaligen CDU-Innenminister Lorenz Caffier federführend vorangetrieben wurde und im Juni 2020 in Kraft trat, um einen Fehler handelte.

Was ist passiert?

Bereits seit Frühjahr 2019 stehen die Jusos M-V an der Seite zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich einer weiteren Entwicklung der Gesellschaft hin zur mehr „Law&Order“ entgegenstellen und für die Bewahrung grundsätzlicher Bürger*innenrechte einstehen. Insbesondere muss hier das Bündnis „SOGenannte Sicherheit“ hervorgehoben werden.

Durch die politische Tätigkeit der Jusos M-V im Rahmen unserer Doppelstrategie zwischen zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Parteigremien konnte bereits im Jahr 2019 die im ursprünglichen Verschärfungsentwurf beabsichtigte Herabsetzung der polizeilichen Eingriffsschwelle von „bestimmten Tatsachen“ auf „tatsächliche Anhaltspunkte" verhindert werden. Darüber hinaus gelang es jedoch weder uns noch zivilgesellschaftlichen Gruppen die Verschärfung des SOG in wesentlichen Teilen zu verhindern.

Grund hierfür war, dass sich die SPD M-V der bügerrechtsfeindlichen Tabularasa der CDU M-V trotz eindringlicher Warnungen unseres Verbandes ergeben hat. Diesbezüglich halten wir fest, dass die damals fachpolitisch Verantwortlichen in der Landtagsfraktion diese Warnungen ignoriert haben, damit die seit 1990 einmalige Verschärfung mitbetrieben haben und hieraus die notwendigen Konsequenzen ziehen sollten. Dass die Verfassungsbeschwerden des Bündnisses „SOGenannte Sicherheit“ nunmehr dazu

geführt haben, dass weite Teile des SOG M-V für verfassungswidrig erklärt wurden, ist zwar ein großer Erfolg für Freiheitsrechte in unserem Bundesland, aber eine große Blamage für die damalige Koalition aus SPD und CDU.

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sehen wir uns in unserer Kritik am SOG-MV bestätigt. So haben wir bereits auf unserer Landeskonferenz im Jahr 2019 mit dem Beschluss F2 scharf kritisiert, dass durch das geänderte SOG faktisch die Einführung der drohenden Gefahr nach bayrischem Vorbild in das mecklenburgisch-vorpommerische Polizeirecht stattfand.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bedarf es nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit für bestimmte schwerwiegende Maßnahmen das Vorliegen einer konkreten Gefahr. Die seit der Novelle im SOG M-V verwendete Formulierung „"Tatsachen, die die Annahme der Begehung" bestimmter Straftaten rechtfertigen, sollte die Eingriffsbefugnis in das Vorfeld der konkreten Gefahr verlagern. Genau dies wurde nun durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt.

Auch weitere Teile des SOG MVs wurden bemängelt. Über Aspekte des Drohneneinsatzes bspw. hat das Gericht nur aus formellen Gründen nicht entschieden.

Was jetzt geschehen muss!

Die bisherigen Vorgänge führen allen Beteiligten das politische Versagen im Zusammenhang mit der SOG-Novelle drastisch vor Augen. Das gesamte Gesetz ist durchsetzt von einer falschen Grundtendenz, die im einzelnen Menschen grundsätzlich zuerst eine zu bewältigende Gefahrenquelle sieht. Die mecklenburgisch-vorpommersche Sozialdemokratie muss sich jetzt in aller Klarheit von dieser durch die CDU verursachte Fehlentwicklung vollständig distanzieren. Das Caffier-Projekt gehört beendet!

Auch wenn weitere Punkte des SOGs nur im Verdacht stehen, nicht mit dem Grundgesetz vereinbar zu sein, muss das gesamte Gesetz neu diskutiert werden. Die Grenzen des Grundgesetzes können nicht Anspruch einer progressiven Sicherheitspolitik sein. Deshalb müssen wir, unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, das gesamte Gesetz neu bewerten. Darunter verstehen wir, dass das Bündnis „SOGenannte Sicherheit“ intensiv an der Evaluation des SOG MV beteiligt wird. Wir erwarten von der rot-roten Landesregierung, dass bis zum Ende der Legislatur das SOG in einer Art und Weise überarbeitet wird, dass es einer progressiven Sicherheitspolitik entspricht. Dafür erwarten wir ebenso eine enge Beteiligung der Partei und eine Untersetzung durch Parteitagsbeschlüsse.

In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unsere Kernforderungen aus dem Jahr 2019:

- Die de-facto Einführung der drohenden Gefahr muss zurückgenommen werden.
- Es darf keine polizeiliche Kompetenz zum Einsatz des sogenannten Staatstrojaners geben.
- Es darf keine polizeiliche Befugnis zur anlasslosen, offenen Überwachung geben.
- Die Ausweitung von Überwachungskompetenzen auf das Umfeld von Personen, soweit von dem Umfeld selbst keine nachweisliche Gefahr ausgeht, muss zurückgenommen werden.
- Es muss eine unabhängige Kontrollstelle für die Polizei eingesetzt werden mit eigener Ermittlungskompetenz. Der*die aktuell eingesetzte „Polizeibeauftragte“, der*die beim Bürger*innenbeauftragten angesiedelt ist reicht dabei bei weitem nicht aus.

12 Siamo tutti antifascisti - Gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus

Wir solidarisieren uns mit allen Antifaschist*innen und allen demokratischen Demonstrant*innen, die rund um das sog. AntiFa-Ostverfahren und dem diesbezüglichen Demonstrationsgeschehen Adressaten unrechtmäßiger staatlicher Repressionsmaßnahmen und Opfer von Polizeigewalt wurden.

Die Ereignisse, insbesondere in Leipzig, stellen den traurigen und möglicherweise erst vorläufigen Höhepunkt einer monatelangen Entwicklung dar, in der es immer häufiger zu willkürlichen Maßnahmen gegen Linke und progressive Demonstrant *innen kam.

Diese Entwicklung wird durch die populistischen Entgleisungen von Politiker*innen (auch aus Reihen der SPD) und durch eine Politik nach dem „Law-and-Order“-Prinzip immer weiter befeuert.

Während hunderte Neonazis trotz bestehender Haftbefehle auf freien Fuß sind, die AfD in Umfragen bei einem Rekordhoch liegt, sich immer mehr bewaffnete rechtsradikale Gruppen bilden, die Umsturzpläne schmieden und nachdem darüber hinaus die Vergangenheit gezeigt hat, dass auch innerhalb unserer Sicherheitsbehörden verfestigte rechte Strukturen bestehen, wird im öffentlichen Diskurs über die Strafbarkeit klimaaktivistischer Protestformen diskutiert und gegen Antifaschist*innen werden durch zum Teil unterwanderte Staatsanwaltschaften willkürlich Ermittlungen eingeleitet.

Diese Blindheit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden und der innenpolitischen Debatte auf dem rechten Auge muss ein Ende haben!

Nicht Klimaaktivist*innen oder Antifaschist*innen sind das Problem, sondern Nazis, die Menschen aufgrund von Herkunft, Hautfarbe und anderen Eigenschaften umbringen

wollen und die nicht davor zurückschrecken, unbeteiligte Menschen anzugreifen, die nicht in ihr Weltbild passen.

Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit sind beständig von Rechtsaußen bedroht. Der Staat muss endlich anfangen, diese Bedrohung zu erkennen und konsequent zu bekämpfen. Hierzu braucht es neben politischer Einsicht in den zuständigen Behörden

- konsequenter Strukturreformen in der Polizei
- einer Abschaffung der Verfassungsschutzämter und die Schaffung eines nach antifaschistischen Prinzipien aufgebauten Inlandsgeheimdienstes,
- ein konsequentes und regelmäßiges Screening der Ermittlungsbehörden, auf rechtsradikales sowie demokratie- und menschenfeindliches Gedankengut.

Für uns Jusos ist klar:

Zwischen Faschismus und Antifaschismus gibt es keine Mitte. Entweder man ist Faschist*in oder Antifaschist*in.

Siamo tutti antifascisti.

K1 Kein unpolitisches Olympia

Laut dem Internationalen olympischen Komitee sollen nur russische und belarussische Sportler*innen, die nachweislich dem Militär angehören oder sich positiv gegenüber dem Krieg äußern, von den olympischen Spielen ausgeschlossen werden. Somit dürfen dementsprechend jedoch auch Sportler*innen aus Russland und Belarus starten, die sich aus Sicht des IOC „neutral“ verhalten. Diese dürfen zwar nicht unter russischer oder belarussischer Flagge antreten, dennoch ist es ihnen möglich unter neutraler Flagge teilzunehmen. Diese Konsequenzen sind in der derzeitigen Situation nicht ausreichend. Spitzensportler:innen profitieren in den meisten Fällen von einem staatlichen Förderprogramm. Dabei verpflichten sie sich gegenüber diesem und repräsentieren die Werte dieses Landes. Insgesamt gehören rund 85% der russischen Athlet:innen dem Militär, der Polizei oder anderen staatlichen Strukturen an. Im Falle eines Antritts russischer Athlet*innen wird der olympische Gedanke verletzt. Das IOC verrät durch das Zulassen russischer und belarussischer Athleten, ihre eigenen Werte von Frieden, Fairness und Respekt.

Schärfere Sanktionen müssen auch den Sport betreffen und dürfen diesen als wichtiges Mittel der Repräsentation Russlands nicht außen vorlassen. Das Zulassen russischer und belarussischer Athlet*innen bei Olympia ist keine Neutralität, sondern Kriegspropaganda.

Deshalb fordern wir, dass russische, sowie belarussische Athleten weder unter nationaler noch unter neutraler Flagge bei den olympischen Spielen antreten dürfen.

K2 Unsere Strände sind für alle da – für ein Grundrecht auf den Zugang zum Meer und Seen in MV

Die Jusos MV verurteilen die Privatisierung sozialer sowie öffentlicher Erholungs- und Naturräume. Wir stellen uns der Tendenz, den Zugang zu Seen und Stränden in MV zu privatisieren und somit entweder zu kommerzialisieren, erschweren oder gänzlich zu verweigern, entgegen. Um das zu erreichen, fordern die Jusos in MV das in Artikel 12 Absatz 2 der Landesverfassung garantierte Recht auf freien Zugang zu Naturschönheiten, Wälder, Fluren, Alleen sowie die Küsten mit Haff- und Boddengewässern durch eine Pflicht des Landes und der Gemeinden ergänzt wird, der Allgemeinheit die Zugänge zu diesen freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes freizumachen.

Zudem setzen sich die Jusos MV dafür ein, auch indirekte Kommerzialisierungs- sowie Privatisierungstendenzen an Stränden und Seen zu reglementieren. Hierfür sollen Quoten zur Vergabe von gewerblichen Flächen örtlich festgelegt werden und somit deren Zuweisung durch die Gemeinden reglementiert werden. Hierzu soll die Novellierung des Landeswassergesetzes genutzt werden, in welchem durch den Gesetzgeber eine Maximalquote von 15 % der tatsächlichen Fläche an den Stränden für Strandbars, Strandkörbe und sonstigen Gewerbeflächen zugewiesen werden dürfen. Die Gemeinden sollen weiter in der Lage sein, niedrigere Quoten für ihre Strände zu erlassen, allerdings keine höheren.

P2 Änderung des PflBG in Sachen Fehlzeiten innerhalb der Ausbildung

Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern sprechen sich dafür aus, dass der Absatz 2 im Paragraphen 13 des Pflegeberufegesetzes (PflBG) geändert wird.

Er soll durch den Absatz

„(1) Auf die Dauer der Ausbildung werden angerechnet:

1.Urlaub, einschließlich Bildungsurlaub oder Ferien,

2. Fehlzeiten wegen Krankheit oder aus anderen, von der Auszubildenden oder dem Auszubildenden nicht zu vertretenden Gründen

a) bis zu 33 Prozent der Stunden des theoretischen und praktischen Unterrichts sowie
b) bis zu 33 Prozent der Stunden der praktischen Ausbildung

nach Maßgabe der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung,

3. Fehlzeiten aufgrund mutterschutzrechtlicher Beschäftigungsverbote bei Auszubildenden, die einschließlich der Fehlzeiten nach Nummer 2 eine Gesamtdauer von 14 Wochen nicht überschreiten.

(2) Auf Antrag kann die zuständige Behörde auch über Absatz 1 hinausgehende Fehlzeiten berücksichtigen, wenn eine besondere Härte vorliegt und das Erreichen des Ausbildungsziels durch die Anrechnung nicht gefährdet wird. Ist eine Anrechnung der Fehlzeiten nicht möglich, kann die Ausbildungsdauer entsprechend verlängert werden.

(3) Freistellungsansprüche nach dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Bundespersonalvertretungsgesetz oder den Landespersonalvertretungsgesetzen bleiben unberührt.“

Änderung finden.

P3 Cannabis Konsum - frei und solidarisch

Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern sprechen sich auch weiterhin für eine private und kommerzielle Legalisierung von Cannabis aus. Wir begrüßen die angestrebten Überlegungen zum Jugendschutz und zur Suchtprävention im Eckpunktepapier des Bundesgesundheitsministeriums vom 24.03.2023, da wir uns klar zu einem bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis bekennen.

Die Höhe der Abgaben geht dabei aus den Ergebnissen der Evaluationsprozesse nach Einführung des regionalen Modellvorhaben mit kommerziellen Lieferketten hervor. Eine enge Einbindung von Suchtpräventions – und Beratungsstellen schafft Sicherheit für die Konsument*innen und schützt gleichermaßen marginalisierte und stigmatisierte Gruppen, sowie Jugendliche in empfindlichen Phasen ihrer geistigen Entwicklung. Der Umfang der bestehenden Mängel und neuen Bedarfe in der Suchtprävention und – Beratung soll durch die Abgaben voll getragen werden.

Daher fordern wir, dass im Rahmen der geplanten regionalen Modellvorhaben für den kommerziellen Vertrieb die zu erwartenden Mehraufwände für die Gesellschaft durch die Einführung von Abgaben aufgefangen werden. Diese Abgaben sollen von Hersteller*innen und Konsument*innen zu gleichen Teilen getragen werden und können in Form einer Cannabissteuer erhoben werden. Die Freiheit von Einzelnen ist nur gerecht, wenn sie solidarisch ist.

R1 Richtlinienänderung der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern

Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern

Richtlinien neue Fassung	Hinweise
I. Grundsätze (1) Innerhalb des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird der Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) gebildet. Der Landesverband ist Landesarbeitsgemeinschaft im Sinne des §20 der Satzung des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern. (2) Aufgaben und Organisation bestimmt sich nach (1) Dem „Organisationsstatut“ der SPD sowie der „Satzung des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern“, (2) Und der „Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD“ sowie der „Richtlinien für die Tätigkeit von Landesarbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Fachausschüssen im SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gemäß §§ 20 und 21“.	Allgemein: Ersetzung Frau durch FINTA (außer bei Wahlen) und gendern der gesamten Satzung
II. Aufgaben Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD Mecklenburg- Vorpommern hat folgende Aufgaben: -Insbesondere innerhalb der Jugend für den demokratischen Sozialismus zu wirken, -Die Gleichstellung von allen Geschlechtern voranzutreiben, -Die SPD als sozialistischen und feministischen Richtungsverband zu unterstützen,	Alle Geschlechter

-Politische Aufklärung besonders unter jungen Menschen zu betreiben, -Politische Schulungs-, Bildungs- und Informationsarbeit durchzuführen, -Durch Kontakte mit anderen Jugendverbänden auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zur Solidarität zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, ethnischer Gruppen und Kulturen beizutragen	Junge Menschen statt Jugendliche
III. Mitgliedschaft (1) Dem Landesverband gehören alle Mitglieder des SPD-Landesverbandes Mecklenburg - Vorpommern bis zum Alter von 35 Jahren an. (2) Weiterhin gehören dem Landesverband alle nach §10a des Organisationstatuts der SPD in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen Juso- Unterstützerinnen und Juso–Unterstützer an. Einschränkungen der Mitgliedschaft werden durch §10a des Organisationstatuts der SPD bestimmt. (3) Über die Aufnahme von Mitgliedern gemäß (2) entscheidet der Vorstand der untersten vorhandenen Gliederungsebene der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten innerhalb einer Frist von einem Monat nach Antragsstellung. Lehnt der Vorstand der untersten vorhandenen Gliederungsebene der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten den Aufnahmeantrag nicht innerhalb eines Monats ab, so gilt dies als Annahme des Antrages. (4) Werden Personen vor ihrem 35. Geburtstag in Funktionen der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gewählt, so können sie diese Funktionen bis zum Ende ihrer Amtsperiode ausüben.	Formatierungsfehler
IV. Gliederung und Organ (1) Der Landesverband gliedert sich in Ortsabteilungen und Kreisverbände. Die Ortsabteilungen entsprechen in der Regel territorial den Ortsvereinen, die Kreisverbände den Kreisverbänden der SPD.	Der Begriff der Arbeitsgemeinschaft wird durch den der „Ortsabteilung“ ausgetauscht, um den Sinn der Struktur greifbarer zu machen.

(2) Organe der Jusos auf Landesebene sind: a) die Landeskonferenz, b) der Landesausschuss, c) der Landesvorstand und d) die Arbeitskreise	
V. Ortsabteilungen (1) Im Gebiet eines oder mehrerer Ortsvereine der SPD können Ortsabteilungen der Jusos gebildet werden. Dies geschieht auf mehrheitlichen Beschluss einer Vollversammlung aller Mitglieder der Jusos im Gebiet der Ortsabteilungen sowie die Anerkennung der Ortsabteilungen durch den/die zuständigen Ortsverein/e der SPD. (2) Die Ortsabteilungen können eigene Richtlinien anhand der SPD und Juso Richtlinien beschließen. Arbeitsgemeinschaften dürfen sich keinen anderen Namen als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD geben. (3) Organe der Ortsabteilungen sind: a) Die Ortsabteilungsvollversammlung, b) Die Mitgliederversammlung der Ortsabteilung, c) Der Ortsabteilungsvorstand. (4) Die Ortsabteilungssvollversammlung findet mindestens einmal im Kalenderjahr statt. Sie ist beschlussfähig, wenn fristgerecht, aber mindestens zwei Wochenvor der Vollversammlung eingeladen wurde. Die Einladung kann auch ausschließlich via E-Mail erfolgen. Es muss aber zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der postalische Weg der Einladung bestehen bleibt, sofern dies notwendig ist. Sie kontrolliert die Arbeit des Ortsabteilungsvorstandes und entlastet diesen. Außerdem beschließt sie über die gestellten Anträge. Antragsrecht haben alle Mitglieder der Ortsabteilung. (5) Die Ortsabteilungsvollversammlung wählt sich in jedem Kalenderjahr einen Ortsabteilungsvorstand. Näheres hierzu regeln die Richtlinien der Ortsabteilung. (6) Mitgliederversammlungen der Ortsabteilungen finden zwischen den	Der Begriff der Arbeitsgemeinschaft wird durch den der „Ortsabteilung“ ausgetauscht, um den Sinn der Struktur greifbarer zu machen.

Ortsabteilungsvollversammlungen statt. Eine gesonderte Einladung ist nicht erforderlich. (7) Der Ortsabteilungsvorstand besteht aus: a) dem*der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon mindestens eine Frau, b) Mindestens zwei weiteren Mitgliedern. i. Die Zahl der weiteren Mitglieder sowie die genaue Zusammensetzung des gesamten Vorstandes werden durch die Richtlinien der Ortsabteilung oder die wählende Ortsabteilungsvollversammlung festgelegt.	Ergänzung Möglichkeit Doppelspitze
VI. Kreisverbände (1) Im Gebiet eines Kreisverbandes der SPD können Kreisverbände der Jusos gebildet werden. Dies geschieht auf mehrheitlichen Beschluss einer Vollversammlung aller Mitglieder der Jusos im Gebiet des Kreisverbandes sowie die Anerkennung des Kreisverbandes durch den zuständigen Kreisverband der SPD. (2) Organe der Kreisverbände sind: a. Die Kreiskonferenz (KKO) oder Kreisvollversammlung (KVV), b. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes c. Der Kreisvorstand. (3) Kreisverbände können sich anhand der SPD und Juso Statuten eigene Richtlinien geben. Dabei darf nicht vom Namen „Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD“ abgewichen werden. Richtlinien von Kreisverbänden können außerdem die Bildung eines erweiterten Kreisvorstandes vorsehen, deren Aufgaben, Befugnisse und Organisation durch die entsprechenden Richtlinien der Kreisverbände geregelt wird.	Ergänzung KVV als nicht-Delegiertenversammlung

(4) Die Kreiskonferenz findet bei weniger als 200 Mitgliedern als Kreisvollversammlung statt. Bei mehr als 200 Mitgliedern besteht die Möglichkeit eine Delegiertenversammlung einzuberufen. Näheres regeln die Richtlinien des Kreisverbandes. Die Kreisvollversammlung findet einmal im Kalenderjahr statt. Sie ist beschlussfähig, wenn fristgerecht, aber mindestens zwei Wochen vor der Vollversammlung, eingeladen wurde und mindestens drei Mitglieder des Kreisverbandes anwesend sind. Die Einladung kann auch ausschließlich via E-Mail erfolgen. Es muss aber zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der postalische Weg der Einladung bestehen bleibt, sofern dies notwendig ist. Sie kontrolliert die Arbeit des Kreisvorstandes, entlastet diesen und beschließt über gestellte Anträge. Antragsrecht haben alle Mitglieder des Kreisverbandes. (5) Die Kreisvollversammlung wählt für jedes Kalenderjahr den Kreisvorstand, die Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeskonferenz, sowie die Vertreter*innen zum Landesausschuss. Näheres regeln die Richtlinien des Kreisverbandes. (6) Mitgliederversammlungen der Kreisverbände finden zwischen den Kreisvollversammlungen statt. Eine gesonderte Einladung ist nicht erforderlich. (7) Der Kreisvorstand besteht aus: a. dem*der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon mindestens eine Frau, b. mindestens zwei weiteren Mitgliedern i. Die Zahl der weiteren Mitglieder sowie die genaue Zusammensetzung des gesamten Vorstandes werden durch die Richtlinien des Kreisverbandes oder die wählende Kreisvollversammlung festgelegt.	Möglichkeit Doppelspitze

VII. Landeskonferenz (1) Die Landeskonferenz ist das oberste Beschlussgremium des Landesverbandes. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben: a. Entgegennahme der Berichte (insbesondere des Gleichstellungsberichtes) und Kontrolle der Arbeit des Landesvorstandes und des*der Jugendbildungsreferent*in. b. Beschlussfassung über die gestellten Anträge, c. Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm des Landesverbandes, d. Wahl des Landesvorstandes für maximal zwei Kalenderjahre, e. Wahl der Vertreter*in sowie der Ersatzvertreter*innen im Bundesausschuss für die Dauer von maximal 24 Monaten f. Wahl der Berater*innen und der Delegierten auf dem SPD-Landesparteitag g. Wahl der Delegierten für den Bundeskongress 2) Bei nicht mehr als 300 Mitgliedern des Landesverbandes findet die Landeskonferenz als Mitgliedervollversammlung statt. Bei mehr als 300 Mitgliedern setzt sich die Landeskonferenz aus 60 Delegierten der Kreisverbände zusammen. Jeder Kreisverband erhält dabei zunächst ein Grundmandat. Die restlichen Mandate werden nach der Zahl der Mitglieder gemäß III. in den Kreisverbänden durch den Landesvorstand nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren ermittelt. Ausgangsbasis für die Berechnung des Delegiertenschlüssels ist das arithmetische Mittel der Zahl der beitragszahlenden Mitglieder gemäß III. der letzten 12 Monate am Ende des letzten abgerechneten Quartals vor Einberufung der Landeskonferenz. (3) Die Genderplenas sind die Versammlungen des FINTA-Plenums und des Männer-Plenums. Die Einberufung kann während einer Landeskonferenz durch eine FINTA-Delegierte erfolgen. Parallel hierzu muss auch ein Männerplenum stattfinden, welches jedoch mit	Neue Wahlperiode

Beendigung des FINTA-Plenums ebenfalls sofort beendet werden muss. (4) Beratend nehmen an der Landeskonferenz teil: 1. Die Mitglieder des Landesvorstandes, sofern sie nicht Delegierte sind, 2. Die Kreisvorsitzenden, sofern sie nicht Delegierte sind, 3. Der Jugendbildungsreferent, bzw. die Jugendbildungsreferentin, 4. Die Leitungen der Arbeitskreise und Projektgruppen des Landesverbandes, 5. Die Mitglieder des Landesverbandes im Bundesvorstand und Bundesausschuss der Jusos 6. Die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes der SPD Landtagsfraktion und die SPD Mitglieder der Landesregierung bis zum Alter von 35 Jahren (5) Die Landeskonferenz findet einmal im Kalenderjahr statt. Sie wird vom Landesvorstand unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung und des Delegiertenschlüssels spätestens acht Wochen vorher einberufen. Die Einladung kann auch ausschließlich via Mail erfolgen. Es muss aber zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der postalische Weg der Einladung bestehen bleibt, sofern dies notwendig ist. Der Antragsschluss wird vom Landesvorstand festgelegt. Er muss mindestens drei Wochen vor der Landeskonferenz liegen. (6) Eine außerordentliche Landeskonferenz ist einzuberufen: a) Auf Beschluss von zwei Dritteln der ordentlichen Mitglieder des Landesvorstandes, b) Auf mehrheitlichen Beschluss des Landesausschusses, c) Auf Antrag von drei Kreisverbänden, oder d) Auf Antrag eines Zehntels der Mitglieder. Hierfür sind jedoch die Angabe einer vorläufigen Tagesordnung und eine Begründung für die außerordentliche Landeskonferenz vonnöten. (7) Die Einberufung muss spätestens drei Wochen vorher erfolgen. Die Einladung kann auch ausschließlich via Mail erfolgen. Es muss aber zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der postalische Weg der Einladung bestehen bleibt, sofern dies notwendig ist. Der Antragsschluss	Ersetzung Frauenplenum durch Genderplena

liegt zehn Tage vor der Konferenz. Stimmberechtigt sind die Delegierten der letzten ordentlichen Landeskonferenz. Für jede außerordentliche Landeskonferenz ist der Delegiertenschlüssel neu zu ermitteln und mit der Einberufung bekannt zu geben. (8) Antragsberechtigt sind die Ortsabteilungen, die Kreisverbände, der Landesausschuss, der Landesvorstand, die Projektgruppen auf Landesebene, die Landesarbeitskreise, die Juso- Hochschulgruppen, die Juso-Schüler*innengruppen sowie die FINTA-Projektgruppen auf allen Ebenen. (9) Die Landeskonferenz wählt eine aus Delegierten (bzw. im Fall der Mitgliedervollversammlung aus anwesenden Mitgliedern) bestehende Mandatsprüfungs-und Zählkommission, die die Legitimation der Delegierten (bzw. anwesenden Mitglieder) feststellt. Sie wählt zudem ein Präsidium, beschließt die Tagesordnung und gibt sich eine Geschäftsordnung. Findet die Landeskonferenz als Mitgliedervollversammlung statt, ist sie beschlussfähig, wenn mindestens zehn Mitglieder anwesend sind. Findet die Landeskonferenz als Delegiertenkonferenz statt, ist sie beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist. Die Landeskonferenz ist ohne Berücksichtigung der Anzahl der anwesenden Delegierten beschlussfähig, wenn sie wegen Beschlussunfähigkeit erneut einberufen wird. Hierauf ist bei der erneuten Einladung hinzuweisen. (10) Über die Ereignisse der Landeskonferenz wird ein Protokoll geführt. Beschlüsse sind durch zwei Mitglieder des Präsidiums der Konferenz zu beurkunden. Wahlen zusätzlich durch einen Vertreter oder eine Vertreterin der Mandatsprüfungs-und Zählkommission. Es ist über die beschlossenen Anträge sowie alle Wahlergebnisse ein Beschlussbuch zu erstellen. Dies ist spätestens zwei Monate nach der Konferenz fertig und den Mitgliedern des Landesverbandes zur Verfügung zu stellen. Die Erstellung des Beschlussbuches obliegt dem Jugendbildungsreferenten, bzw. der Jugendbildungsreferentin.	Ersetzung Arbeitsgemeinschaft zu Ortsabteilung

VIII. Landesausschuss (1) Der Landesausschuss koordiniert die Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und Kreisverbänden, sowie Projektgruppen und Arbeitskreisen. Er berät über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen des Landesverbandes. Beschlüsse haben deshalb empfehlenden Charakter für den Landesvorstand. (2) Dem Landesausschuss gehören an: a. Je zwei Vertreter*innen der zum Landesverband gehörenden Kreisverbände. b. Sind Vertreter*innen verhindert oder scheiden aus dem Landesausschuss aus, so kann der jeweilige Kreisvorstand einen Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter benennen. (3) Beratend nehmen an den Sitzungen des Landesausschusses teil: a. Die stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstandes, b. Der Jugendbildungsreferent, bzw. die Jugendbildungsreferentin, c. Die Kreisvorsitzenden, d. Die Leitungen der Projektgruppen und Arbeitskreise des Landesverbandes, e. Die Mitglieder des Landesverbandes im Bundesvorstand und Bundesausschuss der Jusos, (4) Die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes und der SPD-Landtagsfraktion, sowie die SPD-Mitglieder der Landesregierung bis zum Alter von 35 Jahren. Der Landesausschuss tagt mindestens zweimal im Jahr. Bei der Wahl der Sitzungsorte sind die verschiedenen Regionen des Landes zu berücksichtigen. Er kann eine häufigere Sitzungsweise festlegen. Außerdem wird er einberufen, wenn der Landesvorstand, das Präsidium, mindestens 30% der ordentlichen Mitglieder des Landesausschuss oder mindestens zwei Kreisverbände dies verlangen. (5) Der Landesausschuss wird von einem mindestens zweiköpfigen Präsidium geleitet, das auf der ersten Sitzung nach Beginn einer neuen Wahlperiode des Landesvorstandes, aus der Mitte seiner Mitglieder gewählt wird.	Da durch neue Wahlperiode auch

(6) Der Landesausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Kreisverbände mit mindestens einem*einer Vertreter*in anwesend sind. Die Einladung kann auch ausschließlich via Mail erfolgen. Es muss aber zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der postalische Weg der Einladung bestehen bleibt, sofern dies notwendig ist. Der Landesausschuss ist ohne Berücksichtigung der Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig, wenn er wegen Beschlussunfähigkeit erneut einberufen wird. Hierauf ist bei der erneuten Einladung hinzuweisen. (7) Die Sitzungen des Landesausschusses sind grundsätzlich verbandsöffentlich. Ausnahmen hiervon bedürfen der Mehrheit von 60 % der anwesenden ordentlichen Mitglieder. (8) Der Landesausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.	LaKos ohne Wahl stattfinden, Anpassung an LaVo Wahlperiode
IX. Landesvorstand (1) Der Landesvorstand leitet den Landesverband und ist für die Ausführung der Beschlüsse der Landeskonferenz verantwortlich. Er erledigt die laufenden Geschäfte und vertritt den Landesverband gegenüber dem Landesverband der SPD und in der Öffentlichkeit. Er trägt die Verantwortung für die politische und organisatorische Arbeit der Jusos auf Landesebene. (2) Der Landesvorstand ist beschlussfähig, mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Anwesend ist auch, wer sich digital zuschalten lässt. Eine digitale Anwesenheit muss protokollarisch erfasst werden. Die digitale Stimmabgabe bei Beschlüssen muss ebenso protokollarisch erfasst werden. (3) Der Landesvorstand besteht aus: a. Dem*der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon mindestens eine Frau, b. mindestens zwei zweistellvertretenden Vorsitzende. i. Die genaue Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden wird vor der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden durch eine einfache Mehrheit der wählenden Landeskonferenz festgelegt. c. Weiteren Mitgliedern (Beisitzer*innen). (6) Die genaue Zahl der weiteren Mitglieder wird vor der Wahl der Beisitzer*innen durch eine einfache Mehrheit der wählenden Landeskonferenz festgelegt. (4) Beratend nehmen an den Sitzungen des Landesvorstandes teil:	Doppelspitze

a. Der*die Jugendbildungsreferent*in b. Das Präsidium des Landesausschusses, c. Die Kreisvorsitzenden, d. Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften, e. Das Mitglied im Bundesausschuss, f. Mitglieder des Landesverbandes im Bundesvorstand der Jusos, g. Mitglieder des SPD-Landesvorstandes, der SPD-Landtagsfraktion sowie der SPD- Mitglieder der Landesregierung bis zum 35. Lebensjahr. h. Jeweils eine Vertreterin, bzw. ein Vertreter der Projektgruppen und Arbeitskreise des Landesverbandes (5) Der Landesvorstand kann weitere Mitglieder in den Landesvorstand kooptieren, die dann ebenfalls beratend an den Landesvorstandssitzungen teilnehmen. Die Geschlechterquote muss auch bei Kooptierungen eingehalten werden. (6) Sitzungen des Landesvorstandes sind grundsätzlich verbandsöffentlich. Auf Beschluss 60 % der ordentlichen Mitglieder des Landesvorstandes kann eine Sitzung nicht- verbandsöffentlich stattfinden. (7) Der Landesvorstand tagt mindestens sechsmal im Jahr. (8) Der Landesvorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben. (9) Stimmenabgaben zu Beschlussfassungen des Landesvorstandes können auch digital in Echtzeit erfolgen und müssen gesondert protokollarisch erfasst werden. Die Möglichkeit der Umlaufbeschlüsse via elektronisch nachvollziehbarer Systeme ist ebenso möglich. (10) Wahlen, welche im Landesvorstand abgehalten werden, müssen grundsätzlich geheim sein. Dies gilt auch für digitale Abstimmungsverfahren.	
X. Projektgruppen, Arbeitskreise und Kommissionen (1) Auf mehrheitlichen Beschluss der Landeskonferenz, des Landesausschusses oder des Landesvorstandes können Projektgruppen und Arbeitskreise eingerichtet werden. Der Beschluss ist widerrufbar.	

(2) Die Projektgruppen und Arbeitskreise sollen sich mit speziellen Bereichen der politischen bzw. organisatorischen Arbeit des Landesverbandes beschäftigen und den Kreisverbänden sowie dem Landesvorstand in beratender Weise zuarbeiten. (3) Für die Leitung der Arbeitskreise werden auf der Landeskonferenz Sprecher*innen gewählt, welche die Arbeit der Arbeitskreise und Projektgruppen organisieren. Die Aufgaben der Arbeitskreise werden durch das einrichtende Gremium festgelegt. (4) Die Leitung und die Aufgabe der Projektgruppe werden von dem einrichtenden Gremium festgelegt. (5) Arbeitskreise und Projektgruppen sind gegenüber allen Organen der Landesebene zur Information verpflichtet. (6) Zu Beginn jeder Wahlperiode des Landesvorstandes wird eine Antidiskriminierungskommission eingerichtet, die aus 4 Mitgliedern besteht, die hälftig durch Landesvorstand und Landesausschuss benannt werden. Diese müssen dabei nicht zwangsläufig einer der beiden Gremien angehören. Aufgaben der Kommission sind: - Weiterbildungsangebote für Genoss*innen im Bereich der Antidiskriminierung durchzuführen - Die Antidiskriminierungsarbeit von Veranstaltungen der politischen Bildung sowie im Landesverband selbst zu begleiten und zu evaluieren - Den Awarenessleitpfaden des Landesverbandes weiterzuentwickeln	Antidiskriminierungs-kommission wird eingefügt
XI. Abstimmungen und Wahlen (1) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen gefasst, sowie durch diese Richtlinien nichts anderes bestimmt ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. (2) Stimmenenthaltungen gelten als gültige Stimmen. (3) Alle im Bereich des Landesverbandes stattfindenden Wahlen erfolgen nach den Vorschriften der Wahlordnung der SPD. Bei allen Wahlen ist im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der abgegeben gültigen Stimmen notwendig. In weiteren Wahlgängen ist gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. (4) Wahlen sind grundsätzlich geheim. ~~Digitale Wahlen müssen ebenso~~	

~~diesen Grundsatz erfüllen.~~ (5) Mindestens 40% der Mitglieder eines Vorstandes, der von einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Kreisverband bzw. der vom Landesverband zu wählenden Delegierten sowie deren Vertreterinnen und Vertreter müssen Frauen sein. Bei der Feststellung der Zahl, der mindestens zu wählenden Frauen ist aufzurunden, es sei denn, die Zahl der Frauen, die einem Vorstand oder einer Delegation angehören müssen, würde mehr als die Hälfte betragen. (6) Kandidieren nicht genügen Frauen, so wird die Gesamtzahl der zu Wählenden so weit verringert, dass der Frauenanteil der letztlich Gewählten den Quotierungsbestimmungen unter (5) genügt. (7) Für das Nachrücken von Ersatzdelegierten gilt folgende Regelung. Fällt ein männlicher Delegierter aus, so rückt der oder die Ersatzdelegierte mit der höchsten Stimmenzahl nach. Fällt eine weibliche Delegierte aus, rückte die weibliche Ersatzdelegierte mit der höchsten Stimmenzahl nach. Ist keine weibliche Ersatzdelegierte für eine ausfallende weibliche Delegierte gewählt worden, so kann ein Mann nur dann nachrücken, wenn dadurch der Anteil der männlichen Delegiertenplätze 60% nicht überschreitet. Hierbei gelten die unter (5) angeführten Ausnahmen. (8) Für die Anwesenheit von Delegierten gilt folgende Regelung: Die anwesende Delegation muss quotiert sein. Fallen weibliche Delegierte aus, so dass der durch (5) geregelte Frauenanteil unterschritten wird und es können keine weiblichen Ersatzdelegierten nachrücken, so bleiben diese Delegiertenplätze unbesetzt. (9) Eine Funktionärin oder ein Funktionär verliert ihre, bzw. seine Funktion durch:1. Neuwahl oder Erlöschen der Funktion oder Ablauf der satzungsmäßigen Amtszeit, 2. Niederlegung,3. Aberkennung in einem Parteiordnungsverfahren,4. Abberufung aus wichtigem Grund (§9 der Wahlordnung der SPD),5. Verlust der Mitgliedschaft (§4 des Organisationsstatuts der SPD). Die Richtlinie tritt am 03.06.2023 in Kraft.	

1986

U1 Sektorziele einhalten — Keine faulen Kompromisse in Sachen Klimaschutz!

Wir Jusos setzen uns auf allen relevanten politischen Ebenen dafür ein, die geplanten Aufweichungen des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG), insbesondere der Sektorziele, zu verhindern. Wir fordern die Einhaltung von verbindlichen Sektorzielen als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und Ausdruck von verantwortungsvollem Regierungshandeln!

U2 aMoore – aus Liebe zur Umwelt

Moor muss nass!

Als Moore bezeichnet man vernässte Feuchtgebiete, in denen durch die Wassersättigung nicht ausreichend Sauerstoff für die Abbauprozesse organischer Stoffe zur Verfügung steht und sich so Torf bilden kann. Das Wasser kann entweder ausschließlich aus Niederschlägen stammen, dann wird von Hochmooren gesprochen, oder aber aus Oberflächen-, Grund- oder Meerwasser, dann wird von Niedermooren gesprochen.

So sind Moore eine immense Senke für Kohlenstoff, da dieser dort unter Wassersättigung permanent gespeichert wird. Sie sind in der Lage mehr Kohlenstoff zu speichern als jedes andere Ökosystem auf der Welt. Obwohl Moore nur 3 % der Landfläche bedecken, können sie ca. doppelt so viel CO_2 speichern, wie alle Wälder der Welt (ca. 30 % der Landfläche) zusammengenommen. In Deutschland stellen Moore sogar den größten, terrestrischen Kohlenstoffspeicher dar. Moore wachsen über geologische Zeiträume hinweg und können so erst im Laufe von tausenden Jahren ihre Senkenwirkung vollständig entfalten, sodass eine Trockenlegung große Mengen Kohlenstoff freisetzt. Bestenfalls wird ein intaktes Moor folglich einfach in Ruhe gelassen. Intakte Moorflächen gibt es jedoch kaum noch.

Mecklenburg-Vorpommern ist mit ca. 300.000 ha Moorfläche eines der moorreichsten Bundesländer Deutschlands. Von dieser Fläche sind jedoch nur noch ungefähr 3 % naturnah bzw. unentwässert sind. Der Großteil wird mittlerweile landwirtschaftlich genutzt. Für diese Nutzung wurden in der Vergangenheit weitreichende Entwässerungsmaßnahmen eingeleitet, um die vormals nassen Flächen trocken zu legen und so wirtschaftlich nutzbar zu machen. Mit fatalen Folgen für Klima, Umwelt und die Biodiversität.

Denn trockene Moorböden emittieren durch den Kontakt des gespeicherten Kohlenstoffes mit dem Sauerstoff der Luft CO_2. So sind Moorböden für 37 % der

Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft verantwortlich, obwohl sie nur 7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmachen. Moore werden so von wichtigen Kohlenstoffsenken zu riesigen Treibhausgasemittenten.

Die Wiedervernässung langfristig trockengelegter und so für die Landwirtschaft nutzbar gemachter Flächen kann die Emission von CO_2 deutlich verringern und sogar wieder Kohlenstoffsenken aus den Mooren machen. Negative Umwelteinflüsse können so nahezu umgekehrt werden.

Aber nicht nur das Klima ist von der Trockenlegung von Mooren direkt betroffen. Ebenso nimmt die Biodiversität im einzigartigen Ökosystem Moor drastisch ab. Hoch spezialisierte Tier- und Pflanzenarten werden teilweise irreversibel verdrängt.

Ein weiteres Problem ist der Abbau von Torf, welcher ebenfalls irreversible Schäden durch die Zerstörung der Torfschichten verursacht. Torf wird bevorzugt im Garten- und Landschaftsbau als Kultursubstrat verwendet, obwohl es bereits torffreie Alternativen gibt.

Entscheidend für einen Kurswechsel bei der Betrachtung und Behandlung von Mooren ist jedoch eine ausreichende Beteiligung der betroffenen Menschen vor Ort, um ein Bewusstsein für die Tragweite des Themas zu schaffen und Interessenskonflikten vorzubeugen. Nur so kann eine von allen befürwortete und unterstützte, nachhaltige Moorrestauration durchgeführt und dauerhaft aufrechterhalten werden.

Eine Alternative zur konventionellen Landwirtschaft auf trockenen Moorflächen sind Paludikulturen auf wiedervernässten Standorten. Hierbei werden Nutzflächen erhalten, indem standortspezifische Pflanzen, wie zum Beispiel Torfmoose, Schilf oder Rohrkolben angebaut werden. Diese Form der Bewirtschaftung von wiedervernässten Flächen verbindet den Schutz der Moore als Ökosystem und Lebensraum und den Erhalt ihrer klimaschützenden Eigenschaften mit einer regionalen Wertschöpfung. Dies ist insbesondere von Bedeutung, um mittels Einkommensalternativen Akzeptanz für die Bedeutung des Schutzes der Moore in der Bevölkerung zu schaffen.

Paludikulturen sollen jedoch ausdrücklich nicht auf bereits schützenswerten Flächen bzw. in Schutzgebieten aufgebaut werden. Vielmehr sollen sie dazu dienen bereits

landwirtschaftlich genutzte Flächen trotz Wiedervernässung weiterhin nutzen zu können. Hier können Flächen auf denen Paludikulturen betrieben werden als Puffer zwischen Schutzgebieten und konventionell genutzten, landwirtschaftlichen Flächen betrachtet werden.

Nasse Moore sind wichtige Komponenten im Kampf gegen den Klimawandel und den Verlust von Biodiversität. Gleichzeitig haben sie enorm viel Potenzial für nachhaltige Landwirtschaft bei der sich Schutzziele, sowie regionale und ökonomische Ziele vereinbaren lassen.

Wir fordern daher:

- Interdisziplinären Moorschutz auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.
- Absoluter und konsequenter Schutz für intakte Moore
- Schutz von Moorböden vor Bebauung und damit verbundener weiterer Entwässerung
- Verbot von torfhaltigen Substraten im privaten Bereich und die schnelle Erarbeitung von Alternativen für den gewerblichen Bereich
- mehr staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung zur Wiedervernässung von Mooren und Bewirtschaftung durch Paludikulturen
- Weiterführende Erprobung von Paludikulturen auf geeigneten Flächen, mit Chance auf Subventionierung
- Stärkere Anreize zum Moorschutz für Eigentümer von trockengelegten Moorflächen
- Beschleunigung der Restaurierung von Mooren und stärkere finanzielle Unterstützung durch Bund und Land von Moorschutzprojekten

Das übergeordnete Ziel und damit unsere Kernforderung lautet ganz klar: Alle Moore nass!

Quellen (alle zuletzt am 01.06.23 abgerufen):

https://www.ndr.de/ratgeber/Moore-Wichtig-fuers-Klima-und-besonderer-Lebensraum,moore158.html

https://www.moorwissen.de/

https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/lm/Umwelt/Nachhaltige-Entwicklung/Schutz-und-Nutzung-der-Moore-in-MV

https://greifswaldmoor.de/files/dokumente/GMC%20Schriften/2020-03_Moore%20in%20MV_Faktensammlung_%20Hirschelmann%20et%20al_final.pdf

U3 Rügen nicht in das LNGG aufnehmen – Keine Überkapazitäten fossiler Energie

Die Jusos MV solidarisieren sich mit der lokalen Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“ und den Umwelt- und Naturschutzschutzverbänden sowie die demokratischen Demonstrationen sowie Aktionen, die sich gegen den LNG-Standort vor oder auf der Insel Rügen richten.

Wir kritisieren insbesondere das Vorgehen des BMWKs, das durch das intransparente und nicht nachvollziehbare Verfahren jegliche Akzeptanz der lokalen Bevölkerung von Beginn an verspielt hat. Infolgedessen, das aus unserer Sicht die Notwendigkeit dieses Terminals nicht einwandfrei nachgewiesen ist, darf ein derartiger Eingriff in den Natur,- Umwelt- und Lebensraum der Insel Rügen nicht im beschleunigten Verfahren ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und ausreichender gesellschaftlicher Debatte sowie Akzeptanz durchgeführt werde. Deshalb fordern wir, dass der Standort Rügen (Mukran) in der aktuellen Novelle des LNG-Beschleunigungsgesetzes (LNGG) nicht in das Beschleunigungsgesetz aufgenommen wird.

Durch den Aufbau eines solchen Terminals in dieser Dimension, bei gleichzeitiger nicht-Auslastung der Terminals in der Nordsee, würden fossile Überkapazitäten aufgebaut werden, die mit den Klimazielen der Bundesregierung unvereinbar sind. Dadurch wird der Ausbau erneuerbarer Energien unattraktiver und damit weiter gebremst. Daher bevorzugen wir, sollte es möglich sein, das Gasnetz in Westdeutschland so auszubauen, dass eine Versorgung über die vorhandenen Terminals an der Nordsee möglich wäre.

Sollte es dennoch bei diesem Projektvorhaben bleiben und die Mehrheit des Deutschen Bundestages die Aufnahme befürworten, erwarten wir, dass vor dem Bau ausreichend Zeit für die Beteiligung der Bürger*innen eingeplant wird und umfangreiche Kompensationen geleistet werden, um Akzeptanz zu erzielen. Neben Beteiligung und

Kompensationen braucht es zudem eine nachvollziehbare, transparente und unabhängige Darlegung des Bedarfes für den kommenden Winter sowie eine ausreichende Prüfung aller möglichen Alternativen.

Wir erwarten unabhängig davon von der Bundesregierung, dass sie alles daran setzt Vertrauen wiederherzustellen. Dafür braucht es Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Beteiligung.

Die von der Bundesregierung angestrebten Beschleunigungsverfahren im Rahmen von Infrastrukturprojekten stellen nicht nur die Gesellschaft vor Herausforderungen, sondern auch unseren Verband. Wir werden in Zukunft in der Lage sein müssen, auf dynamische Lagen und extreme Beschleunigungen zu reagieren. Zum einen, wie wir uns politisch zu diesen positionieren und zum anderen, wie wir organisatorisch dennoch eine Debatte im Verband sicherstellen. Deshalb soll im Landesvorstand eine Projektgruppe: “Planungsbeschleunigung bei Infrastrukturvorhaben” eingerichtet werden.

W1 Europäische Souveränität geht nur ohne Austerität

Die Corona-Pandemie, die dadurch zerstörten Lieferketten, und der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit, sondern auch auf die Finanzen von Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen sowie Bezieher*innen von Transferleistungen. Dieser Zustand gilt aber nicht nur für Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, sondern für alle in Europa. Nach unserem Selbstverständnis als internationalistischer Richtungsverband, hört unsere Solidarität nicht an Ländergrenzen auf. Wir wollen, dass die EU keine reine Wirtschaftsvereinigung bleibt und sich zu einer Sozialunion entwickelt. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, muss die Handlungsfähigkeit sichergestellt werden. Eine handlungsfähige Sozialunion sollte in der Lage sein, die sozialen Bedürfnisse und Belange der Menschen zu erkennen und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Dies umfasst die Bereitstellung von angemessener sozialer Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Bildungschancen und sozialer Unterstützungssysteme. Eine solche Sozialunion muss auch in der Lage sein, soziale Ungleichheiten zu verringern und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, sich auf zukünftige Krisen vorzubereiten. Der gegenwärtige ungezügelte Neoliberalismus hat zu einer zunehmenden Instabilität und Unsicherheit geführt, die sich in wirtschaftlichen Krisen und sozialen Spannungen manifestieren. Daher sollte Europa in der Lage sein, rechtzeitig auf solche Krisen zu reagieren und präventive Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Auswirkungen abzumildern.

Griechenland, das Opfer der Austerität und die damit einhergehende gesellschaftliche Spaltung

Trotz der Lehren der vergangenen und zum Teil noch immer anhaltenden Krisen steht die Fiskalpolitik der Bundesregierung weiterhin auf der Bremse. Unter Christian Lindner als Finanzminister ist „Sparen“ das Gebot der Stunde. Das diese politische Praxis nach seinen Prinzipien und Vorstellungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa

angewendet werden soll, ist nur noch eine Frage der Zeit. Durch solche Maßnahmen wird nicht nur die Souveränität der Mitgliedstaaten aufs Spiel gesetzt, sondern auch der innere Frieden. Das Beispiel Griechenland hat uns schon einmal gezeigt, wie ein Staat unter solchen Einschränkungen komplett ausbluten kann. Im Folgenden werden einige Konsequenzen aufgezeigt, die durch die Austeritätspolitik in Griechenland aufkamen:

a) Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP): Die umfangreichen Sparmaßnahmen haben zu einem erheblichen Rückgang des BIP geführt. Griechenland erlebte eine tiefe Rezession, die das Wirtschaftswachstum stark beeinträchtigte und zu einer anhaltenden wirtschaftlichen Instabilität führte.[1]

b) Hohe Arbeitslosigkeit: Die Austeritätspolitik führte zu einem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen Menschen. Die Sparmaßnahmen, die mit Entlassungen im öffentlichen Sektor und einem allgemeinen Rückgang der Investitionen einhergingen, ließen die Arbeitslosenquote auf alarmierende Höhen ansteigen. Dies hatte gravierende Auswirkungen auf die soziale Stabilität und das Wohlbefinden der Bevölkerung.[2]

c) Schrumpfende Einkommen: Die Kombination aus Lohnkürzungen, Steuererhöhungen und einer allgemeinen wirtschaftlichen Rezession führte zu einem starken Rückgang der verfügbaren Einkommen der Bevölkerung. Dies wiederum beeinflusste den privaten Konsum und verschärfte die wirtschaftliche Krise zusätzlich.[3]

d) Gesundheitsversorgung: Die Sparmaßnahmen hatten schwerwiegende Auswirkungen auf das Gesundheitssystem in Griechenland. Die Kürzungen im Gesundheitsbereich führten zu einem Rückgang der medizinischen Versorgung, einer Verschlechterung der Infrastruktur und einem Mangel an lebenswichtigen

[1] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14398/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-griechenland/; Zugriff: 18.05.2023
[2] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17312/umfrage/arbeitslosenquote-in-griechenland/; zugriff: 18.05.2023
[3] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/763000/umfrage/anteil-von-armut-oder-sozialer-ausgrenzung-bedrohter-in-griechenland/; zugriff: 20.05.2023

medizinischen Ressourcen. Dies hatte verheerende Folgen für die öffentliche Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung.[4]

e) Bildungssystem: Die Austeritätspolitik führte zu erheblichen Kürzungen im Bildungsbereich. Schulen und Universitäten waren mit einem Mangel an Ressourcen konfrontiert, was zu einer Verschlechterung der Bildungsqualität und begrenzten Möglichkeiten für die Weiterbildung führte. Dies beeinträchtigte die Beschäftigungsfähigkeit der jungen Generation und hatte langfristige Auswirkungen auf die sozioökonomische Entwicklung des Landes.[5]

Schluss mit Austerität, hallo Europa von Morgen

Die obengenannten Zustände tragen dazu bei, dass der Vertrauensverlust in eine Demokratie weiter gestärkt werden kann. Wenn Ressourcen wie Einkommen, Bildungschancen, Gesundheitsversorgung oder politischer Einfluss ungerecht verteilt sind, entsteht das Gefühl der Benachteiligung bei bestimmten Gruppen in der Gesellschaft. Dieses Ungleichgewicht führt zu einem Vertrauensverlust in die politischen Institutionen und Entscheidungsträger, die für die Verteilung dieser Ressourcen verantwortlich sind. Die Konsequenzen eines Vertrauensverlusts sind vielfältig. Politische Instabilität, sinkende Wahlbeteiligung, ein Rückgang der Legitimität demokratischer Institutionen und das Erstarken rechter Kräfte sind Beispiele dafür. Durch Investitionen kann diesen Phänomenen entgegengesteuert werden.

Nach unserer Auffassung sollte Deutschland nicht, wie von Lars Klingbeil gefordert, eine militärische „Führungsmacht“ in Europa einnehmen. Wir erwarten stattdessen, dass die Bundesregierung mit einer progressiven Fiskalpolitik als positives Vorbild auftritt. Uns reicht es aber nicht nur, die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz und den Länderverfassungen zu streichen. Wir wollen ökonomische Souveränität für alle Staaten der EU.

Deshalb fordern wir:

[4] https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/griechenland-das-griechische-gesundheitssystem-ist-in-einem-katastrophalen-zustand-a-1139118.html; Zugriff: 20.05.2023

[5] Ioannidou, Alexandra: Griechenland. Herausgeber: Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2019. S.25-26

- ein Investitionsprogramm für alle EU-Mitgliedsstaaten, welches Stabilität und Wachstums garantiert
- fiskalpolitische Handlungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten, als zentrale Aufgabe der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.
- eine direkte Staatsfinanzierung der Staaten durch die Zentralbank
- eine Entwicklung von einer Europäische-Währungsunion zu einer europäischen Fiskalunion

W2 Reform der Besteuerung von Lebensmitteln: Soziale und ökologische Mehrwertsteuer Jetzt!

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist eine im Grunde unsoziale Steuer, da sie den Konsum an sich und damit unverhältnismäßig stark niedrige Einkommensschichten besteuert. Als Jusos lehnen wir daher auf langfristige Sicht die Mehrwertsteuer ab und fordern ihre Abschaffung.

Bis es zu diesem Schritt kommt, fordern wir die Umsetzung der bestehenden Möglichkeiten, die Mehrwertsteuer im sozialen und ökologischen Sinne zu verbessern.

Mit der Reform der „europäischen Richtlinie zum Mehrwertsteuersystem“ (MwStSystRL) von April 2022, in der ökologische Aspekte in der Ermäßigung der Mehrwertsteuer einbezogen werden, wurde der Rahmen für eine solche Verbesserung bereits gegeben. Nachhaltigere pflanzliche Lebensmittel können nun steuerlich vergünstigt werden. Für bisher vergünstigte, im Vergleich umweltschädlichere, tierische Lebensmittel sollten die Vergünstigungen aufgehoben werden.

Anstatt die umweltschädlicheren, tierischen Lebensmittel stärker mit der Mehrwertsteuer zu besteuern, sehen wir die Einführung einer zur Regulierung besser geeigneten „Treibhausgassteuer“ als deutlich sinnvoller an.

Wir fordern:

- Die reformierte MwStSystRL lässt einen Mehrwertsteuersatz von 0% zu, daher sollen pflanzliche Grundnahrungsmittel (Getreideerzeugnisse, Brot, Obst, etc.) sowie Leitungs- und Mineralwasser mit dem Nullsteuersatz besteuert werden
- Pflanzenbasierte Milch- und Fleischersatzprodukte (wie Haferdrinks) sollen mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7% besteuert werden
- Die Einführung einer „Treibhausgassteuer“ zur gezielten Besteuerung umweltschädlicher Lebensmittel
- Des Weiteren fordern wir Babynahrung als Produkt des täglichen Bedarfs einzustufen und damit den ermäßigten Steuersatz in Höhe von 7% anzuwenden.

Z1 Asyl ist Menschenrecht - für eine progressive Geflüchtetenpolitik, gegen GEAS

Spätestens seit 2015 herrscht innerhalb der Europäischen Union eine restriktive Geflüchtetenpolitik. Zäune, Grenzkontrollen, große Lager an den EU-Außengrenzen und kaum Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren, humanitärer Versorgung, Rechtsberatung und Planungssicherheit: Das alles gibt es schon zu lange in Europa. Menschen werden systematisch weggesperrt und illegal „gepushbackt“.

Zu lange konnten sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und das Europäische Parlament nicht über eine einheitliche Migrationspolitik einigen. Mit den jüngsten Entwicklungen rund um die Herstellung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gehen die EU-Mitgliedsstaaten zwar den wichtigen Schritt hin zu gemeinsamen, einheitlichen Rahmenbedingungen, um eine handlungsfähige Asyl- und Geflüchtetenpolitik auf den Weg zu bringen. Im Fokus unserer Forderungen steht, dass die realen menschenrechtlichen und organisatorischen Herausforderungen endlich angegangen werden. Damit das gelingt, müssen die Lösungen auch funktionieren und dürfen keine Scheinlösungen sein, die falsche Erwartungen wecken und Asylmöglichkeiten im Teil komplett aushebeln.

Die nun beschlossene GEAS-Reform widerspricht unseren sozialdemokratischen Grundsätzen der Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität als Grundlage einer solidarischen, europäischen Asyl- und Migrationspolitik, unter Achtung der humanitären Verantwortung und der Menschenrechte aller schutzsuchenden Menschen. Der Reformvorschlag schafft ein Klassenasylsystem auf europäischer Ebene, in dem eine deutliche Ungleichbehandlung verschiedener Geflüchtetengruppen zu erkennen ist. Schutzsuchende werden gegeneinander ausgespielt, anstatt ihr individuelles Recht auf Asyl als gleichwertig anzuerkennen. Wir fordern die Gleichbehandlung aller Geflüchteten, unabhängig von ihrem Herkunftsland.

Zahlreiche Schutzsuchende sollen nach dem EU-Innenrat an der Einreise in die EU gehindert und zur Durchführung ihres Asylverfahrens in Grenzlagern verpflichtet

werden. Kommuniziert wird derzeit, dass maximal zweimal jährlich 30.000 Schutzsuchende aus Herkunftsländern, deren Anerkennungsquote unter 20% liegt oder deren Herkunft nicht nachgewiesen werden kann, solche Grenzverfahren durchlaufen müssen. Der von der Ratspräsidentschaft vorgeschlagene Entwurf sieht jedoch bis zu 120.000 Menschen pro Jahr vor. Ferner reisen die meisten Schutzsuchenden aus Herkunftsländern ein, deren Anerkennungsquote bei über 70% liegt (Afghanistan 73%, Syrien und Eritrea 83%, s. Aktuelle Zahlen Bericht 03/2023 (bamf.de)). Letztlich wird durch die Einführung der Grenzverfahren der Diskurs in der europäischen Migrationspolitik weiter nach rechts verschoben: Es wird das Narrativ bedient, dass viele Schutzsuchende ohne Anerkennungsgrund in die EU einreisen würden. Dem ist aber nicht so. Die Grenzverfahren werden damit Ressourcen in Anspruch nehmen und Verfahrensrechte von Schutzsuchenden beschneiden, ohne eine grundlegende faktische Änderung herbeizuführen. Denn Schutzsuchende, die vom Grenzverfahren ausgenommen sind, was nach dem Beschluss des EU-Innenrates den Großteil der Geflüchteten betreffen soll, werden die aktuell bestehenden Herausforderungen und das Bedürfnis einzelner Mitgliedstaaten nach der Grenzkontrolle nicht beseitigen.

Gleichzeitig sorgt der sogenannte Solidaritätsmechanismus dafür, dass sich Mitgliedstaaten durch die Zahlung eines Geldbetrags auch weiterhin aus der Verantwortung ziehen können, Geflüchtete aufzunehmen, statt als Teil eines einheitlichen, gesamteuropäischen Systems die Aufnahme von Geflüchteten zu garantieren. Gleichzeitig führt die Verschärfung der im Zuge der GEAS-Reform reformierten Dublin-Verordnung, in Verbindung mit der Ausweitung von “sicheren Drittstaaten”, der geplanten Verfahrensbeschleunigung und EU-Außengrenzverfahren zu einer weiteren Verschärfung der Lebensumstände schutzsuchender Menschen. Die Neuregelung der sogenannten Sekundärmigration, mit dem Ziel, das unkontrollierte Weiterziehen innerhalb der EU-Staaten durch eine Verlängerung der Überstellungsfrist auf ein Jahr, mit Sonderregelung der Verlängerung beim Versuch unterzutauchen, sowie die schnellere Rückführung in “sichere Drittstaaten” löst das Problem von der Sehnsucht einzelner nach Grenzkontrollen im Schengenraum ebenfalls nicht.

Der Zweck der Lager an den EU-Außengrenzen ist, Schutzsuchende an der Einreise in die EU zu hindern. Erst nach der Ausstellung eines Registrierungsdokuments für Asylsuchende ist es theoretisch möglich, das Lager zu verlassen. In der Praxis vergehen oft mehrere Wochen, in denen die Asylsuchenden faktisch inhaftiert sind. Bei jeder Rückkehr ins Lager müssen strenge Sicherheitskontrollen durchlaufen werden. Das ständige Gefühl der Überwachung und Kontrolle prägt das Leben der Schutzsuchenden und wirkt sich mit teils verheerenden Folgen insbesondere auf die psychische Gesundheit und Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, die vom Grenzverfahren genauso wie andere vulnerable Gruppen nicht ausgenommen sind, aus.

Für uns steht fest: Unter den derzeitigen Bedingungen wäre keine Reform die bessere Ausgangslage. Gleichen sie doch mehr einer inhumanen Festung Europas und übernehmen keine Verantwortung für ein künftiges Europa, das für alle das ist.

Darum fordern wir:

- Schaffung von sicheren und legalen Wegen für Migration und Flucht
- keine verpflichtenden Grenzverfahren an EU-Außengrenzen
- menschenwürdige und faire Asylverfahren, die Grundsätze der Solidarität, Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit beinhalten
- die Stärkung und Beschleunigung einheitlicher europäischer Asylverfahren
- Abschaffung von menschenunwürdigen Flüchtlingscamps und -unterbringungen
- die Schaffung von EU-Integrationsprogrammen, die Geflüchteten den Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung erleichtern
- der besondere Schutz von vulnerablen Gruppen wie Frauen, Kindern, Alten und LGBTQI+-Personen muss ausgebaut und gewährleistet werden
- Fluchtursachen müssen nachhaltig bekämpft werden
- die Entkriminalisierung der Seenotrettung
- eine solidarische Verteilungspolitik, bei der alle Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen und sich nicht „freikaufen“ können

- die Abschaffung der Grenzpolizei Frontex und die Einrichtung eines Such- und Rettungsprogramms mit der Aufgabe, die Sicherheit auf See zu gewährleisten und das Leben derjenigen zu schützen, die sich in Gefahr befinden
- keine Absenkung der Anforderungen an „sichere Drittstaaten“
- die Abschaffung der Dublin-Verordnung
- strenge Sanktionen für Mitgliedstaaten, die gegen Menschenrechte und das Asylrecht, bspw. durch Pushbacks, verstoßen
- eine transparente und unabhängige Untersuchung aller gemeldeten Pushback-Vorfälle, sowie einen Kompensationsfonds für Menschen, die von Pushbacks betroffen sind oder waren.

Wir wollen ein offenes, inklusives Europa, das für alle da ist. Darum lehnen wir die aktuellen Bestrebungen innerhalb des GEAS ab und sehen die Umsetzung unserer Forderungen für essenziell, um eine progressive, humanitäre und gleichbehandelnde Asylpolitik tatsächlich umzusetzen.